August '77 · DM 3,50

C 4143 EX

konkret

Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur

Deutscher Film:

Sackgasse oder Scheideweg

Antworten auf die Kino-Krise von

Alfred Andersch
Henryk M. Broder
Alexander Kluge
Gerhard Zwerenz

Peter Paul Zahl:

FOLTER

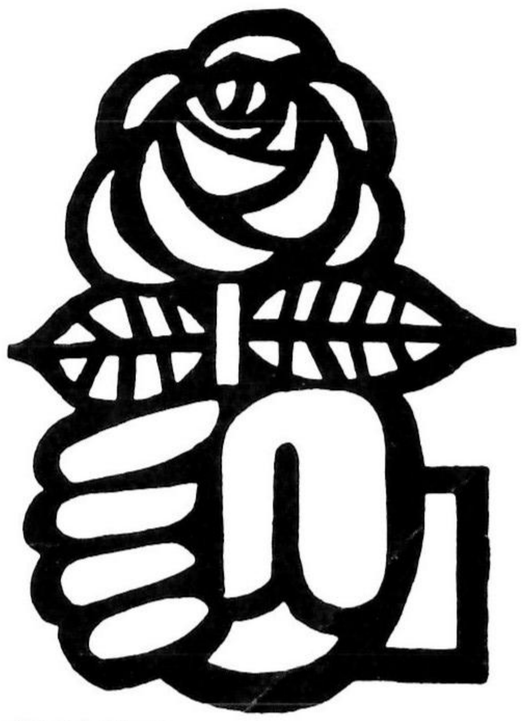
Carrillo:
Was wir wirklich wollen

Italien Lire 1400 · Holland hfl 4.25 · Schweiz sfr 3.80 · Österreich S 28,–

VSA - Herbst '77

VSA Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26; Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36

M.Charzat, Gh.Toutain, J.P.Chevènement



CERES – Strategie für den Sozialismus

176 Seiten; Paperback; DM 14,80
Reihe **Positionen der Sozialisten 1**
(ISBN 3-87975-121-8)

Kommunal-politik

Beiträge aus der Sozialistischen Partei Frankreichs
160 Seiten; Paperback; DM 14,80
Reihe **Positionen der Sozialisten 2**
(ISBN 3-87957-122-6)
Die französischen Sozialisten haben ein sozialistisches Programm für den kommunalen Bereich. Sozialistische Politik bezieht sich nicht nur auf die Etablierung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse der Produktion. Neben der Reorganisation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Schaffung vollständig neuer Strukturen in den Fabriken und Büros, darf die sozialistische Umgestaltung der Gemeinde nicht vergessen werden.

Sozialisten, Kommunisten und der Staat

Über Hegemonie, Pluralismus und sozialistische Demokratie
192 Seiten; Paperback; DM 14,80
Reihe **Positionen der Sozialisten 3**
(ISBN 3-87975-123-4)
Was ist die Alternative zur repräsentativen Demokratie? Diese Frage und ihre Erörterung im theoretischen Organ der Italienischen Sozialistischen Partei (P.S.I.) löste Ende 1975 eine lebhafte, bis heute fortgeführte Debatte unter den Sozialisten Italiens aus, an der sich auch Vertreter der K.P.I. beteiligten.
Die Italienische Sozialistische Partei ist auf der Suche nach einer Synthese zwischen Planung und Selbstbestimmung der Produzenten, zwischen politischer Leitung und spontaner Beteiligung der Massen am gesellschaftlichen Leben.
Hintergrund der Debatte: die nach 20jähriger Gegnerschaft in den letzten Jahren zunehmend verwirklichte Aktionseinheit von Sozialistischer und Kommunistischer Partei.
Mit Beiträgen von Bobbio, Boffa, Craxi, Cerroni, Coen, Gerratana, Guidici, Ingrao, Ruffolo, Salvadori und Signorile.

Jean Elleinstein P.C.F.

Parti communiste français
160 Seiten; Paperback; DM 14,80
(ISBN 3-87975-119-6)
Eine sowjetische Zeitschrift schrieb kürzlich: „Das Buch ‚P.C.F.' greift offen die Grundsätze des Marxismus-Leninismus an und behauptet, Lenin sei überholt." Ist Kritik einer stalinistischen Vergangenheit gleichzusetzen mit Antikommunismus? „Ich habe mit diesem Buch", schreibt Elleinstein, „keine andere Absicht gehabt, als eine Reihe von Legenden über die KPF zu zerstören." Elleinsteins Untersuchung ist ein wichtiges Buch für das Verständnis der akutellen politischen Entwicklung in Europa.
Über den Autor: Jean Elleinstein ist Mitglied der KPF und stellvertretender Leiter des Centre d'Etudes et de Recherches Marxistes (CERM).
Bereits erschienen:
Jean Elleinstein
Geschichte des „Stalinismus"
228 Seiten ; Paperback; DM 16,80
„Niemand sollte mehr leichtfertig den Ausdruck ‚Stalinismus' verwenden . . ., der dieses Buch nicht gelesen hat . . .
Dieses Buch (sollte) zur Pflichtlektüre eines jeden werden, der in der Linken der Bundesrepublik ernstlich mitdiskutieren will." (W. Abendroth)

Luciano Gruppi GRAMSCI

Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats
176 Seiten; Paperback; DM 14,80
(ISBN 3-87975-110-2)

Etienne Balibar Über die Diktatur des Proletariats

Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF; 192 Seiten; Paperback; DM 16,–
(ISBN 3-87975-097-1)

Santiago Carrillo „Eurokommunismus" und Staat

ca. 200 Seiten; Paperback; DM 12,–
(ISBN 3-87975-118-8)
Santiago Carrillo: „‚Eurokommunismus' ist das einzige revolutionäre Modell für die entwickelten kapitalistischen Länder."
Der Generalsekretär der spanischen KP beendet die Spekulationen um den eurokommunistischen Weg. Nur über den Eurokommunismus läßt sich in den Metropolen des Kapitals die Emanzipation des Proletariats verwirklichen.
Bereits erschienen:
Santiago Carrillo/Régis Debray/Max Gallo
Spanien nach Franco
Interview mit dem Generalsekretär der KP Spaniens; XII/196 Seiten; Paperback; DM 14,80

Carla Ravaioli Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung

Feminismus und die KPI; ca. 192 Seiten; Paperback; DM 16,– (ISBN 3-87975-120-x)
Über die Autorin: Carla Ravaioli ist als Journalistin und Schriftstellerin tätig; sie gilt als „Feministin der ersten Stunde". Sie veröffentlichte 1969 das erste feministische Buch in Italien. Seit 1973 ist Carla Ravaioli im Redaktionsbeirat der Zeitschrift „Noi Donne", dem Organ der „Unione Donne Italiane".

Monatszeitschrift für Politik und Kultur · Hamburg, 28. Juli 1977 · Heft 8/77

KONKRET-Autoren: Wolfgang Abendroth · Günter Amendt · Wolf Biermann · Walter Boehlich · Heinrich Böll · Martin Buchholz · Peter O. Chotjewitz · Franz Josef Degenhardt · F. C. Delius · Rudi Dutschke · Bernt Engelmann · Hans Magnus Enzensberger · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerd Fuchs · Max von der Grün · Peter Hamm · Karl-Heinz Hansen · Wolfgang Harich · Günter Herburger · Alexander von Hoffmann · Jörg Huffschmid · Walter Jens · Yaak Karsunke · Franz Xaver Kroetz · Hans Matthöfer · Günther Nenning · Peggy Parnass · Karl W. Pawek · Hermann P. Piwitt · Peter Schneider · Alice Schwarzer · Klaus Staeck · Horst Tomayer · Henning Venske · Günter Wallraff · Martin Walser · Peter Paul Zahl

Inhalt

KONKRET-Intern 4

Briefe 4

Carters Menschenrechte und Silvias Baby 6
von Hermann L. Gremliza

2611 Spritzen in einen Mann 12
4. Teil von Kurt Blüchels Serie „Die Medizin-Mafia"

Die Folter wird immer alltäglicher 14
von Peter Paul Zahl

Malteser Taube 20
Hartmut Schulze war auf einem mediterranen Sozialisten-Treffen

Die Sprache der Macht 21
Andreas Papandreou über die EWG

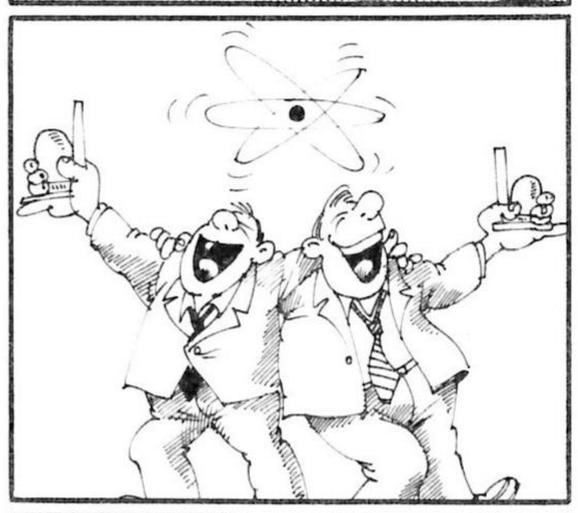
KONKRET Magazin 27
mit Beiträgen von Helmut Ortner, Horst Tomayer, dem neuen Ruhrfestspiel-Chef Eckhard u. a.

„Was denn, noch nie ne Honigpumpe gesehen?" 44
Eine documenta-Kritik von Gisela Weimann,

Wo Reich-Ranicki Linksaußen ist 46
Der Pinscher Hans Christoph Buch als Helmut Kohls Gast bei einer Literatur-Tagung der CDU

KONKRET-Markt 48

KONKRET ex-press 49



„Unsere Kritik wird noch schärfer" 8
Die Jungsozialisten nach Benneter: Hat der Bahr-Schlag Wirkung gezeigt, gehen die Jusos jetzt in die Knie? Im Interview mit KONKRET antworten Traute Müller und Michael Pape, Mitglieder des Juso-Bundesvorstands: Nein.

Neues vom Nachbarn 18
Im Deutschen Atom-Forum von KONKRET rät Burkhard Scherer: „Sei nett zu Deinem AKW", und Georg Bungter liefert den Ausflugstip zum Wochenende: „Gehn wir uns selber vergiften im Park"

Wider den alten Internationalismus 23
Exklusiv und zum ersten Mal in autorisierter deutscher Übersetzung: Spaniens KP-Chef Santiago Carrillo erklärt „Was wir wirklich wollen". Martin Buchholz kommentiert den Streit um Carrillos Thesen: „Es darf gedacht werden"

Deutscher Film 34
Henryk M. Broder: Sackgasse oder Scheideweg?
Alfred Andersch: Räte Kommissionen und „Förderungs"-Anstalten
Gerhard Zwerenz: Falsche Stoffe
Alexander Kluge: Realismus ist anstrengend

Bockwurst mit Lorbeer 42
Hermann Peter Piwitt setzt gegen gigantomanischen Kunst- und Literatur-Rummel die Kultur „en unserm Veedel"

Neuer Konkret Verlag GmbH,
Rentzelstraße 7, 2000 Hamburg 13, Telefon (040) 44 32 53/54
Herausgeber: Hermann L. Gremliza
Redaktion: Hermann L. Gremliza (verantwortlich), Hartmut Schulze, Ingrid Krüger · Layout: Georg von Kieseritzky · Bildredaktion: Hannalore Heinrichs · Verlagsleiter: Manfred Schachtschneider · Anzeigenleitung (verantwortlich für den Inhalt der Anzeigen): Ulrich Alberti
Jahresabonnement DM 42,– frei Haus incl. Mehrwertsteuer, im Ausland zusätzlich Porto, Abonnement-Bestellung bitte an: Deutscher Presse Vertrieb, Wendenstraße 27–29, Postfach 10 16 06, 2000 Hamburg 1, Tel. (040) 248 62 81 · Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 21 vom 1. 1. 1977 · Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto-Nr. 11 806 256 · Postscheckkonto Hamburg, Konto-Nr. 3840 30-202 · Druck: Druckerei Erwin Jungfer, Herzberg am Harz · Satz: Studio für Textverarbeitung, Neumann-Reichardt-Str. 27–33, Haus 14, 2000 Hamburg 70 · Vertrieb: IPV Inland Presse Vertrieb GmbH, Wendenstr. 27–29, 2000 Hamburg 1

intern

Am 8. Juli erreichte uns aus Basel dieser Brief:

Lieber Hermann,

1. Ist die Darlegung von Ernst Bloch anläßlich dessen 90. Geburtstag, die Besprechung des Films von Christian Ziewer, die Rezension von „Autonomie", „Monthly Review" usw., der Bericht über eine Diskussion in Rom mit Genossen von der KPI eine „Kritik kommunistischer Parteien und Regierungen"? Warum bleibst Du nicht bei der konkreten Wahrheit?

2. Wieso benutzt Du eigentlich auszugsweise einen persönlichen Brief von mir und nicht den per Telefon durchgegebenen Leserbrief vom Juni, der sich dagegen verwehrte, als Witzfigur außen erscheinen zu dürfen und innen einen Beitrag trotz wochenlanger Versprechungen nicht unterbringen zu können? Deinen Brief las ich in KONKRET. Er war am 1. 7. noch nicht eingetroffen in Aarhus.

3. Hälst Du es nicht für eine Frechheit, mir großlehrerhaft etwas von Imperialismus, Menschenrechte, Sozialismus und Kommunismus usw. erzählen zu wollen? Setz Dich doch lieber theoretisch und politisch auseinander mit meinem Artikel. Aber dann bitte nicht in wenigen Zeilen.

4. Solltest Du, solltet Ihr nicht mal bei von Eurer Meinung abweichenden Artikeln Eure Gusche halten und das Prinzip der Meinungsverschiedenheit voll anerkennen? Die theoretischen und politischen Differenzen sind groß. Dies aber durchzuhalten macht die Stärke einer pluralistisch konstituierten Zeitschrift aus.

5. Was meinst Du, sollte ich mich an den Rechtsanwalt und Genossen Benneter oder an den Rechtsanwalt von Herrn Simmel wenden, wenn mein Leserbrief in der Redaktion nicht durchkommt? KONKRET hat den Pluralismus nicht ins Grab getragen. Darum habe ich darüber keine Sorgen. Wie andere so habe ich Interesse an der Weiterentwicklung von KONKRET. Versuche aber nicht, Freunde gegen Freunde auszuspielen. Es würde der Zeitschrift schlecht bekommen. Und der Klassenfeind könnte erneut genußvoll zuschauen.

Rot Front, mit den besten Grüßen
Rudi Dutschke

Machen wir die Wahrheit noch ein bißchen KONKRETer:

1. Zitate aus dem Dutschke-Beitrag anläßlich des Bloch-Geburtstags (KONKRET 9/75): „Der Abstieg der Oktoberrevolution in die Unkenntlichkeit bleibt bei der Analyse der schweren Niederlagen ausgespart ... Emanzipation macht vor den Toren Moskaus halt ... Sozialismus und Kommunismus wurden dort als Worte verwendet, ihr wirkliches Wesen wurde despotisch verfremdet ... Systematische Vernebelung des internationalen Proletariats von Seiten der KPdSU ..." Es ist Dutschkes gutes Recht, Bloch und andere zum Anlaß seiner „Kritik kommunistischer Parteien und Regierungen zu nehmen". Aber worüber beschwert er sich, wenn man feststellt, daß er es tut?

2. Veröffentlicht wurde der Brief, der zuerst ankam, und daraus auch nur die Passagen, die nichts Persönliches enthielten. Als der zweite Brief, der sich inhaltlich vom ersten nicht wesentlich unterschied, durchgegeben wurde, waren der erste und die Antwort darauf bereits redaktionell „abgefahren". Daß ein Beitrag um ein Heft geschoben wird, soll in Zeitschriftenredaktionen schon mal vorgekommen sein.

3. und 4.: Dutschkes Beiträge sind, wie andere auch, in KONKRET stets unkommentiert veröffentlicht worden. Beibriefe, in denen Vorwürfe gegen die Redaktion erhoben wurden, mußten beantwortet werden. Ein Forum ist ein Forum, kein Spucknapf. Kein Maximo Líder kann uns – in leicht stalinistischem Tonfall – dazu verdonnern, „die Gusche" zu halten.

5. Einer Klage auf Abdruck eines Leserbriefs (in mehreren Telefongesprächen hat Dutschke klar gemacht, daß er diesen Punkt ernst meint) würde kein bürgerliches Gericht stattgeben. Ein sozialistisches vielleicht – und in Vorwegnahme so großer Zeiten beugen wir uns schon jetzt. Und schließlich: Wenn ich dich kritisiere, ist das fruchtbar. Wenn du mich kritisierst, freut sich der Klassenfeind.

*

Anläßlich des Hamburger Literatrubels diskutierten Ernest Borneman, Jutta Menschick, Marielouise Jansen-Jurreit und Hartmut Schulze (KONKRET) über den Feminismus. So war es in den Programmen ausgedruckt. Doch der Autor des KONKRET-Titels „Schwach auf der Brust" fehlte – es hieß, er habe Schiß bekommen. Es war aber so: KONKRET-Herausgeber Gremliza hatte eine Einladung zum Kongreß der sozialistischen Parteien des Mittelmeerraums in Malta angenommen, konnte dann aber aus privaten Gründen (die – zufällig – was mit Gleichberechtigung zu tun hatten) Hamburg nicht verlassen. Gremliza ging also für Schulze zum Literatrubel, Schulze für Gremliza nach Malta. Siehe „Malteser Taube", Seite 20.

*

Herbert Wehner, zu verehren um seiner Feinde, zu fürchten um seiner Freunde willen, hat vorm Bundeskongreß der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in Saarbrücken die Gegner der Vermögenssteuersenkung dafür kritisiert, daß sie ihre Meinung in KONKRET kundgetan haben. Dazu ein Auszug aus einem Brief des KONKRET-Herausgebers an Wehner:

„Wäre es nicht sinnvoller, wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD ... sich der Tatsache widmete, daß er von vielen politischen Initiativen führender Sozialdemokraten häufig erst aus den Propaganda-Organen des Klassengegners erfährt? Oder ist es einem SPD-Mitglied mittlerweile untersagt, ‚Bild' und ‚Welt' so zu nennen? Ich erinnere mich noch gern Ihrer Ausführungen auf dem Bremer Jungsozialisten-Kongreß über die Entwicklung der ‚klassenpolitischen Situation' in der BRD und würde mich freuen, die politische Konsequenz dieser Analyse auch in Ihrem Verhalten gegenüber verschiedenen Presseorganen entdecken zu können."

Briefe

Bürgerliche Parteienwelt

In der SPD-Diskussion fragte KONKRET im Juli: „Partei kaputt?"

Die Frage „Partei kaputt?" geht an der Wirklichkeit vorbei und zeugt von Naivität: In der SPD Sozialismus zu vermuten ist ebenso absurd wie die CDU eine Volkspartei zu nennen.

Hans-Dieter Seibt
Wolfsburg

Als weiteren Beweis dafür, wie sehr sich die SPD bemüht, sich als wahre Sozialdemokratische Partei selbst auszulöschen, indem sie sich immer mehr von ihrem geschichtlichen Auftrag abkehrt, möchte ich zu den in KONKRET genannten Kurt-Schumacher-Zitaten noch eins hinzufügen: „Man muß sich darüber im klaren sein, daß die ganze bürgerliche Parteienwelt zu dem einzigen Zweck aufgebaut wird, den Besitz zu verteidigen, die Leute, die noch etwas haben, davor zu schützen, daß sie gar zu viel abgeben müssen." (1946) Ich habe mich immer an dieser Aussage orientiert. Was Wunder, daß ich schon 1950 mit Schreiben des heutigen Bundesministers Egon Franke unter Aberkennung meines Stadtrat-Mandats aus der SPD ausgeschlossen wurde. „Aufhänger" hierfür war der Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes.

Hellmut Stutz
Dobel

Aufzuhalten?

Klaus Traube beschrieb den Polizei-Überfall auf den Jugendhof Odenthal („Die Maßnahme", KONKRET 7/77)

Ich frage mich nach solchen Berichten, ob dieser Staat nicht auf dem schlechtesten Wege ist, ein sozialdemokratischer Polizeistaat zu werden. Haben wir noch eine Chance, diese Tendenzen aufzuhalten?

Stephan Schwarz
Rickling

Was mich so entsetzt: Wenn ich versuche, mit meinen Genossen in der SPD über die Polizeistaats-Gefahr zu diskutieren, empfinden sie das nur als lästig. Sie sind viel zu sehr damit beschäftigt, an ihren eigenen kleinen Karrieren zu basteln und wollen sich dabei durch nichts aufhalten lassen.

Karl H. Schneider
Rodgau

Unterrepräsentiert

Rudi Dutschkes Menschenrechts-Beitrag „Alles real – bloß nicht der Sozialismus" (KONKRET 7/77) hat Verwirrung ausgelöst.

Ich verstehe Konkret als eine Zeitschrift, die in der Theorie für den Sozialismus werben will. Was mich aber daran zweifeln läßt, sind die Beiträge von Rudi Dutschke. Ich dachte dererlei Gefasel über „demokratischen bzw. menschlichen Sozialismus" sei seit Chile ein für allemal erledigt. Es muß doch für jeden einigermaßen logisch-denkenden Menschen auf der Hand liegen, daß die existierenden sozialistischen Staaten schon lange vergessen wären, wenn sie die Dutschke-Richtschnur befolgt hätten.

Erwin Schaal
Viernheim

Degenhardt's „Vati" hat sich offenbar nur ein wenig in der Zeit getäuscht, als er sang: „Euer Rudi Dutschke ... in einem Jahr ist er mein Assistent, meine rechte Hand", denn er ist inzwischen auf dem besten Weg dahin: nennt er doch schon Kommunisten „Kommunisten" und betitelt sie mit „despotisch" – aber diesmal ohne Anführungsstriche. Rudi Dutschke ist, wie er klagt, in KONKRET tatsächlich unterrepräsentiert: in KONKRET ex-press.

Max Schreiber
Sindelfingen

Du bist nicht allein

Peggy Parnass, Gerichtsreporterin, schrieb über ihren eigenen Prozeß: „Mein Freispruch" (KONKRET 7/77)

Liebe Peggy Parnass,
seit Jahren lese ich KONKRET, indem ich den Inhalt auf „Parnass" betrachte und mit dieser beginne. Als ich mit dem Juli-Heft begonnen habe, hat mich betroffen: „Ich sehe mich alleingelassen". Jedenfalls *das* darf es nicht geben. Vor Deiner Programm-Vorschau „... baut jeden Tag mehr Kampfkraft ab ..." fürcht' ich mich. Du bist nicht allein, weil Menschen zu überzeugen sind, daß Deine Berichte nicht zu ersetzen, nicht zu wiederholen sind. Du wirst nicht allein sein, weil begritten werden wird, daß keiner sein Herz leergeschrieben hat wie Du.

Hans Heinz Heldmann
Rechtsanwalt, Seeheim

Unabhängigkeit, die eigene und die der Mitmenschen ist das einzige, womit und wofür es sich lohnt zu leben. Vielleicht wissen Sie es noch nicht, aber Sie – Peggy Parnass – sind so etwas wie ein Symbol für den Mut zur Unabhängigkeit und zwar für mehr Menschen als Sie wissen.

Dr. Maria Scholten
Dreifelden

Ein Beitrag über die Tatsache, daß es „draußen kalt ist" – Auschwitz-Reminiszenzen zwischen den Zeilen – ein Freispruch für eine Ohrfeige – und das spaltenlang? Selbst noch so sehr tabuierte Personen und Vorgänge sind diesen Platz doch wohl nicht wert, denn als Leser fühlt man sich am Ende so, als hätte man das aufgeregte Geschimpfe irgendwelcher Leute anhören müssen, die man nicht kennt.

Ingeborg Krause-Brakhage
Lemgo

Mit einem Schulterzucken

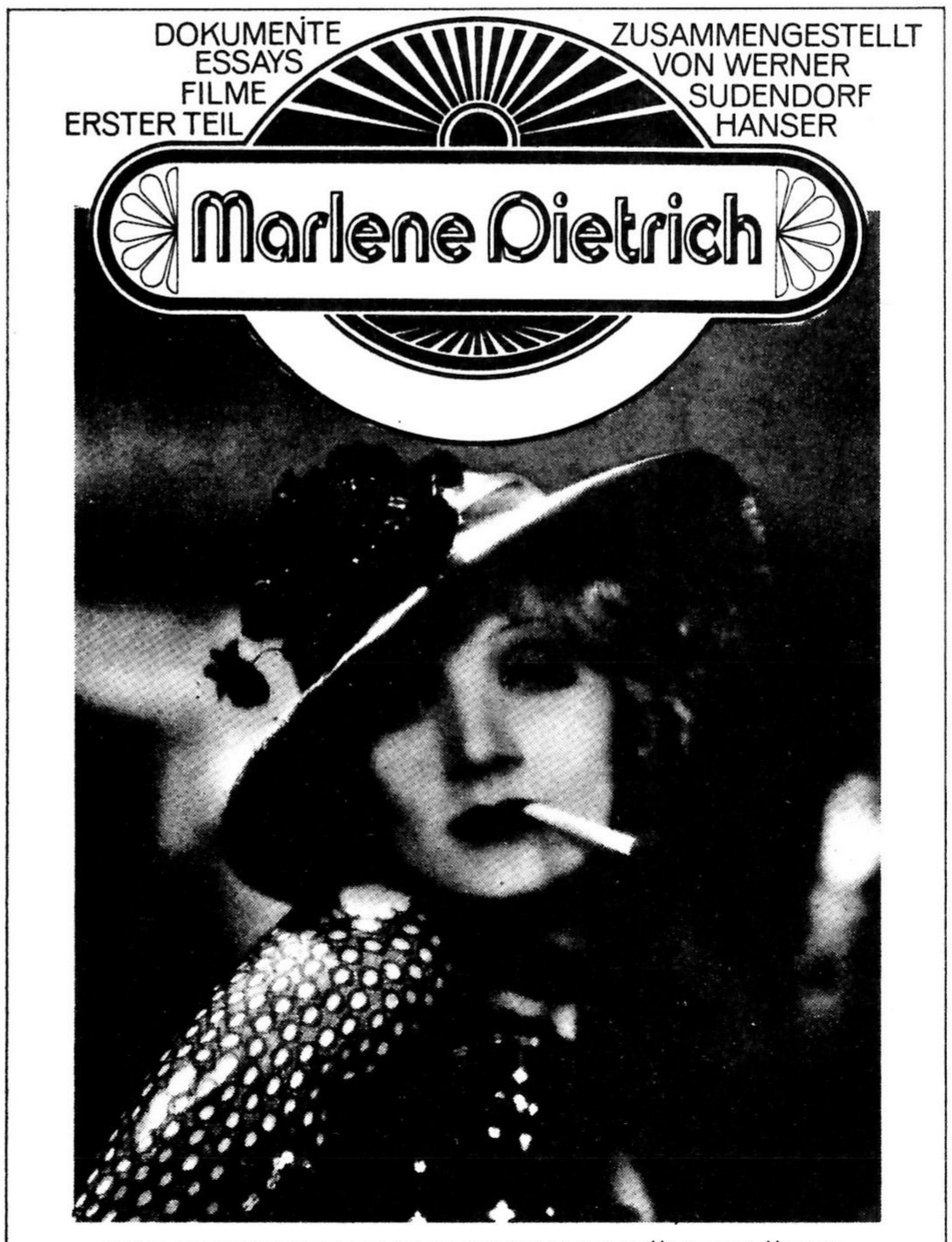
Günter Amendt, „Der Staat und die Sucht" (KONKRET 6/77).

Als Drogenabhängiger stecke ich in der gleichen Misere: Knast oder Psychiatrie, eine andere Alternative will man mir nicht geben. Von vornherein geht man davon aus, daß ich sowieso wieder rückfällig werde. Nur einem Experiment darf ich dienen, zu einem Objekt von Psychiatern und Psychologen soll ich werden. Selbsthilfeorganisationen, Eigeninitiativen werden unterbunden.

Edwin Frass
z. Z. JVA Remscheid

Amendt sollte die Heroinabhängigkeit im Zusammenhang mit dem steigenden Alkoholismus sehen. Es ist nämlich ziemlich egal, welches Suchtmittel der einzelne nimmt – die Probleme sind immer die gleichen. Daß hier nach den Ursachen zu fragen ist, liegt auf der Hand. Und schon sind wir mitten drin in einem politischen Problem, das in den kommenden Jahren enorm an Brisanz gewinnen wird.

Klaus Dede
Oldenburg



DER ERSTE VON ZWEI MATERIALIENBÄNDEN ÜBER MARLENE DIETRICH MIT ZAHLREICHEN UNBEKANNTEN DOKUMENTEN UND ORIGINALBEITRÄGEN.
224 SEITEN MIT 55 ABB., PAPERBACK 24,80 DM.

Hermann L. Gremliza

Carters Menschenrechte und Silvias Baby

In den USA hat vor Jahren eine Firma „Instant Water" auf den Markt gebracht: nur mit Wasser übergießen und schon hat man fertiges Wasser. Eine geschickte Werbung sorgte für guten Verkauf.

Vielleicht ist das nur eine Legende. Jedenfalls hat sich der amerikanische Präsident davon inspirieren lassen. Sein Produkt heißt: Menschenrechte. Es ist für den Export bestimmt. Ist der heimische Markt mit dem Artikel bereits gesättigt? Ein Blitz schlug in die New Yorker Stromleitung:

Weite Teile von Manhattan, Brooklyn und Bronx liegen in Trümmern. Tausende von Menschen sind obdachlos. Hunderte von Geschäften und Kaufhäusern sind ausgeplündert oder zerstört. Die Polizei nahm 3777 Plünderer fest, die Feuerwehr bekämpfte 1623 Brände. Zwei Tage nach dem Blackout zeichnet sich das Ausmaß des Schadens ab: nach ersten Schätzungen rund 2,3 Milliarden Mark.

In den Slums von Harlem, Bronx und Bedford krochen Tausende von farbigen Underdogs wie Ratten aus ihren Löchern, inszenierten im Schutz der Dunkelheit den Rachekrieg der Rassen-Gettos an der Konsumgesellschaft. „Es war schlimmer als Vietnam", stöhnte Samuel Kunzelmann, Besitzer eines ausgeraubten Ladens. „Das ist unsere Nacht", sagte ein junger Schwarzer. „Diese Chance haben wir nur einmal in zehn Jahren."

Das berichtete die „Welt am Sonntag": Daß die Menschen in den Armutsvierteln leben wie in Rattenlöchern; daß sie nur eine Chance haben, mehr zu sein als Ratten: Kriminelle; daß sie in Rassen-Gettos gehalten werden; daß ihr Ausbruch ein Krieg ist; und daß dieser Krieg der Verzweifelten statt den Feind nur den Gemüsemann, der seine kleine, ängstliche Hoffnung in einen Laden gebaut hat, in Verzweiflung treibt.

Samuel Kunzelmann und der junge Schwarze haben das Pech, keine Dissidenten zu sein. Ihre Menschenrechte gelten als gesichert: Sie haben das Recht, über den Präsidenten der Vereinigten Staaten ihre Meinung zu sagen. Sie haben das Recht, sich frei zu bewegen. Kein Gesetz hindert sie, auf Kreuzfahrt durch die Südsee zu gehen oder privaten Reichtum anzuhäufen. Wenn sie wollen, können sie sogar beim Absingen der Nationalhymne ungestraft sitzenbleiben.

Soviel Freiheit kostet natürlich auch was: Samuel Kunzelmann muß dafür sein Leben lang um seinen Laden und sein Leben zittern. Der junge Schwarze kann, wenn er zu den vierzig Prozent farbiger Jugendlicher gehört, die keinen Arbeitsplatz finden, sein Leben lang herumlungern und sich als Taschendieb durchschlagen – oder seine Frau und seine Schwester auf den Strich schicken, damit auch sie ihre Persönlichkeit frei entfalten. Bis er, irgendwann, wenn der Blitz mal wieder ins Stromnetz schlägt, den Samuel Kunzelmann niedersticht und auf der Flucht von einem Polizisten erschossen wird.

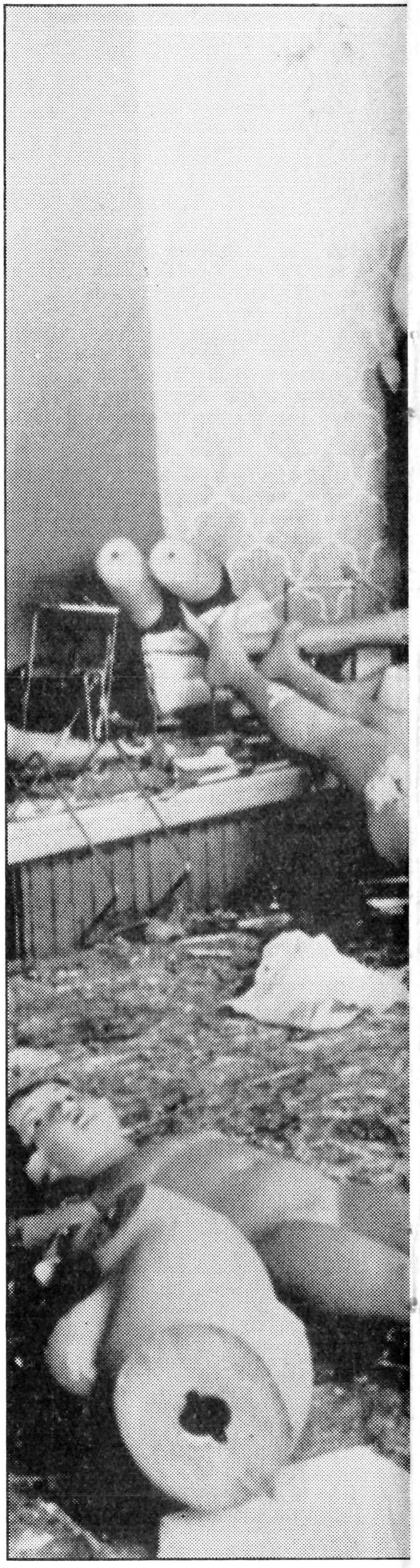
Soviel von New York. New York ist das Ende, von dem Frankfurt, London und Stockholm der Anfang sind. New York ist: die freie Welt am Ziel. Kein gesellschaftliches Prinzip trennt die anderen Metropolen des Westens von dieser Stadt, sie liegen nur einige historische Augenblicke zurück. In ihnen hat der Klassenkampf von oben noch nicht jene Brutalität, die den anarchistischen, terroristischen oder kriminellen Ausbruch der Entwürdigten provoziert.

Herrschen deshalb in Frankfurt, London oder Stockholm die Menschenrechte? Auch hier darf jeder seine Meinung über die Regierung sagen, jeder darf sich frei bewegen (auch wenn er zu jenen vierzig Prozent bundesdeutscher Facharbeiter zählt, die sich in diesem Jahr keine Urlaubsreise leisten können), jeder darf Besitz erwerben (und manche schaffen es mit sechs Richtigen tatsächlich), jeder darf einer der Parteien angehören, denen anzugehören erlaubt ist, und seinen Arbeitsplatz frei wählen, wenn einer da ist.

Aber auch hier hat die Freiheit ihren Preis: Keiner hat ein Recht darauf, ausgebildet zu werden, einen Arbeitsplatz zu erhalten, seine geistigen Fähigkeiten zu entwickeln, frei von Angst um seine und seiner Familie Existenz zu leben, sich in seiner Arbeit wiederzuerkennen, sich die Früchte seiner Arbeit anzueignen.

Dennoch nehmen die Herrschenden solche Bedürfnisse durchaus ernst – nicht um sie zu befriedigen, sondern um sie zu kanalisieren, umzuleiten, zu verballhornen. Glück, Lust, Freiheit von Angst, „das Gefühl, daß auch in dreißig Jahren die Dinge, die du tatst, die meisten, richtig warn" (Degenhardt) – das bleiben Güter für den gehobenen Gebrauch. Für die Masse liefert die Bewußtseinsindustrie Talmi.

Rund um die Uhr ist ein gigantischer Verblödungsapparat am Werk,



New York nach Stromausfall, Pressefreihe

t vor Gebärmutter: „Volle Übereinstimmung"

Menschen von ihren Bedürfnissen abzulenken und unter ihre Fähigkeiten zu drücken: „Wie heißt Helmut Schmidt mit Vornamen? Richtig, Sie gewinnen einen Kühlschrank!" So geht's beim Fernseh-Quiz zu, damit nur ja kein Zuschauer am Kopfinhalt anderer die Differenz zu seiner eigenen Füllung („Bild"-Prothesen) feststellt.

Lust wollt ihr? Ihr habt doch Porno-Shops. Abenteuer? Der nächste Tatort kommt bestimmt. Kunst? Es muß nicht immer Mozart sein, Jürgen Markus tut's auch. Selbstwertgefühl? Na klar, Deutschland wird Weltmeister. Glück? „Silvias Baby: Wir warten mit!"

Arbeitsplätze in Gefahr? „Fernsehkameras überwachen Königin Silvia!" Steuergeschenke für Millionäre? „Silvias Baby: Victoria!" Neutronenbombe? „Silvias Baby: Ein süßes Mädchen!"

Die Diskrepanz zwischen der Ursache, nämlich daß ein junger Schwede mit seiner Frau, einer geborenen Sommerlath, gefickt hat, bis es zu den auch in Wanne-Eickel üblichen Konsequenzen führte, und der Folge, daß elf Millionen „Bild"-Leser wochenlang um Königin Silvias Gebärmutterglück besorgt gemacht werden konnten, zeigt, welche Erfolge die industriell betriebene Verblödung der Massen hat. Und das firmiert dann auch noch als „Pressefreiheit", die als eines der Menschenrechte für den Export vorgesehen ist.

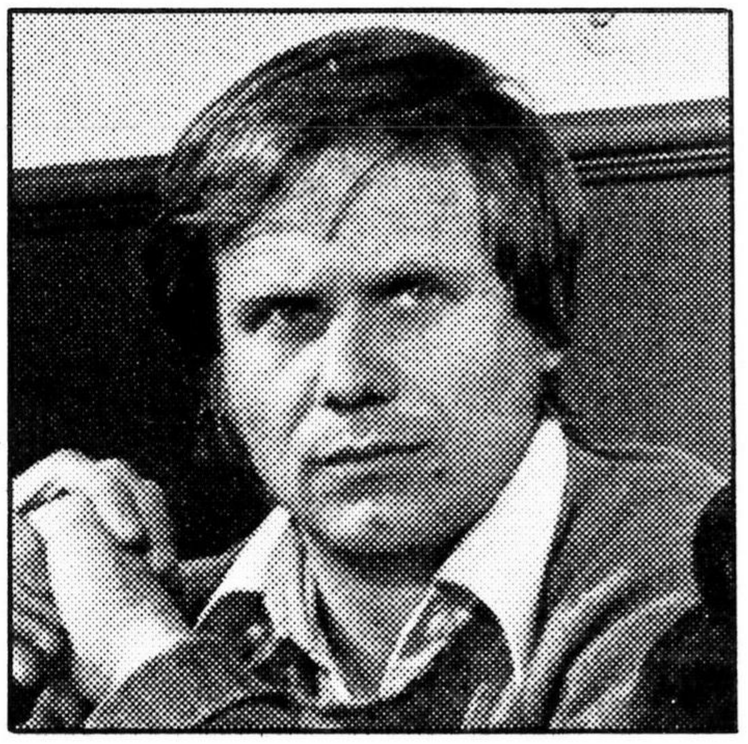
Was hat die Herstellung von Gehirnkrüppeln, für die Goethe der Erfinder des gleichnamigen Platzes und Marx der Gründer der Baader-Meinhof-Bande ist, mit Menschenwürde zu tun? Soviel, daß sie deren systematische Zerstörung unter dem Banner der Menschenrechte bedeutet. Die Massen wollen es aber so, sagen uns die, die Millionen dafür ausgeben, durch sogenannte Marktforschung unbewußte Reflexe auszuspähen und für ihren ideologischen Konsumdreck, gefüllt in eine glückverheißende Verpackung, zu mißbrauchen. Freiheit ist schließlich nur noch der Ersatz physischen Zwangs durch psychischen. Und es bleibt die Frage, ob die erzwungene Lektüre von Goethe und Marx nicht menschenwürdiger wäre als die „freiwillige" Lektüre der „Bild"-Zeitung.

Menschenrechte als Sammelbegriff der politischen und rechtlichen Normen, die Menschenwürde herstellen und schützen: darum geht der Kampf. Menschenrechte als Schlag-Zeile der Bewußtseinsindustrie: das ist nur der Ersatz-Blödmacher für den Fall, daß gerade mal kein Königskind erwartet wird.

P.S.: Präsident Carter und Bundeskanzler Schmidt haben in der Frage der Menschenrechte „volle Übereinstimmung" erzielt.

„Unsere Kritik wird noch schärfer"

Mit dem Rausschmiß des Juso-Vorsitzenden Klaus Uwe Benneter wollte die SPD-Führung ihre Jugendorganisation zur Umkehr zwingen. Doch die Betroffenen merkten schnell, daß es nicht um eine Person, nicht nur um eine Position, sondern um den politischen Spielraum der Linken in der SPD überhaupt geht. Im Gespräch mit KONKRET erklären Traute Müller und Michael Pape, beide Mitglieder des Juso-Bundesvorstands, warum es für die Jungsozialisten kein Zurück hinter die Beschlüsse des Hamburger Kongresses gibt, der Benneter zum Vorsitzenden gewählt hat



KONKRET: Überall im Land laufen Parteiausschlußverfahren gegen Jungsozialisten, die sich mit ihrem Vorsitzenden Klaus-Uwe Benneter solidarisiert haben. Habt Ihr einen Überblick über die Anzahl und über den Personenkreis?

Traute Müller: Verfahren im Zusammenhang mit Benneter gibt es in den Bezirken Franken, Westliches Westfalen, Rheinhessen, Weser-Ems. Die spektakulärsten Verfahren sind das gegen den Juso-Vorsitzenden in Ostwestfalen-Lippe, Heinrich Lienker, und die gegen die 56 Hamburger Sozialdemokraten.

KONKRET: Wieviel Verfahren insgesamt?

Pape: Bahr hat vor dem Hamburger Beschluß gesagt, es gäbe zwei Dutzend Parteiordnungsverfahren. Das kommt mir stark untertrieben vor. Außerdem geht es mehr um die Folgewirkungen, die diese Verfahren in der Partei haben: Große Enttäuschung und Resignation.

KONKRET: Also nicht eine aggressivere Haltung gegenüber den Initiatoren der Ausschlußverfahren?

Traute Müller: Doch, das auch, aber die Jungsozialisten haben bislang eigentlich keine Strategie, die die Garantie dafür bieten würde, in jedem Fall erfolgreich diese Verfahren abwehren zu können. Zumal die Hamburger Entscheidung zeigt, daß die Parteiführung sich auch über starke innerparteiliche Widerstände hinwegsetzt. Damit gewinnt der versuchte Massenausschluß knapp ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl einen nahezu selbstmörderischen Charakter.

KONKRET: Das heißt dann für die Betroffenen: Raus und aus. Was nun?

Pape: Wir haben in der Vergangenheit zwei Dinge nicht sehr ernst genommen oder einfach beiseitegeschoben: Erstens unser relativ ungeklärtes und teilweise unkritisches Verhältnis zur Parteilinken. Das haben wir jetzt bei den Parteiordnungsverfahren zu spüren bekommen. Und zweitens eine überzogen positive Erwartungshaltung gegenüber der Gesamtpartei. Die Identität der Jungsozialisten wurde an die Erfolge der Gesamtpartei geknüpft, und nun, da diese Erfolge ausbleiben, gerieten wir in eine Identitätskrise.

Traute Müller: Im Fall Benneter gab es keine Solidarität der Parteilinken, da haben die Jungsozialisten allein gestanden. Dafür hat es bei den Jungsozialisten auch in Bezirken, die nicht geschlossen für Benneter gestimmt hatten, in Baden-Württemberg zum Beispiel, spontane Solidaritätsaktionen für Benneter gegeben. Das zeigt, daß an der Juso-Basis die Einsicht wächst, daß man innerhalb des Verbands solidarischer miteinander umgehen muß. Ob das auch für die Funktionäre gilt, kann ich noch nicht sagen. Ich hoffe es.

KONKRET: Wie erklärt Ihr Euch das Versagen der Parteilinken im Fall der Ausschlußverfahren?

Pape: Wir konnten feststellen, daß die Hamburger Parteilinke ganz anders reagiert hat als die Bundes-Parteilinke, die gemeint hat, es gehe hier nur um eine Position, und nicht gesehen hat, daß das Ausmerzen *einer* linken Position der ganzen Parteilinken schadet. Die Hamburger Parteilinken haben das sehr schnell begriffen.

KONKRET: Warum reagiert die SPD auf Benneter und Genossen so nervös? Warum ist 1969 gegen Karsten Voigt, der doch die Politik der Parteiführung auch sehr radikal angegriffen hatte, kein Ausschlußverfahren beantragt worden?

Pape: Weil sich die gesellschaftliche Situation seit damals sehr geändert hat. Als die Jungsozialisten 1969 die große Wendung nach links vollzogen, da faßten sie den Beschluß, daß die Jungsozialisten für den Fall, daß die Partei die Altersgrenze für Jusos heruntersetze, über Alternativen zur Arbeit in der SPD nachzudenken hätten, etwa in Form eines parteiunabhängigen Jugendverbandes. Damals war diese Aussage nichts besonderes.

KONKRET: Damals hat also der Juso-Bundeskongress, der Karsten Voigt zum Vorsitzenden wählte, beschlossen, daß die Mitgliedschaft in der SPD für Jungsozialisten kein Dogma sei?

Pape: Wir haben in einer anderen gesellschaftlichen und damit auch politischen Situation gesagt, daß wir als Arbeitsgemeinschaft der Jusos kastriert werden, wenn die Partei über das Senken der Altersgrenze versucht, die Jusos in den Griff zu bekommen. Und da das an die Substanz gehen würde, hat der Kongreß 1969 beschlossen, dann auf diese Situation nicht unvorbereitet zu sein. Auf dem Hamburger Kongreß 1977 haben wir festgestellt, daß die arbeitende und lernende Jugend ihre Interessen in der Regierungspolitik der SPD nicht mehr wiedererkennen kann. Deshalb mußten unsere Personal- und Sachentscheidungen, die dieser neuen politischen Situation entsprachen, der Parteiführung als Tendenzbruch erscheinen. Aufgrund des veränderten politischen Klimas glaubte sie nun, gegenüber den Jusos durchziehen zu müssen.

Traute Müller: Die Parteiführung wird auch deshalb immer nervöser, weil vor allem am Beispiel der andauernden Massenarbeitslosigkeit deutlich wird, daß die Politik des Krisenmanagements gescheitert ist. Die aus der Hilflosigkeit geborene Reaktion, Lösungsvorschläge der Linken durch Herausgreifen von Einzelpersonen administrativ abzuwürgen, mag noch innerparteilich erfolgversprechend erscheinen, mit dem Ausschluß von Personen oder

ganzen Gruppen sind aber die Forderungen nicht vom Tisch. Die Arbeitnehmerschaft und ihre Gewerkschaften verlangen eine Antwort der Partei auf die Krise des Systems. Bei Fortsetzung des Regierungskurses werden sie nicht länger diese Regierung unterstützen können.

KONKRET: Willy Brandt hat gesagt, man könne vieles in diesem Staat sagen, aber nicht alles in der SPD. Egon Bahr geht da weiter, er sagt: Die Position Benneters schade nicht nur der Partei, sie schade dem Staat.

Traute Müller: Das ist eine weitere Verschärfung. So werden Berufsverbote vorbereitet.

Pape: Hamburgs SPD-Bürgermeister Klose soll in der letzten Landesvorstands-Sitzung gesagt haben, die Stamokap-Theorie verstoße gegen das Grundgesetz. Wer so argumentiert, will sich offenbar nur darauf konzentrieren, das abzusichern, was die Regierung macht, und alternative Denkansätze abschneiden. Das heißt, das Godesberger Programm wird auf die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung verengt.

KONKRET: Unter den in Hamburg zum Ausschluß vorgesehenen Genossen ist auch Detlef Albers, der bislang in der Theorie-Diskussion und in der Organisierung einer bestimmten Juso-Position eine wichtige Rolle gespielt hat. Wenn er und die anderen 55 wirklich ausgeschlossen werden, was dann?

Dogma, Dogma

„Die Jungsozialisten ... werden vorsorglich die Möglichkeit der Gründung eines parteiunabhängigen sozialistischen Jugendverbandes prüfen"

Beschluß der Jungsozialisten-Bundeskonferenz 1969

Traute Müller: Die Genossen, die jetzt vom Ausschluß bedroht sind, zeigen durch ihr Verhalten, daß sie sich nicht aus der Politik verabschieden werden, auch nicht aus der Arbeit innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung. Sie kämpfen jetzt um ihre Mitgliedschaft und das wird ihre Politik auch weiterhin bestimmen.

KONKRET: Ist das nicht illusionär? Wer draußen ist, kann an keiner Parteiversammlung mehr teilnehmen.

Pape: Bei denen wird eine große Ernüchterung einsetzen, viele Illusionen über eine zügige Veränderbarkeit der SPD und der gesellschaftlichen Strukturen überhaupt werden kaputtgehen. Was können sie tun? Sie werden sich als Linke, die sie ja bleiben, weiterhin an den Diskussionen der Jungsozialisten politisch orientieren.

KONKRET: In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden – und er wurde von verschiedenen Sprechern der Parteilinken verstärkt, daß zwar alle Juso-Gruppierungen formal mit Benneter solidarisch sind, daß aber nur die sogenannte Stamokap-Gruppe Benneters Interview-Äußerungen

Juso-Bundesvorstand: In allen drei Punkten einig mit Benneter?

inhaltlich gutheißt. Wie ist das: Ist die Mitgliedschaft in der SPD kein Dogma, muß man auch sinnvoll mitarbeiten können?

Pape: Wir Jusos wollen eine grundlegende Veränderung der gegenwärtigen Wirtschaft- und Sozialordnung, um damit die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, insbesondere die der lernenden und arbeitenden Jugend zu verbessern. Diese Veränderung erreichen wir aber nur, wenn wir eine prinzipielle und dauerhafte Beziehung zum Emanzipationskampf der arbeitenden Klasse haben und wir uns selbst als Teil dieser Bewegung begreifen. Auch wenn wir wissen, daß die politischen und organisatorischen Formen dieses Kampfes nicht für alle Ewigkeit unveränderbar feststehen, ist die SPD für die Jusos historisch die politische Organisation der Arbeiterklasse. Von daher gibt es keine Alternative zur Mitarbeit in der SPD. 1969 haben wir gesagt, wenn diese Arbeitsmöglichkeiten zerstört werden, etwa durch ein Senken der Altersgrenze, dann haben wir Alternativen zu prüfen. Und Klaus Uwe Benneter hat immer wieder betont, es muß eine *sinnvolle* Mitarbeit möglich sein. Von daher zeigt sich, daß er nichts anderes ausgesagt hat, als die Jusos schon 1969 beschlossen haben.

KONKRET: Inhaltlich gibt es also im Juso-Bundesvorstand zur Frage der Mitgliedschaft in der SPD keine Differenzen?

Pape: Nein.

KONKRET: Kommen wir zur Zusammenarbeit der Jungsozialisten mit Kommunisten. Hat Benneter dazu in dem KONKRET-Interview mehr gesagt als das, was der Juso-Kongreß in Hamburg beschlossen hatte?

Traute Müller: Er hat nicht mehr gesagt, als was viele andere Bundeskongresse vorher beschlossen hatten, was also unbestrittene Position bei den Jungsozialisten ist.

Pape: Benneter hat gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Juso-Bundesvorstands immer gesagt, daß wir uns in zentralen Fragen von der DKP unterscheiden.

KONKRET: Das hat er auch in dem Interview gesagt.

Pape: Richtig, er hat immer gesagt, daß es nicht im Sinne von Jungsozialisten liegen kann, daß wir aus Bürgerinitiativen, Hochschul-Asten, Schülerkammern herausgehen, weil dort auch Kommunisten sitzen. Da sind wir alle einer Meinung. Wir haben gemeinsam gesagt – und das ist wichtig, weil die Parteiführung glaubt, in dieser Frage einen Keil zwischen die eine und die zwei anderen Juso-Positionen treiben zu können –, daß es für uns eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht geben kann.

KONKRET: Dann kann also nur noch Punkt drei inhaltlich umstritten sein, nämlich ob CDU und CSU Parteien des Klassengegners sind.

Pape: Kurt Schumacher hat 1946 auf einer Veranstaltung der Hamburger SPD gesagt: „Wir dürfen niemals vergessen, daß hinter den Parteien Klassen stehen. Der Kampf, der ausgetragen wird und ausgetragen werden muß, wird sich in den westlichen Zonen Deutschlands vor allem abspielen zwischen zwei Parteien, zwischen der Christlich Demokratischen Union auf der einen und der Sozialdemokratischen Partei auf der anderen Seite. Ich erkenne an, daß in der Periode der Gründung der CSU durchaus wertvolle demokratische Kräfte, die den Willen zum sozialen Lastenausgleich in sich hatten, tätig waren. Aber in der Zwischenzeit hat sich in dieser Partei ein großer Prozeß der Umbildung vollzogen. Die Linke in dieser Partei liefert das agitatorische Vokabularium, und die Rechte macht die Politik." Diese Aussage teilen wir. Wir verkennen nicht – und auch Benneter hat das nie

Bahr oder/ statt Brandt

Ein Brief an den Vorsitzenden der SPD und eine Antwort des Bundesgeschäftsführers Egon Bahr. Resümé: Die Entspannungspolitik nach außen verlangtden Kalten Krieg im Innern

Herrn
Willy Brandt
SPD Parteivorstand
Ollenhauerstr. 1

53oo B o n n

Redaktion

Sehr geehrter Herr Brandt,

mit Erschrecken haben wir zur Kenntnis genommen, daß die SPD-Führung beabsichtigt, den Vorsitzenden der Jungsozialisten, Klaus-Uwe Benneter, wegen seiner Äußerungen in einem KONKRET-Interview aus der Sozialdemokratischen Partei auszuschließen.

Wir, die unterzeichneten Autoren der Zeitschrift KONKRET, haben in den vergangenen Jahren trotz unterschiedlicher und kritischer Haltung zur Regierungspraxis Ihrer Partei die SPD stets und vor allem deswegen in Schutz genommen, weil sie mehr als andere Parteien die Freiheit des Geistes und die Freiheit der Diskussion - auch und vor allem in ihren eigenen Reihen - verteidigen zu wollen schien. Der Ausschluß-Antrag gegen Benneter läßt uns daran zweifeln, ob dies noch der Fall ist.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Brandt, im Interesse einer Freiheit, die wir stets bei Ihnen besser aufgehoben sahen als bei den Propagandisten des Oder/Statt, im Vorstand Ihrer Partei darauf hinzuwirken, daß die Auseinandersetzung mit den politischen Vorstellungen Ihrer Jugendorganisation und dessen Vorsitzendem im Geiste demokratischer Diskussionsbereitschaft und nicht mit administrativen Maßnahmen geführt wird.

Axel Eggebrecht
Bernt Engelmann
Walter Jens
Günter Wallraff
Martin Walser
Gerhard Zwerenz

f.d. Richtigkeit:

Hermann L. Gremliza

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Der Parteivorstand

Bundesgeschäftsführer

Herrn
Hermann L. Gremliza
c/o Neuer Konkret Verlag GmbH
Rentzelstraße 7

2000 Hamburg 13

Ollenhauerstraße 1
Postfach 2280
5300 Bonn 1

Telefon (0 22 21) 53 21
Durchwahl 532 ...264
Telegramm-Adresse:
Sopade Bonn
Telex 08 86 306

21. Juni 1977

Sehr geehrter Herr Gremliza,

wenn gegen Herrn Brandt Vorwürfe erhoben wurden, so gingen sie oft in die Richtung, daß er der Diskussion um politische Wege zu breiten Raum gelassen habe. Ich glaube nicht, daß sich dies künftig ändern wird, und deshalb sind die Befürchtungen, die Sie in Ihrem Brief vom 2. Mai geäußert haben, nach meiner Überzeugung unnötig. Aber im Rahmen des großen Meinungsspektrums muß sich eine Partei an die Beschlüsse halten, die sie selbst gefaßt hat, ganz besonders, wenn es um solche geht, die im Zusammenhang mit der Abgrenzung gegenüber der Zusammenarbeit mit Kommunisten schon und gerade in der Zeit gefaßt worden sind, in der die Entspannungspolitik des Bundeskanzlers Brandt mit kommunistisch gelenkten Regierungen operativ betrieben wurde und politisch in der Bundesrepublik durchgesetzt werden mußte.

Die Partei hat sich ein sorgfältig erörtertes, mehrfach ergänztes Statut gegeben, das auf Parteitagen beschlossen worden ist. Wenn sie es anwendet, handelt sie nicht administrativ,

- 2 -

sondern politisch, entsprechend dem demokratisch gebildeten Willen ihrer Mitglieder. Daß darunter die Diskussionsbereitschaft über Inhalte künftiger Wege nicht leidet, ist dem Juso-Vorstand mitgeteilt worden. Die Angebote des Parteivorsitzenden zur inhaltlichen Diskussion sind vom Juso-Vorstand bisher nicht beantwortet worden, obwohl sie sicher nicht nur nötig, sondern auch wünschenswert ist.

Ich wäre dankbar, wenn Sie den unterzeichnenden Autoren meine Zeilen zur Kenntnis bringen würden.

verkannt –, daß es in der CDU Strömungen gibt, die aus der christlichen Arbeiterbewegung kommen. Aber die sind dort völlig einflußlos.

Traute Müller: Damit ist ja nicht gesagt, daß die Mitglieder oder gar die Wähler der CDU die Klassengegner darstellen.

KONKRET: So zahlreich ist die herrschende Klasse nicht.

Traute Müller: Eben. Es geht darum, daß die führenden Politiker der CDU Politik für die Interessen der herrschenden Klasse machen. Wir haben doch als Sozialdemokraten erfahren müssen, daß es die CDU/CSU war, die die wichtigsten gesellschaftlichen Reformen blockiert hat. Aber da die SPD-Führung nicht nur defensiv auf diese CDU-Politik reagiert, sondern sich in eine stille Große Koalition mit der Union begeben hat, will sie eine solche Analyse der CDU-Position nicht zulassen. Jedenfalls zur Zeit nicht. Denn in Wahlkämpfen ist die Parteiführung dann wieder opportunistisch genug, solche Positionen selbst zu vertreten, wenn sie sagt: Millionen für Schmidt, Millionäre für Strauß.

KONKRET: Anstatt: Die CDU ist die Partei des Klassengegners oder des Kapitals, sagt die SPD dann, die CDU sei die Partei des großen Geldes.

Traute Müller: In Wahlauseinandersetzungen wird die SPD-Wählerschaft also auf prinzipielle Gegnerschaft orientiert, und wenn die Wahlen vorbei sind, wird zunehmend Politik in Übereinstimmung mit der CDU gemacht.

Pape: Vor dem Hintergrund der jüngsten deutschen Geschichte sind wir entschieden für die Gemeinsamkeit von Demokraten, nur sollte man hinzufügen, daß die CDU/CSU in den Begriff „Gemeinsamkeit der Demokraten" den Inhalt hineinlegt: Unveränderbarkeit der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Weil aber die SPD in Godesberg formuliert hat, sie wolle zu einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kommen, kann es *diese* „Gemeinsamkeit der Demokraten" nicht geben, wenn die SPD ihrem Programm treu bleibt.

KONKRET: Ist es nicht so, daß die in Bonn mitregierenden Genossen sich deshalb so nah an die CDU ranmachen und so allergisch auf Kritik reagieren, weil sie selbst das Gefühl haben, mit ihrer Politik gescheitert zu sein?

Pape: In der Tat können sich viele SPD-Wähler, aber auch viele SPD-Mitglieder in der Regierungspolitik nicht mehr vertreten fühlen. Man kann das auch so ausdrücken, wie das der Genosse Jansen in Schleswig-Holstein getan hat: „Die SPD hat ihre Wähler aus dem Auge verloren." Und wir Jusos können sagen: Die SPD hat die Jugend aus dem Auge verloren, wenn sie meint, diese mit ihrer Politik versöhnen zu können, gleichzeitig aber über ihre eigene Jugendorganisation Denkverbote verhängt.

Traute Müller: Die heutige Parteimehrheit hält dogmatisch an ihren Grundpositionen fest, obwohl sich diese in der Regierungspraxis als falsch erwiesen haben. Diese Re-

Benneter, Bahr: Gemeinsamkeit der Demokraten?

gierung ist als Regierung der Macher angetreten, die sagte: Wir schlagen zwar nur bescheidene Veränderungen vor, aber die werden wir dann auch kurzfristig realisieren. Doch selbst mit diesem bescheidenen Programm sind sie gescheitert. Und trotzdem wollen sie ihre Politik nicht korrigieren, nicht einmal nach Wahlniederlagen. Und damit verlassen sie das Godesberger Programm. Denn dort heißt es sinngemäß: Wir werden Privateigentum erhalten, wenn unter seinen Bedingungen die Bedürfnisse der Arbeitnehmerschaft befriedigt werden können; andernfalls ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig. Dieser Fall ist jetzt, wo wir hohe Dauerarbeitslosigkeit haben, eingetreten. Und nun zeigt sich, daß führende Sozialdemokraten das Godesberger Programm nicht mehr ernst nehmen.

Pape: Die Partei hat sich seit Godesberg, auch in ihrer Sozialstruktur, stark verändert. Wir haben in der Debatte um den Orientierungsrahmen festgestellt, wieviel Anti-Sozialismus in dieser Partei heute vorhanden ist, wenn es etwa um Gemeineigentum oder Investitionslenkung ging. Jetzt erhebt Egon Franke sogar die Forderung, das Wort Sozialismus aus dem Godesberger Programm zu streichen, und die Forderung findet in der täglichen Regierungspraxis der SPD ihren Niederschlag. Da liegt die Gefahr für die Partei. Sie muß wieder begreifen, daß sie nicht von rechts gewählt wird, sondern von links, und daß sie es sich nicht leisten kann, die Intellektuellen, die Jugendlichen und die Arbeitslosen, denen sie mit dieser Regierungspolitik auch künftig keine Arbeitsplätze besorgen wird, aus der Partei hinauszutreiben. Denn das sind die fünf oder zehn Prozent, die die SPD wieder in die Opposition verweisen.

Traute Müller: Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist auch für das Kapital gefähr-

lich, denn sie beweist, daß diese Wirtschaftsordnung den Bedürfnissen der Arbeitnehmer nicht gerecht wird. Die Voraussetzung für Protest ist also vorhanden. Die SPD nutzt diese Voraussetzungen bislang nicht, um Mehrheiten für eine fortschrittliche Politik zu gewinnen. Mit der Beschönigung und Verniedlichung der Krise stützt sie objektiv die ideologischen Positionen der CDU/CSU, die die „Selbstheilungskräfte der Wirtschaft" über staatliche Subventionen und Steuergeschenke als Rezept ausgeben.

KONKRET: Und wenn die Folgen eintreten, sagt die SPD-Führung, es habe sich wieder einmal gezeigt, daß der deutsche Arbeiter in der Krise nach rechts gehe.

Traute Müller: Dafür trägt dann auch die SPD Verantwortung.

KONKRET: Die Parteiführung scheint zu hoffen, daß die Jusos auf ihrem außerordentlichen Kongreß im Oktober ihren auf dem letzten Bundeskongreß in Hamburg eingeschlagenen Kurs revidieren. Steht das zu erwarten?

Pape: Der nächste Bundeskongreß wird nicht einen Schritt hinter Hamburg zurückfallen. Wir werden weiterhin sagen, daß wir den Abbau demokratischer Rechte zu einem zentralen Punkt unserer Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik machen werden: wir werden sagen, daß diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit hervorruft; wir werden dafür auch sozialistische Alternativen vorschlagen.

Traute Müller: Der nächste Bundeskongreß wird in der Kritik an der Regierungspolitik im Gegenteil noch schärfer werden. Bei Benneter wurde ein Vorwand gesucht und gefunden. Wir werden diesmal dafür sorgen, daß sich die Partei nicht mehr um inhaltliche Auseinandersetzung drücken kann.

KONKRET: Und wenn sich die Partei doch wieder einen Juso-Vorständler herauspickt, den sie wegen irgendeiner Äußerung ausschließt?

Traute Müller: Wer meint, die Auseinandersetzungen spielten sich immer nur zwischen Partei und Jungsozialisten ab, sieht die Dinge zu schematisch. Wichtiger ist, was an Konflikten innerhalb der SPD bevorsteht. Die Regierung ist immer weniger in der Lage, auf die gesellschaftliche Situation angemessen zu reagieren. Damit besteht die Gefahr, daß sich auch eine Kluft auftut zwischen Partei und Stammwählerschaft. Innerparteiliche Konflikte können dann nicht mehr abgetan werden als Generationskonflikt zwischen den Jungsozialisten und der Partei, sondern werden insbesondere die organisierte Arbeitnehmerschaft in der SPD herausfordern.

Pape: Außerdem wird es sich die Partei einfach nicht leisten können, alle halbe Jahre einen Teil des Jungsozialisten-Vorstands aus der SPD zu werfen. Weil nämlich die Jugendlichen, die da SPD wählen sollen, doch darauf achten, wie demokratisch die Strukturen der Partei sind und ob die SPD ihr Postulat, die Partei der Freiheit des Geistes zu sein, auch erfüllt.

Auch mal einen Ausschluß wert

ist das SPD-Mitglied Herbert Weichmann, vormals Bürgermeister von Hamburg und seit Jahren einer der eifrigen Propagandisten des Springer-Verlags. Jetzt ließ sich Weichmann mit der „Welt" in der Hand in Öl malen und „Welt"-lesend vor dem Bild, auf dem er „Welt" liest, für die „Welt" photographieren: „Ich wollte bei einer typischen Morgenbeschäftigung gemalt werden, bei der Lektüre der Welt". An diesem Tag stand in der „Welt" auch dieser Absatz: „Bahr steht auch in Europa nicht ganz allein. Was er verlangt, hat Ende Juni – im SED-Zentralorgan ‚Neues Deutschland' – schon Moskaus UN-Delegierter Trojanowski in der Debatte des Sicherheitsrates gefordert. Nicht so differenziert wie Bahr, aber im Kern identisch. Für ein solches Verhalten hatten härtere Zeiten den Begriff ‚Linientreue'. Bahr hat ihn sich redlich verdient."

Die Medizin-Mafia/Teil IV
KONKRET-Serie von Kurt Blüchel

2611 Spritzen in einen Mann

Wie werde ich Millionär? Am schnellsten als Arzt. Hier der Fall eines Frankfurters, der 148 602 Mark für eine Roßkur zahlen mußte

Ganz alltäglich fängt es an. An einem trüben Novembernachmittag steht der 37jährige kaufmännische Angestellte Raoul Rudolph in der Frankfurter Innenstadt mit seinem BMW 2000 vor einer roten Ampel. Plötzlich prallt ein Mercedes 230 SL mit hoher Geschwindigkeit von hinten auf sein Fahrzeug. Rudolphs Kopf wird erst nach hinten gerissen und schlägt dann hart auf das Lenkrad auf. Völlig benommen klettert Rudolph aus seinem demolierten Wagen. Schwindelgefühle und Brechreiz, Kopfschmerzen und Schluckbeschwerden: Gehirnerschütterung und ein mittelschweres Schleuder-Trauma.

Monatelang irrt Rudolph erfolglos durch Arztpraxen und Kliniken, auch eine orthopädische Kopfstütze kann die Schmerzen nicht lindern. Er flüchtet sich in einen stetig steigenden Schmerzmittelkonsum, bis schließlich der Verdacht auf eine medikamentös bedingte Leberschädigung auftaucht; auch Magen und Nieren scheinen in Mitleidenschaft gezogen. In diesem hoffnungslosen Zustand findet der Privatpatient Rudolph den Weg zu dem Frankfurter Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, Dr. med. Ernst Kaemmerer.

Der ehrgeizige Mediziner, der 14 Jahre an der Universitätsklinik Frankfurt gearbeitet und gerade eine eigene Praxis eröffnet hat, entschließt sich zu einer ungewöhnlichen „Intensivbehandlung". Innerhalb von 16 Monaten verpaßt er seinem geduldigen Patienten 2611 Spritzen. An 485 Behandlungstagen sticht er durchschnittlich fünfmal zu, und bringt es auf diese Weise u. a. zu 643 intramuskulären, 294 intravenösen, 670 intraneuralen, 121 intracutanen und 883 Injektionen in die Hirn- und Rükkenmarkshaut sowie 298 intravenösen Infusionen und 216 Stellatum-Blockaden. Das Arzthonorar für diese Gewaltkur beträgt insgesamt 148 601 Mark. Zusätzlich verordnet Dr. Kaemmerer auf 156 Rezepten Tabletten, Dragees, Kapseln und Zäpfchen im Wert von weiteren 28 000 Mark.

Bezahlen mußte Rudolph die Pferdekur erst einmal aus der eigenen Tasche. Denn seine Privatversicherung zögerte angesichts der abenteuerlich hohen Rechnungen, die ihr auf den Tisch flatterten, mit der Rückzahlung. Rudolphs gesamte Ersparnisse gingen drauf, schließlich mußte er sein Auto und ein geerbtes Haus versilbern. Nachdem er rund 110 000 Mark berappt hatte, war er pleite. Und als der Arzt weitere 39 873 Mark forderte, mußte Rudolph passen.

Der geschäftstüchtige Doktor zog daraufhin vor Gericht und – verlor. Die Juristen der 14. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt vermochten die Zweckmäßigkeit der Spritzenmanie des Klägers nicht einzusehen und erklärten: „Der Kläger hat dem Beklagten eine gegen die Regeln der ärztlichen Kunst verstoßende, sinnlose Behandlung zuteil werden lassen, die im Endergebnis sogar zur körperlichen Schädigung des Beklagten geführt hat. Daß er dabei schuldhaft, nämlich fahrlässig gehandelt hat, ist zu unterstellen."

Grundlage für das deutliche Urteil waren Gutachten, in denen angesehene Mediziner für ihren Kollegen Kaemmerer nichts als herbe Kritik übrig hatten. Immerhin hatte der Frankfurter Facharzt seinem vertrauensseligen Patienten mehr als 13 Liter Lokalanästhetikum (Novocain, Impletol und Scandicain) in den ohnehin geschwächten Körper gepumpt. Zwei Wassereimer voll Narkotika in den kleinen Bereich der Nackenmuskulatur eines einzigen Menschen. Mit dieser Menge könnte man ein ganzes Bataillon kampfstarker Truppen für zwei Tage in todesähnlichen Tiefschlaf versetzen.

Die Spritzen-Tour – und das geforderte Honorar – war jedoch nach Meinung Dr. Kaemmerers „angemessen". Die hessische Landesärztekammer bestärkte den Doktor in dieser Ansicht und nahm ihn trotz vernichtender Medizingutachten unabhängiger Experten unter ihre schützenden Fittiche. Auch Professor Dr. med. Hans-Joachim Sewering, Präsident der Bundesärztekammer, dem man sicher keine Pingeligkeit nachsagen kann, wenn es gilt, Ärzteinteressen in der Öffentlichkeit zu vertreten, bedauerte, „nicht tätig werden zu können ..."

Dr. Kaemmerer selbst sah jedoch schließlich sein Unrecht ein und verpflichtete sich am 1. Dezember 1976 schriftlich, seinem ehemaligen Goldesel 110 000 Mark zurückzuzahlen. Dennoch verurteilte ihn das Frankfurter Schöffengericht „wegen fahrlässiger Körperverletzung sowie wegen fortgesetzten Betruges" zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 8 Monaten.

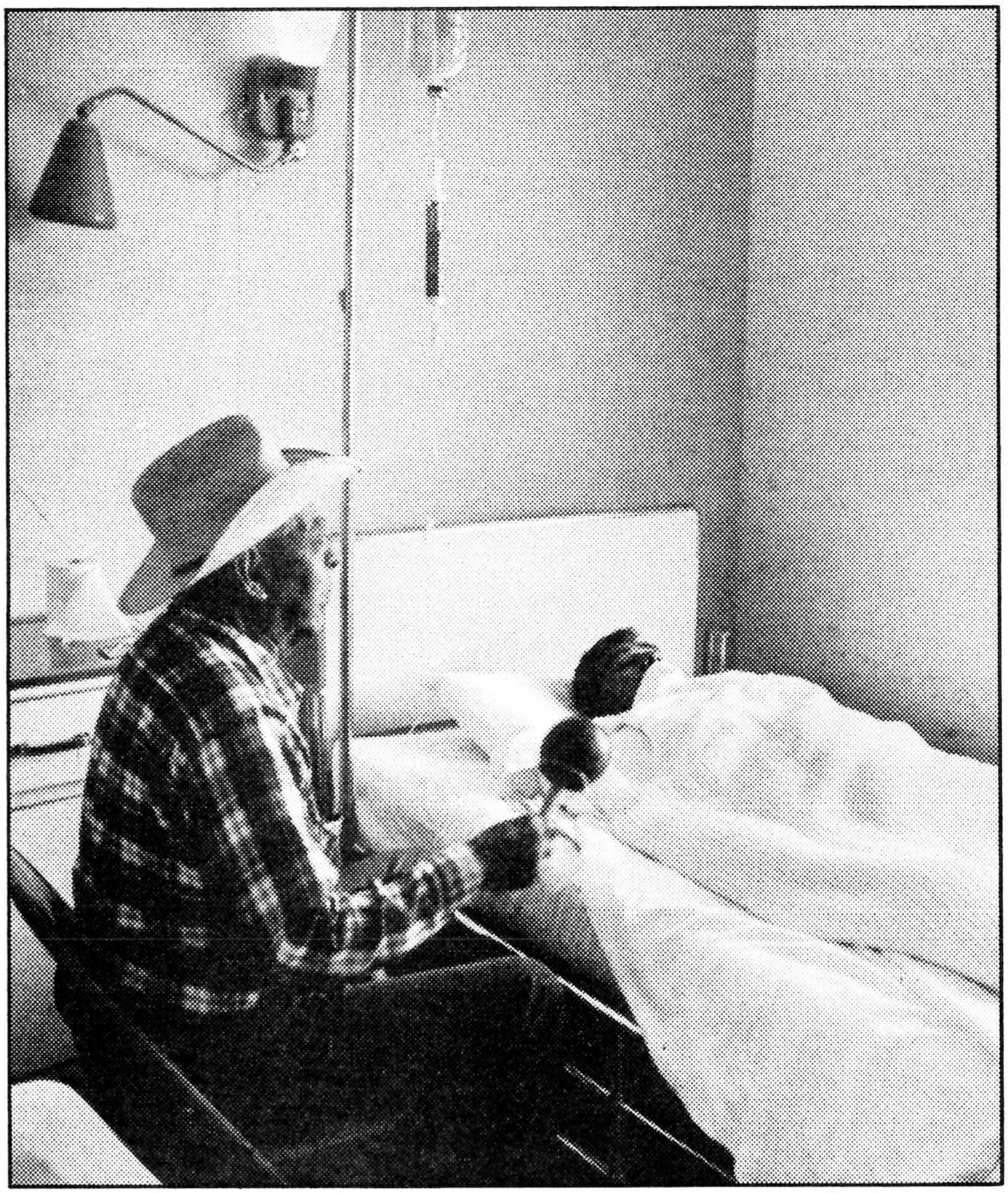
Diese Art von Heilkunde, wie sie von den Ärztekammern selbst in eindeutigen Kriminalfällen noch gutgeheißen und verteidigt wird, ist nicht ganz ohne Vorbild: Die Medizin der kanadischen Kwakiutl-Indianer beispielsweise zielte ebenfalls in erster Linie auf den Erwerb von Privilegien und Vermögen ab. Gesellschaftsideal der Rothäute im Nordwesten Amerikas war es, mehr zu gelten, mehr zu besitzen und mehr verschleudern zu können als die anderen. Um das zu erreichen, war ihnen praktisch jedes Mittel recht. Höchstes Kriterium ihres Handelns war der wirtschaftliche Erfolg.

Das Geschäft mit der Krankheit fügte sich problemlos in die Gesamtkultur der Kwakiutl-Indianer ein. Die Heilkunde der roten Medizinmänner war ein geschickt ausgetüftelter vorsätzlicher Betrug. Die Pflege ihrer betrügerischen Kunst nahm sie so in Anspruch, daß sie darüber den Kontakt mit den übersinnlichen Kräften vernachlässigten, denen sie theoretisch ihre Macht verdankten. Die Schamanen bildeten Spione heran, die die Patienten aushorchten und sie mit dem Nimbus der Allwissenheit umgaben. Sie zeigten Taschenspielertricks und beschworen Geister, an die sie selber nicht glaubten. Schamanismus war, wie die Kwakiutl sagen, „das, was den Erwerb von Besitztümern leicht macht".

Der Patient ist zum Objekt der betrügerischen Machenschaften der Medizinmänner herabgesunken. Nur wenn er Glück hat, stimmen die Interessen des Schamanen mit den seinen überein. Aber häufig hat er kein Glück; denn die „Erfolgstechnik" der Kwakiutl motiviert den Medizinmann, nicht eine Heilung zu versuchen, sondern nur, sie überzeugend vorzutäuschen.

Haben die Geschäftsmethoden unserer modernen Ärzte ihre Wurzeln im Schamanismus? Der Gießener Strahlenmediziner Professor Rausch geißelte auf einem Ärztekongreß, daß bei einem Großteil seiner Kollegen die typische Haltung eines ausgeprägten Standes- und Erwerbsdenkens vorherrsche. Die Wissenschaft werde glorifiziert und die eigentliche Zielsetzung, nämlich dem Patienten zu helfen, werde verfälscht. Berufsethische Ansprüche und tatsächliche Motive klafften weit auseinander.

Die Geldgier eines Großteils der Ärzteschaft wird innerhalb der eigenen Reihen – endlich – immer häufiger gebrandmarkt.



Vermögensbildung wie bei den Kwakiutl: Indianer-Arzt am Krankenbett

Der renommierte Medizinsoziologe Professor Hans Schäfer, Heidelberg, klagt: „Das Vertrauen in die Ärzteschaft sinkt. Der schwerwiegendste Punkt: Der Arzt ... denkt an das Honorar eher als an die objektive Leistung."

Schmähungen müssen sich die Verdienstfreudigsten unter Hippokrates' Jüngern mittlerweile auch von ihrem ranghöchsten Repräsentanten gefallen lassen. Der Präsident des Weltärztebundes, der Schweizer Justus Imfeld, nannte kürzlich auf einer Tagung Berufskollegen, die aus der sozialen Krankenversicherung 800 000 Mark Umsatz machen, „Haie unter den Ärzten".

Professor Sewering, amtierender Schatzmeister des Weltärztebundes, liquidiert aus der sozialen Krankenversicherung jährlich etwa 1,2 Millionen Mark ...

Und Geldverdienen ist für Ärzte fast so einfach wie für Coupon-Schneider: Der Kassenarzt hat nicht nur die Möglichkeit, den „Konsum" an ärztlichen Leistungen selbst zu stimulieren – er wird in gewisser Weise sogar dazu verführt, die von ihm erbrachten Leistungen auf dem Blankoscheck Krankenschein zu manipulieren. Es ist ja so einfach: Er braucht nur weitere Gebührenziffern der GOÄ (Gebührenordnung für Ärzte) zu vermerken, und schon hat er „Vermögensbildung" betrieben.

Oder noch einfacher: Leitende Mediziner an westdeutschen Kliniken sollen seit Jahren dunkle Geschäfte mit Herzschrittmachern von Toten gemacht haben – diesen ungeheuren Vorwurf untersucht zur Zeit die Frankfurter Staatsanwaltschaft. Bei mehr als 100 verstorbenen Patienten operierten die cleveren Chirurgen angeblich die knapp hundert Gramm schweren Steuergeräte wieder aus der Brust und schickten sie zur Generalüberholung nach Köln – für 3000 Mark das Stück ...

Manches kann kein Komödien- oder Dramendichter ersinnen, weil selbst das unkritischste Publikum einen Rest von Wahrscheinlichkeit fordert. Doch jenseits dieser Grenze beginnt die bizarre Welt der deutschen Medizin – und hier kann man vor Überraschungen nie sicher sein.

„Wir haben bei routinemäßiger Prüfung von Arztrechnungen festgestellt", so der Direktor der Ortskrankenkassen in Hamm, Heinz Höltmann, „daß auf dem Krankenschein einer verstorbenen Patientin noch Leistungen abgerechnet worden sind: Hausbesuche, Injektionen, Beratungen und so weiter, und zwar bis zum Ende des laufenden Quartals." Die Kasse wurde stutzig und verglich die Abrechnung des Arztes mit der Mitgliederkartei. Dabei ergab sich, daß auch Patienten während länger dauernder Krankenhausbehandlungszeiten, während Kuraufenthalten sowie elf weitere Verstorbene von diesem Arzt behandelt worden sind. Und das war nur eine Stichprobe. ■

verlag graue hefte

Der Verlag graue hefte gehört zum anrich verlag – aber zwei Zwerge machen noch immer keinen Konzern!

graue hefte Nr. 3–5 im Herbst 1977:

Nr. 3 – Hans J. Schütz:
Aufgeklärte Untertanen (Arbeitstitel)
Ein kommentiertes historisches Lesebuch.
Ca. 200 Seiten, mit alten Bildern.
Ca. 10 Mark

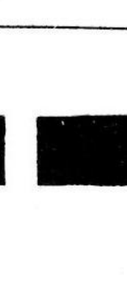
Nr. 4 – Harry Böseke:
Der letzte Dreck
Bericht aus einem Jugendklub.
Ca. 150 Seiten, ca. 10 Mark.

Nr. 5 – Christian Gebert (Hrsg.):
Ausbruch und Rückfällig
Zwei (Protokoll-)Lesestücke.
Ca. 120 Seiten, ca. 6 Mark

Prospekt anfordern – wir brauchen Adressen von Interessenten!
verlag graue hefte Gerold Anrich, Neunkirchen 3, 6101 Modautal 3

'die horen'
Zeitschrift für Literatur, Grafik und Kritik – erscheint im Wirtschaftsverlag NW GmbH, Postfach 10 11 10, 2850 Bremerhaven 1

Ich bestelle **'die horen'**
☐ 102 Unsere Demokratie
☐ 103 Literaten unter sich
☐ 104 Geograph.Ferne und Nähe
☐ 105 KNAST
☐ 106 Die Dichter, die Landschaft, das Land/Kulturpolitik
☐ ABO ab Heft . . . incl. Porto DM 25,- (4 Hefte)



Name

Straße

Ort (PLZ)

Datum

Unterschrift

Peter Paul Zahl

Die Folter wird immer alltäglicher

Der Schriftsteller Peter Paul Zahl, zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt und dort in Isolationshaft gequält, hat in seiner Zelle die Aufzeichnungen seines griechischen Kollegen Periklis Korovesis* gelesen, der unter dem Obristen-Regime der Folter unterzogen wurde: „Der Gefolterte wird irre oder – in Haß, Liebe und Wissen präziser denn je zuvor“

Korovesis' Geschichte ist einfach: er saß mit einem Freund zusammen in der Wohnung. Es kamen Staatsschützer. Bücher wurden beschlagnahmt, die Wohnung wurde demoliert, Korovesis wurde eingeliefert, gefoltert, entlassen. Ein ganz normaler Bericht über ganz normale Zustände in einem ganz normalen NATO-Land.

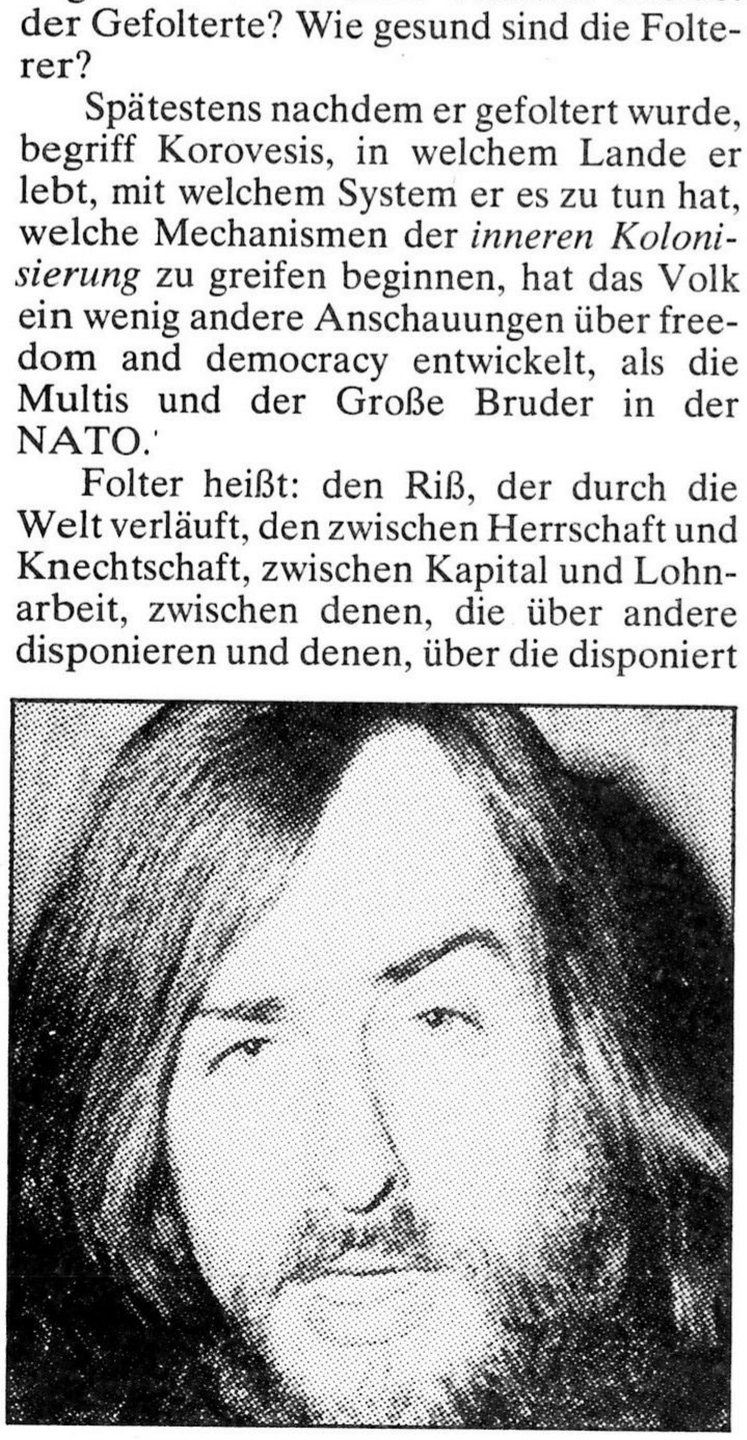
Wer foltert? Und warum? Was macht Menschen disponibel für die Folter? Ist sie ungewöhnlich? Welche Schäden erleidet der Gefolterte? Wie gesund sind die Folterer?

Spätestens nachdem er gefoltert wurde, begriff Korovesis, in welchem Lande er lebt, mit welchem System er es zu tun hat, welche Mechanismen der *inneren Kolonisierung* zu greifen beginnen, hat das Volk ein wenig andere Anschauungen über freedom and democracy entwickelt, als die Multis und der Große Bruder in der NATO.

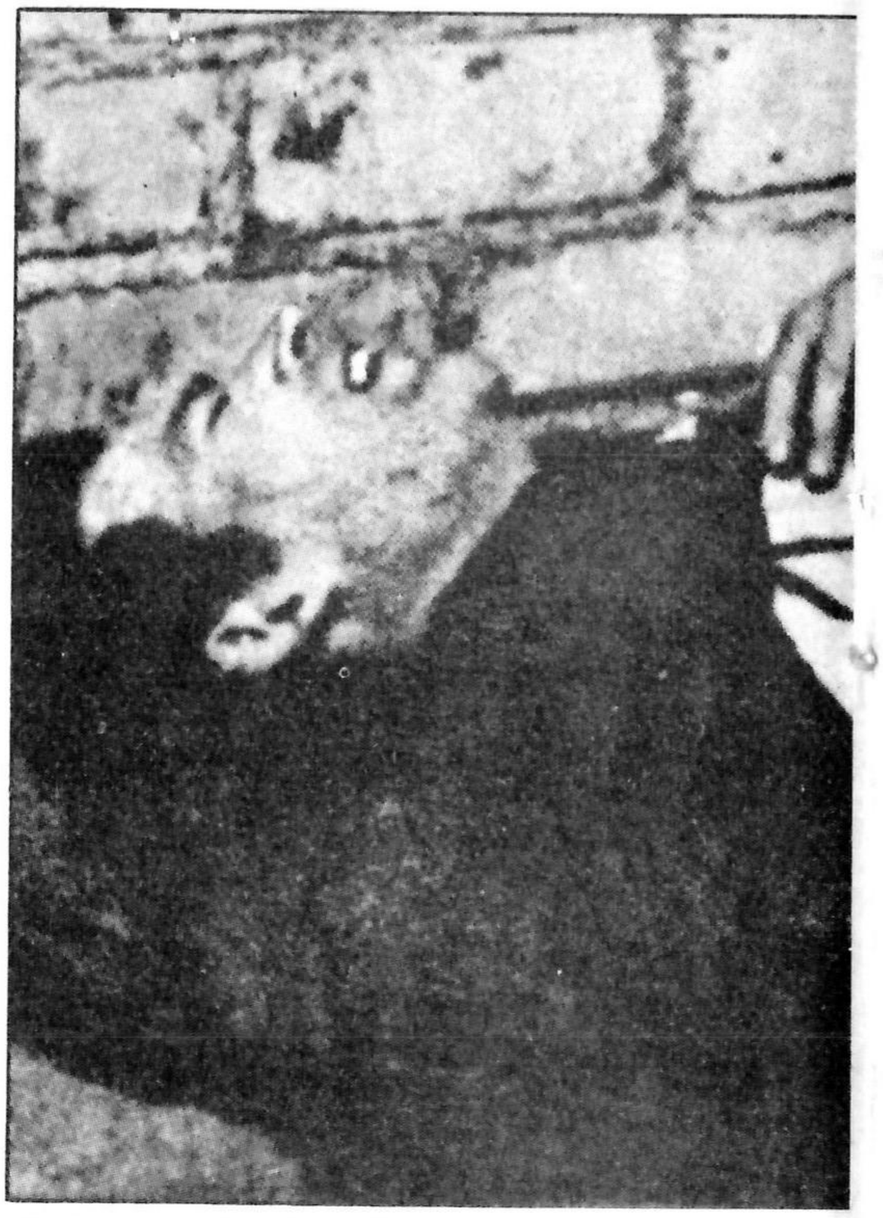
Folter heißt: den Riß, der durch die Welt verläuft, den zwischen Herrschaft und Knechtschaft, zwischen Kapital und Lohnarbeit, zwischen denen, die über andere disponieren und denen, über die disponiert wird, an sich selbst körperlich erfahren. Niemand ist mehr, der er war, wurde er der Folter unterzogen. Der Gefolterte wird irre oder – in Haß, Liebe und Wissen präziser denn zuvor. Ein Drittes gibt es nicht. Es gibt keine Welt, in der Folterer und Gefolterte gleichermaßen heimisch sind. Im Gefolterten wird die allgemeine Schizophrenie, der Irr-Sinn, die Zwangsspaltung in der arbeitseiligen Welt aufgebrochen. Der Gefolterte existiert in diesem Prozeß doppelt: als Leidender und als Chronist seines Leidens.

> „Die Selbsterhaltungsinstinkte hatten aufgehört zu funktionieren. Als ginge mich die ganze Tortur nichts an.“ (48)

Folter wird in einer Welt, in der die Widersprüche sich immer mehr zuspitzen, immer alltäglicher, ist normales Herrschaftsinstrument geworden. Der Prozeß der inneren Kolonisierung, jener Prozeß, in dem jeder, der Widerstand leistet, zum „Nigger“, „Juden“, „Anarchisten“, „Untermenschen“ wird, in dem ein militantes Nein Straftatbestand ist, wird Folter zum normalen Mittel der Repression; wo der Andere, der Gegner, der „Staatsfeind“ zum bösen Prinzip schlechthin wird, werden ganz normale Beamte zu Folterern, wie zu anderen Zeiten Bademeister oder Landgendarmen. Unsere Vorstellungen vom Folterer als der „blonden Bestie“ in SS-Uniform, mit blauen Augen und blankgewichsten Stiefeln und sadistischer Freude am Quälen, ist geprägt von der „Bewußtseins“-Industrie, welche Gründe und Motive der Folter geflissentlich verschweigen oder verdrängen mußte, um einen falschen Schein zu profitieren. So konnte Dachau zu einer Kultstätte der Fremdenverkehrsindustrie werden – wie der Drachenfels; mit dem Bilde des Folteres verbinden sich Erinnerungen an Standfotos, die Schauspieler wie Horst Frank oder Peter van Eyck zeigten; vermengen sich in letzter Zeit schlechtverdaute Theorien aus der Psychoanalyse: Folter als pornografische



Peter Paul Zahl: Statthaft ist, was der Staat erlaubt. Auch die Folter



Folter-Opfer, Brasilien 1967 (oben); Folter-Folter heißt, den Riß, der durch die Welt verläu

Opfer, Griechenland 1972 (unten):
ft, an sich selbst körperlich zu erfahren

Schwarze Messe für sexuell Gestörte. Nichts falscher als das.

> „Aufgrund des ‚Berufsreinigungsgesetzes' mußten von 85 000 Polizeibeamten im Reich fast 2700 aus dem Dienst scheiden (Paul Rieme, Kleine Polizeigeschichte, S. 42). Die restlichen 96 % aller Polizisten erwiesen sich als tragbar – „staatstragend."
> (Eugen Kogon, Der SS-Staat).

Korovesis schildert den echten Typus des Folteres, die graue Maus der Repressionsindustrie:

> „Er sei selbst nur ein kleiner Angestellter mit Frau und Kindern (...) ‚Ich habe für alles, was ich getan habe – er zeigte mir ein Dossier – Befehle, ich führe nur Befehle aus. Politik interessiert mich nicht. Welche Regierung dran ist, ist mir egal. Ich habe meine Anweisungen." (93)

In der BRD befindet sich unter ca. 7000 NS-Verurteilten kein einziger Richter. Für Beamte gab es den § 131. Der Kommentator der Nürnberger Gesetze, welche die Abschlachtung von sechs Millionen Juden absicherten, Herr Globke, wurde Adenauers Rechte Hand. Der NS-Staat war ein Rechtsstaat.

> „Die Idee des Rechtsstaates ist im neuen Deutschland nicht verlassen, sie ist und wird vielmehr vertieft."
> (Der Gerichtssaal, 1933, S. 52)

Das Griechenland der Junta war ein Rechtsstaat. Es gibt immer Gesetze für oder gegen irgendetwas. Daneben gibt es Betriebsunfälle. Die werden abgeurteilt. Der Folterer aus Leidenschaft, der Hobby mit Beruf verbindet, schießt ein wenig über das Ziel hinaus. Dies ist manchmal nicht statthaft. Beruf hin, Berufung her. Statthaft ist eine administrative Tätigkeit, die von den Anderen – den Gefolterten und ihren „Sympathisanten" unstatthaft genannt wird. Statthaft ist, was der Staat erlaubt. Denn, nicht wahr?, der Staat verkörpert den verfaßten Willen der Bürger. Sagt der Staat.

> „Folterungen stellen also nichts anderes dar als die Zerschlagung bereits des Ansatzes, jedes Versuchs der Verteidigung und Organisierung jener gesellschaftlichen Klassen, die den ‚ökonomischen Fortschritt' bezahlen müssen. (...) Sie gehört zu den stets paraten Disziplinierungsmethoden einer herrschenden Klasse, deren einziges Mittel zur Durchsetzung ihres Zieles die offene und unverhüllte Gewalt ist." (10/11)

Ein Staat, der nicht bereit ist, seine treuesten und uneigennützigsten Diener, die (zuweilen auch folternden) Beamten vor den Widrigkeiten schwankender Zeitläufe – zu denen leider auch Regierungs- und Systemwechsel gehören – zu schützen, gibt sich selbst als Prinzip auf. Der seinen Job tuende und dabei keiner Leidenschaft frönende, knüppelnde Polizist, der Arzt, der die Elektroden anlegt, der Herr des Morgengrauens, der, natürlich zur Abwendung einer großen Gefahr, Wanzen setzt, sie sind Hoheitsträger, mithin sakrosankt, ihr Status sorgt für automatischen Rechtsschutz, kein Minister, der es ernst meint mit dem Staat, der sich nicht vor sie stellte.

> „Es gibt Grenzen, Herr Lambrou! Es gibt Menschenrechte..." – „Kommunistische Propaganda! Nur die Kommunisten reden so, und das interessiert mich nicht." (39)
> „Athen, 12. Okt. 76: Der frühere Chef der Sicherheitspolizei, Vassilis Lambrou, er-

Verlag Association GmbH

Neuerscheinungen

S. Marks
Studentenseele
Erfahrungen im Zerfall der Studentenbewegung

Seit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Rationalisierungsoffensive an der Universität beschäftigt sich die Linke wieder mit der UNI. Hinzu kommt der nostalgische Blick auf „zehn Jahre Studentenbewegung".
Marks verzichtet in seinem Buch völlig auf die gängigen Ansätze und versucht, die Studentenbewegung in die Jugendrevolte der sechziger Jahre einzuordnen. Erst als sich die Studentenbewegung aus dieser Revolte löste, um sich Formen traditioneller Vertretungspolitik zuzuwenden, setzt für S. Marks der Niedergang der Bewegung ein.
erscheint Herbst 1977, ca. 150 S., ca. 12,– DM

M. Kukuck
Student und Klassenkampf
Studentenbewegung in der BRD seit 1967

Diese Arbeit erschien bereits 1975 und hat bis heute ihren Wert als materialreiche Darstellung der Studentenbewegung nicht verloren. Kukuck verbindet den Versuch einer Analyse mit einer detaillierten Darstellung der verschiedenen Fraktionen der Studentenbewegung und ihrer ideengeschichtlichen Herkunft.
2. Auflage Frühjahr 1977, 280 S., 16,– DM

Erich Fried
So kam ich unter die Deutschen
Gedichte

Bereits in den sechziger Jahren kam der jüdisch-österreichische Emigrant vor den Nazis, Erich Fried, zurück nach Deutschland – damals noch voller Hoffnung, daß sich die Vergangenheit nicht wiederholt.
Heute, nach Vietnam, der Studentenrebellion und dem mörderischen Polizeistaat BRD ist Fried Mitglied des P.P. Zahl-Komitees, Teilnehmer bei unzähligen Veranstaltungen zur Solidarität mit politischen Gefangenen und einer der bedeutendsten deutschsprachigen engagierten Lyriker. Seine Gedichtzusammenstellung zeigt daß es bereits 5 vor 12 ist, aber auch Hoffnung und Mut zur Veränderung vorhanden ist.
124 S., 10,- DM

Bruns/Schrammer/Larking/Bolle
Mit Samthandschuh und Eisenfaust
Polizei in der BRD

Diese Arbeit untersucht die Struktur der Polizei und die soziale Zusammensetzung der in ihr Beschäftigten. **ca. 150 S., ca. DM 10,–**

Freitag/Heer/Hoier
Hab keine Angst vor TERRORISTEN !

Wußten Sie es schon? Die TERRORISTEN leben unter uns. Wie sie sich tarnen und war ihr wahres Gesicht ist, zeigt diese Broschüre. Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur inneren Sicherheit – diesmal von uns!
Mit vielen Zeichnungen. DM 5.–

REIHE POLITISCHE ÖKOLOGIE 10
Holger Strohm
Erziehung zum Umweltschutz
Arbeitsmaterialien für Lehrer und Studenten

Für jeden Lehrer, der Umweltunterricht geben will, ist dieses Buch eine weltvolle Hilfe: es informiert kurz und umfassend, bietet ein umfangreiches Literaturverzeichnis und stellt die sehr schwierigen Sachverhalte leicht verständlich dar. **114 S; DM 11.–**

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 41 74 84

Verlagsprospekt anfordern!

Über Wochen führte die „Zeit" eine geschwätzige Debatte, an der sich u. a. der neue Feuilleton-Chef Raddatz und Sepp Binder vom Bundesjustizministerium beteiligten: ob Peter Paul Zahl Gerechtigkeit widerfahre oder nicht. Und selbst dafür muß man schon dankbar sein, denn ansonsten findet Peter Paul Zahl nicht mehr statt. Als Antwort auf diese Diskussion veröffentlicht KONKRET einen Brief von Zahl an seine Frau Hilde

Freiheit und Glück

Am Freitag, 29. 4., mittags – die Mitgefangenen waren gerade zur Arbeit ausgerückt – standen einige Herren in meiner Zellentür:
„Packen! Sie werden verlegt." – Ich packte.

Sachen – inklusive Verteidigerpost! – wurden in der Kammer intensiv gefilzt – und ab ging's – per SONDERPOST.
Mir wurde weder gesagt, wohin es ging, noch warum ich verlegt wurde.
Landete in Bochum.
Und hier wurde mir alles, aber auch alles weggenommen.
Wieder ohne Angabe von Gründen.

Die Zelle:
Klein, nach Norden raus. Heißt: kalt. Heißt: dunkel.
Den ganzen Tag muß die Neonröhre an der Decke brennen.
Du erinnerst Dich: Wegen ständiger Kopfschmerzen und arg verschlechterter Sehschärfe wurde mir in Werl eine Leselampe verschrieben.
An der Tür folgende Zettel:
„ROTER PUNKT" (STARKE FLUCHTGEFAHR!)
„NUR MIT ZWEI BEAMTEN ÖFFNEN!"
„EINZELFREISTUNDE!"
„KEINE GEMEINSCHAFTSVERANSTALTUNGEN!"
ZUSATZSCHLOSS AN DER TÜR
ZUSATZGITTER VORM FENSTER
KALT? DUNKEL – UND 7½ STUNDEN AM TAG HÖLLISCHER LÄRM VORM FENSTER? VOR DER KNASTFABRIK

WEGGENOMMEN:
Verteidigungsunterlagen,
Briefwechsel,
Schreibmaterialien
Schreibmaschine
Briefmarken
Kaffee, Tee, Zitronensaft
Manuskipte
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften
Tauchsieder
CLOGS (waren vom Arzt verordnet), Schuhe
– also alles, was in Köln und Werl erlaubt war! –

Gegen Deportation und Isolation seit Freitag, 29. 4.
im Hungerstreik!

Heute war mein Anwalt hier (Lutz Eisel, Bochum, der Rechtsanwalt, der Fischer's Mandat übernimmt).

Ein Antrag, den Anstaltsleiter zu sprechen, bislang erfolglos.

Zu allem kommt vermutlich, daß ich wieder eine Nierenbeckenentzündung zu haben scheine. Ganz besch... Schmerzen!

Ihr seht, der Rechtsstaat war mal wieder in Aktion.

Verlegung, so bekamen wir heraus, von IHLE? Anstaltsleiter Werl, beantragt, vom Präsidenten des Vollzugsamtes genehmigt!
Deren Vorgesetzter: Dr. D. Posser!

Begründung für die „Sicherheitsmaßnahme": KEINE!

Du hast es gewußt: Brauche Geld für Einkauf (DM 26,16) –
„ZWECKGEBUNDEN FÜR NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL".

Liegen also im Bett, kaum was zu rauchen, kaltes Wasser zu mir nehmend, nichts zu lesen (1 BUCH PRO WOCHE) – schlafe viel, habe erhöhte Temperatur –

Und grüße Euch alle kämpferisch:
FREIHEIT UND GLÜCK FÜR ALLE!

PP.

> hielt eine zehnmonatige Freiheitsstrafe. Der Verurteilte legte Berufung ein und wurde vorläufig auf freien Fuß gesetzt." (FAZ, 13. Okt. 1976)

Der ein wenig über das Ziel hinausgeschossene Folterchef unterliegt dem gleichen Bußkatalog, wie der Bademeister, der seine Mütze unvorschriftsmäßig oder statt der vorgeschriebenen weißen eine grün-rot-karierte Hose getragen hatte.
Korovesis:

> „Ein Mädchen sang ein verbotenes Lied. Andere fielen ein. Eine Greisenstimme schlug vor, ein Lied aus dem Widerstand zu singen. Das Lied wurde angestimmt. Es war unglaublich. (30) Ich fühlte mich unter Genossen. Ich hätte mir nicht träumen lassen, daß es mitten im Rachen des Löwen einen solchen Widerstand geben könnte. Ich fühlte mich hervorragend." (31)

Wir – lautet eine Kapitelüberschrift. Korovesis weiß: ich bin nicht allein. Widerstand hat in Griechenland eine große Tradition – gegen die Türken jahrhundertelang, gegen die Nazi-Besetzung, gegen die Junta. Einige seiner Zellennachbarn hatten schon unter den deutschen Faschisten, nach dem Bürgerkrieg, unter Karamanlis gesessen. Sie geben die Fackel des Widerstands an die nächste Generation weiter, und sie lehren – das Überleben:

> „Aber um zu siegen, müssen wir sterben können, und um sterben zu können, müssen wir das Leben lieben." (92)
> „und forscher und ärzte mit verchromtem blick/... prüfen das herz/prüfen das herz und den lauf des blutes/sind jung wie wir und leicht/wie unter dem apfelbaum/stecken elektroden an die ohren/stecken elektroden an die hoden/stecken elektroden an die spitze der Brust/und phoenix steigt aus der asche/phoenix aus dem korydallos..."
> (aus: 24 Stunden für die Freunde)

Aber der Fortschritt bricht sich auch in Griechenland Bahn. Unerbittlich. Spezialisten aus den Vereinigten Staaten verfeinerten die *„Einvernahme"* (Folter), benutzten französische Forschungsergebnisse (aus dem Algerienkrieg; siehe: Fanon: Die Verdammten dieser Erde). Korovesis wird den Handarbeitern entrissen und den wissenschaftlichen Spezialisten überstellt. Doch so verfeinert die Methoden wirken, sie zielen lediglich auf den Körper ab. Auch sie lassen dem Gefolterten seine Identität – und ein Gegenüber. Das Gegenüber ist in der Isolation der Folter die Welt. Was bleiben wird, ist: *„tödliches Mißtrauen"* (58). Der Gefangene weiß: er ist

> „offensichtlich Kriegsgefangener und völlig unvorbereitet, unserem Jahrhundert zu begegnen" (59).

Er durchschreitet den zweiten und dritten Kreis der Hölle: die Folter mit elektrischem Strom und – die Isolationsfolter:

> „Es war nicht wie in der Asphalia, wo du merkst, daß es in der Zelle nebenan noch andere wie dich gibt. Hier war man in völliger und absoluter Isolation von allem Menschlichem." (64)

Diese Folter ist für ihn neu und – am schrecklichsten. Denn vermittels dieser feinsten, gemeinsten, ausgeklügelsten Methode soll der Antagonismus Folter-Gefolterter auf Kosten der Identität des Gefangenen aufgehoben werden. Der Feind, wird suggeriert, dein größter Feind, das bist du

selbst. Wo nur eines ist, dein Leib, und niemand dir gegenübertritt, ihn zu quälen, und er *ist* gequält, da soll der Mensch sich selber Feind werden, an sich irre, soll die Zwangsgespaltenheit in sich versöhnen, indem das Ich, die Identität aufgegeben wird.

Die Isolationsfolter ist nicht neu; schon Balczac schrieb:

> „Zwischen der Einsamkeit und der Folter ist genau derselbe Unterschied wie zwischen einer Nervenkrankheit und einer chirurgischen Krankheit. Sie ist das Leiden, multipliziert mit dem Unendlichem... Dieser grausige Zustand der Seelenfolterung, der in gewissen Fällen, zum Beispiel im Politischen... ungeheuerliche Dimensionen annimmt..."
> (aus: Glanz und Elend der Kurtisanen)

Dieser „grausige Zustand" betrifft Korovesis nun nicht mehr. Nie mehr. Er *weiß* , daß er Teil eines kollektiven Kampfes, eines kollektiven Widerstands, eines kollektiven Leidens ist. Niemand und nichts wird ihm dies Wissen nehmen können. Außer: der Tod. Dieser hat nun, nach all der Qual, den Schrecken für ihn verloren. Er weiß:

> „Um dem Faschismus entgegenzutreten, der beherrschenden Repressionsform des Monopolkapitalismus, muß man sein Essen essen, es ist das einzige, was einem bleibt." (64)

Die *„Menschenwärter"*, Vertreter einer unmenschlichen, sich auf Freiheit, Frieden, Christentum berufenden Todeskultur, haben keine Macht mehr über ihn. Wenn sie je Argumente gehabt haben sollen, haben sie diese beim ersten Schlag der Folter verloren. Die Roboter der Unmenschlichkeit, die *„Beamten, die nur ihre Befehle ausüben"*, die schlagstarken Automaten der westlichen Zivilisation, werden hilflos dem Substrat aus Hoffnung, Liebe, Solidarität, Glück, Glücksversprechen, dem gequälten Opfer gegenüberstehen. Was sie auch machen, sie kommen nicht durch. Spätestens nach der Folter ist aus dem Opfer ein unerbittlicher Gegner der Macht, ein Kämpfer, einer, der weiß, daß das Kriterium der Henker der Verrat, seines die Menschlichkeit ist.

Korovesis hatte „das Glück", eingebettet zu sein in eine starke, selbstbewußte Opposition, die mehr war als eine Gemeinschaft von Gefolterten, einmal – und für alle Zeit – zu wissen, daß die Folterer die Unterworfenen sind, daß in ihnen das System der Lohnarbeit seinen tiefsten, weil vordringlichsten Höhepunkt hat, daß die Gegenwelt zerstört werden wird.

> „Geht in die Gefängnisse, und ihr erfahrt, was für ein Kampf um unser Leben geführt wird. Zu verzweifeln wäre ein Luxus und bedeutet, zurückzuweichen vor denen hier. Ihr habt eure Prüfung bestanden, aber das Schwerste ist die Prüfung des anderen, bei der man glaubt, nicht mehr tun zu können als zuzusehen. Aber das stimmt nicht. Man kann immer etwas tun. Zeig ihm, daß du stolz auf ihn bist. Deine Zuversicht hilft uns allen. Deine Hoffnungslosigkeit betrifft nicht nur dich, sie trifft uns alle. Begreife, daß von jetzt an keiner mehr nur noch für sich allein entscheidet!" (85)
> Ihr habt noch nichts gesehen und erlebt. Ihr seid in den Jahren des Verrats und des Schweigens aufgewachsen. Jahrzehntelang schlachten sie uns nun schon ab und stopfen uns das Maul... Nichts anders/ Aber damit ist jetzt Schluß! Ihr werdet damit Schluß machen, auch wenn ihr es selbst noch nicht wißt. (92)

Die Folterer in Griechenland sind zur Zeit beurlaubt. In Vor- und Nachwort weisen Korovesis und Marios Nikolinakos darauf hin, was es für die Opfer der Junta bedeutet, nach wie vor in der Gegenwart ihrer SS leben zu müssen, die von Karamanlis und Co. gedeckt wird, gedeckt werden muß – siehe oben. Unter dem Mantel des Schweigens lebt die Folter weiter. Die Zuschauer sind *„Feiglinge oder Verräter"* (Fanon), aber dies sind moralische Begriffe, und der Prozeß der inneren Kolonisierung in den Metropolen kennt keine Moral. Korovesis beschreibt die Solidarität der Gefolterten, an die Solidarität der Noch-nicht-Gefolterten appeliert er nicht. Die Noch-nicht-Gefolterten zensieren sich selbst, sie wissen, was geschieht, hier in der BRD, dort in Chile, in Spanien, sie wissen, warum dies geschieht. Drohung und Gewalt der Legalität erdrosseln, was über amnesty-international-Hilfe hinausgehen könnte. Ein christlich-demokratischer Ministerpräsident in der Bundesrepublik will Folter *in gewissen Fällen* angewandt sehen, Herr Albrecht von Niedersachsen (FR, 15.). 1976). Nach zagen Protesten zieht er *dies Zitat* ausdrücklich zurück – die Kritiker sind still und übersehen geflissentlich, daß die Forderung nach Folter *strukturell* aus seinem Text erwuchs. Herr Kissinger schreibt seine Memoiren. Verlage überbieten sich dafür. Auch ein Eichmann tötete *persönlich* keinen, ein Himmler folterte nicht *persönlich*.

In der Bundesrepublik zählt, wer die Folter abgeschafft sehen will, schon zur Fundamentalopposition. Nicht in diese Ecke gerückt zu werden, verweigern viele eine simple Unterschrift unter Petitionen. Was in Griechenland oder hier wirklich geschieht, lernen jene, die der Gefahr entgehen wollen, wohl erst in den Gefängnissen, in den Lagern. Der Faschismus, so Fidel Castro bei seinem letzten Besuch in Chile warnend, lernt schneller. Es wird kein Entkommen geben. Wer morgen kein Stück schreienden, blutenden Fleisches sein will, muß heute, mit anderen zusammen, das Schweigen im Lande durchbrechen. Es gibt nur eine Welt. In der wird immer mehr gefoltert. Solange, wie wir es zulassen. ■

Periklis Korovesis: Die Menschenwärter, übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Armin Kerker, Raith Verlag/päd. extra, 10,80 Mark

Wir, das Rotbuch-Kollektiv, raten Ihnen zu einem Rotbuch-Abonnement. Zwingende Gründe...*

*Weil viele Rotbücher zuverlässiger wirken gegen Haltungsschäden und Erschlaffung, Speichelleckerei und nostalgische Blähungen als ab und zu nur mal ein einzelnes Rotbuch. Für obengenannte Schwächen überaus anfällig sind Sie, wenn Sie folgende Rotbücher noch nicht gelesen haben:

Götz Aly, „Wofür wirst Du eigentlich bezahlt?" (Möglichkeiten praktischer Erzieherarbeit zwischen Ausflippen und Anpassung) Rotbuch 163, DM 7 (Abo DM 6).
Sigrid Fronius, Nicht besiegt und noch nicht Sieger (Argentinien und die Entwicklung der peronistischen Arbeiterbewegung) Rotbuch 165, DM 8 (Abo DM 7).
Dario Fo, Bezahlt wird nicht! Eine Farce mit einem Vorwort von Peter O. Chotjewitz Rotbuch 166, DM 7
Hellmuth Schehl, Vor uns die Sintflut? Ökologie, Marxismus und die herrschende Zukunftsgläubigkeit. Rotbuch 167, DM 6 (Abo DM 5).
Li Yi Zhe, Helmut Opletal, Peter Schier, China: wer gegen wen? Rotbuch 169, DM 8 (Abo DM 7).

Abonnieren können Sie die Rotbücher in jeder Buchhandlung. Oder direkt beim Verlag. Wir sorgen dann dafür, daß Sie die Rotbücher regelmäßig und um 1 DM billiger (nur die politischen Rotbücher) durch eine Versandbuchhandlung erhalten.

An den Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98
1000 Berlin 30
Ich abonniere alle/nur die politischen/nur die literarischen Rotbücher ab:

Bitte schicken Sie mir folgende Rotbücher einzeln: _____

☐ Bitte schicken Sie mir regelmäßig Ihren kostenlosen Verlagsalmanach: Das kleine Rotbuch!

★

Prokla
Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik
27

Henryk Szlajfer
Nachzuholende Entwicklung unter Bedingungen des Weltmarkts: das Beispiel Polen
Stefan Horton
Zur aktuellen Situation in Polen
Axel Bust-Bartels
Arbeitsbedingungen in der DDR
Rainer Rotermundt
Oktoberrevolution und Sozialismus
Altvater/Genth • Eurokommunismus (II)
Isensee/Neusüß • Der Berliner GEW-Konflikt
Diskussion: Frank Dingel • Sozialismus und DKP

★

Schwerpunkt: Sozialistische Länder

Einzelheft DM 9.–
im Abo DM 7.–

Rotbuch Verlag

Rotbuch Verlag Berlin

„HOLLYWOOD BABYLON: ein bizarrer Nachruf auf die alte Filmkolonie, den der in Hollywood geborene Filmemacher Kenneth Anger geschrieben hat. Akribisch recherchiert, ist Angers Buch die vollständigste chronique scandaleuse von Hollywoods Glanzzeit, die je gedruckt wurde".

Kein Who's Who in Amerikas Filmmetropole, eher ein Report über Wer hat Wem Was angetan ist dieses Buch: mit nie gesehenen Bildern und nie gedruckten Facts blättert Kenneth Anger die Kehrseite der Glamour-Stadt auf, den Alltag der Stars.

Wilde, oft bitterböse Geschichten, meist ohne Happy End. Von den frühen Stummfilmzeiten bis heute. Von Griffith, Chaplin, Mae West und Clara Bow, über Stroheim, die Dietrich, Gloria Swanson, Rudolph Valentino, bis hin zur Monroe, Mansfield und Sharon Tate.

Lebensläufe, die wie Albträume sind: wie Hirngespinste eines übergeschnappten Drehbuchautors. Kabale & Liebe, Moden & Morde, Heroin & Kokain, Erpressung & Bestechung, Orgien & Politik. „Mehr Sterne als am Himmel sind" (MGM-Motto) drehen sich auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten beim Totentanz, strahlen in Glitter und Flitter bis zum Verglühen: in feiner Gesellschaft mit kleinen Erpressern, großen Mobsters, gerissenen Lolitas, adretten Gigolos. Hollywoods Goldene Generation ...

Rogner & Bernhard

Deutsches Atom-Forum

Burkhard Scherer

Neues vom Nachbarn

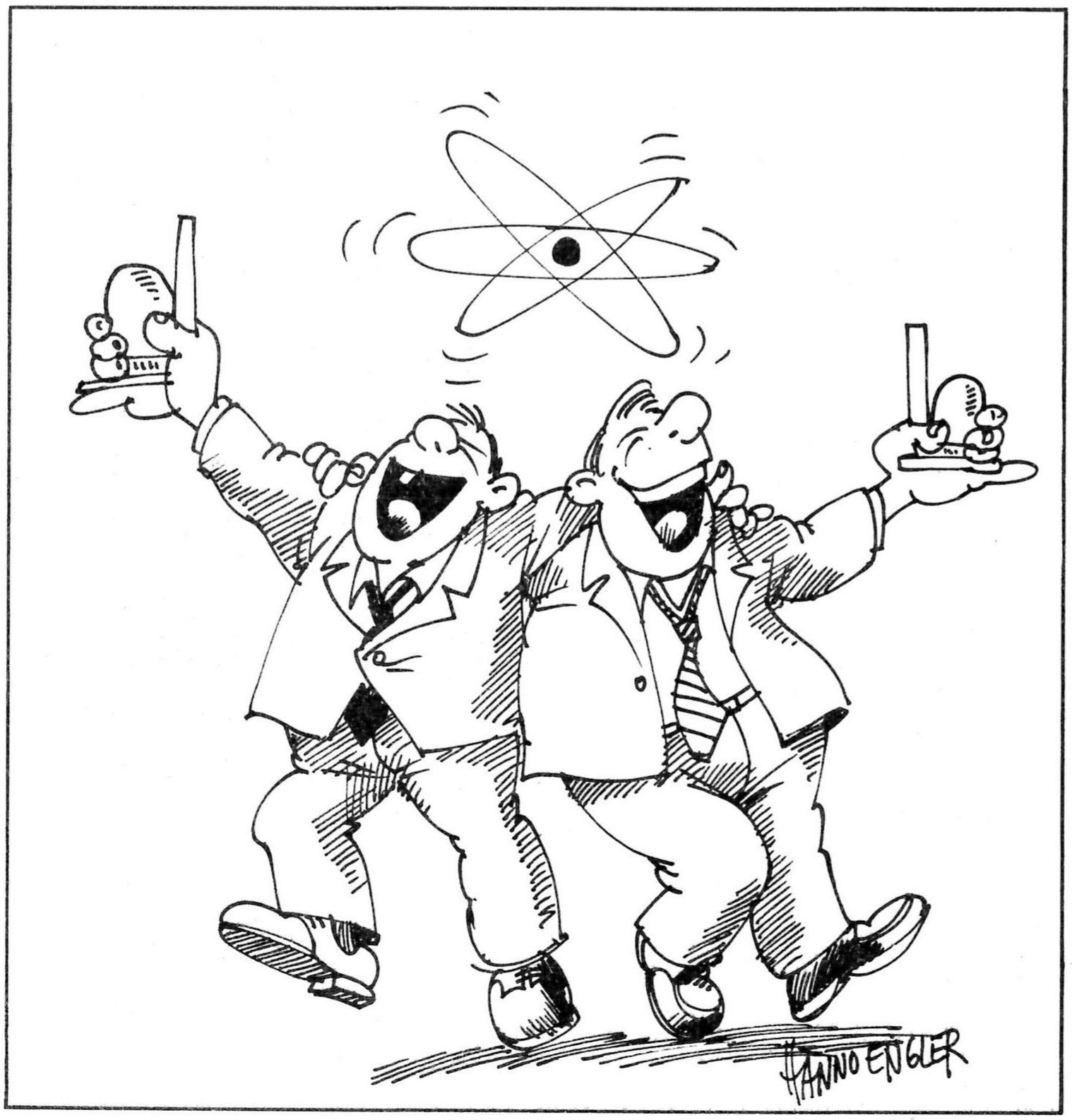
Sei nett zu Deinem Atomkraftwerk

„Die Diskussion um die Kernenergie wird überlagert von Emotionen. Wir suchen die vernünftige unnd kontrollierte Zustimmung zur Notwendigkeit der Realisierung der Kernenergie in unserem(?) Land." Also bitte nicht drängeln bei der Zustimmung zur Notwendigkeit, immer der Reihe nach, Ordnung muß sein, im Luftschutzkeller soll ja auch der Letzte das Licht ausmachen. Und wer sucht hier? Da steht es ja: der „Informationskreis Kernenergie (IK)". Der hat also ein Land, und das gehört ihm (weiß das der Kanzler?). Und: Im IK „haben sich Menschen zusammengefunden (wie schön für sie in dieser kontaktarmen Zeit!), die in Politik, Stromversorgung, Industrie, Forschung und Publizistik an verantwortlicher Stelle täglich mit der Kernenergie zu tun haben". Und die wollen was gegen Emotionen tun, und dafür haben sie sich „der Mitarbeit unabhängiger Pädagogen (auf deutsch: Kinderführer) ... versichert".

Die Rede ist von einer „Informationsmappe" mit dem Titel: „Entscheiden sie mit. Es geht um unser aller Zukunft.", und die hat der IK jetzt in unser aller Bundesbahnzügen aushängen lassen. Sie ist jungfräulich weiß, und auf dem Umschlag ist dann als Symbol eine alte deutsche Kastanie, die mit Atomenergie wohl so viel zu tun hat wie Sie mit meinen Hämorrhoiden. Drinnen schreibt „der unabhängige Journalist" Heinz Rohde (unabhängig? Na ja, Animierdamen gelten ja auch als Freiberufler) auf sieben Seiten über „Kernenergie ohne Geheimnisse", speziell über den „Nachbarn Kernkraftwerk". Den soll man wohl mit in die Kneipe nebenan nehmen: trink doch einen mit!, und dann, wenn er stramm ist: Komm unter meine Decke!

„Nachbar Kernkraftwerk" ist wirklich schön gesagt, und wie wäre es mit „Jugendliebe Lungenkrebs" oder „Schnuckelputzchen Genozid"?

Am „Nachbarn Kernkraftwerk" jedenfalls „führt kein Weg vorbei". Also, wenn sie ihm begegnen, versuchen sie erst gar nicht, auszuweichen, nützt eh nichts. Warum sollten sie auch, denn „so groß ist der Unterschied zwischen Kernkraftwerk und dem konventionellen Kraftwerk im Prinzip also(?) gar nicht", und mit einem Kohlekraftwerk waren sie doch sicherlich



schon mal intim?

Was ist denn nun das Problem? Hier steht's ja schon: „Nur gegen das Kernkraftwerk geht man auf die Straße". Sind Ihre Nachbarn schon mal gegen Sie (die Herren Schmidt, Dregger, Strauß, v. Thadden, Nixon etc. mal weghören, bitte!) auf die Straße gegangen? Nein? Na sehn Sie, so was tut man nicht! Meint Herr Rohde übrigens auch und weiter: „Zehntausend Verkehrstote bringen niemand auf die Straße" – na doch, die Toten halt, denn die mußten ja erst mal raus, weil der Verkehrstod einen nur selten im eigenen Bett erwischt. Und wer demonstriert nun? Die „Umweltideologen" (wohl die, die meinen, daß der Mensch mit einer Nase und zwei Ohren ganz gut zurechtkommt, und die ganz dogmatisch meinen, daß drei Ohren und vier Nasen gar nicht wünschenswert sind), die „vorgeblichen Umweltschützer" (die, statt zu schützen, alles kaputtmachen, Stacheldrahtzäune z. B.), „Minderheiten", „Wissenschaftler", „Reform-Universitäts-Professoren" (wahrscheinlich ausse „Zone").

Daß Rohde sich über solche Leute ärgert, das geht schon in Ordnung, gehen sie doch mit „geballten Emotionen" und „zügelloser Polemik" vor, und „fast keiner ... wußte genau, worum es eigentlich geht", und das hat natürlich mit „kontrollierter Zustimmung" rein gar nichts zu tun. Und Sie mit solchen Leuten auch nichts, gell? Das sollten Sie dann schnell dem IK schreiben, das interessiert sich nämlich für Sie, mehr noch: es möchte „mit Ihnen ins Gespräch kommen". Es hat dafür die für ein Gespräch etwas atypische Form eines Fragebogens gewählt, computergerecht. Wenn Sie ankreuzen, daß „Kernenergie die sicherste Art, Strom zu erzeugen" ist, „man deshalb auf die Mitarbeit der breiten Öffentlichkeit verzichten" sollte und „Kernenergiegegner unser aller (der IK-Leute also) Arbeitsplätze gefährden", dann bekommen Sie ein Taschenbuch und einen neuen Nachbarn.

Sie können natürlich auch ankreuzen, daß Sie, „wenn hier in der Nähe ein Kernkraftwerk errichtet werden sollte, ... mit Sicherheit zu den Gegnern der Anlage" gehören würden. Dann bekommen Sie auch ein Taschenbuch. Gut, nicht? Und einen Eintrag beim Nachbarn Nachrichtencomputer. ■

Georg Bungter

Geh'n wir uns selber vergiften im Park

Früher hieß das ganz einfach „Müllhaufen". Auf dem Müllhaufen landeten Kartoffelschalen, durchgelaufene Schuhe und ausgediente Liebesbriefe.

Dann haben wir unsere Lebensqualität verbessert und konnten auf einmal leichten Herzens Dinge wegwerfen, die wir früher nicht einmal besaßen: Autoreifen, unverrottbare Plastiktüten, nutzlose Chemieabfälle und stabile Zyanid-Fässer. Mit der Lebensqualität verbesserte sich aber auch die Wortqualität: Es hieß jetzt nicht mehr Müllhaufen, sondern viel eleganter „Deponie".

Jetzt sind wir dabei, unsere Zukunft zu sichern. Damit auch morgen die Lichter nicht ausgehen, brauchen wir Atomkraftwerke. Die produzieren ganz viel Strom und ein ganz klein wenig radioaktiven Abfall. Daß man solch fortschrittlichen Abfall nicht einfach auf den Müllhaufen werfen kann, versteht sich von selbst. Darum soll er ja auch auf einer speziellen Atommülldeponie gelagert werden – in Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Atommülldeponie? So ein häßliches Wort für so einen schönen Müll? Nie und nimmer, dachte die Bundesregierung und fing an, über ein treffenderes Wort nachzudenken. Am 8. Juni hatte sie es gefunden. In der Regierungsantwort auf Große Anfragen aller Fraktionen heißt es: „Die Betriebsgenehmigung für neue Kernkraftwerke wird nur noch erteilt, wenn die erste Teilbaugenehmigung für den bei Gorleben geplanten Entsorgungspark vorliegt."

Es ist schon ein wunderliches Geheimnis um die deutsche Sprache. Dort, wo die krude Realität kläglich versagt, erschafft sie neue Schönheit mit der Kraft des Wortes. Und wie denn wohl kein Mensch leben mag in der öden Betonwüste einer Neubausiedlung, aber gern sich niederläßt in einem hochmodernen Wohnpark – so mag auch kein Mensch leben mitten auf einem Riesenhaufen Atommüll, aber in Gorleben ...! Ja, in Gorleben werden bald Tausende von nah und fern herbeiströmen und Erholung suchen im heimeligen Entsorgungspark.

Besonders im Frühsommer, zur Zeit der Radiodendron-Blüte, werden die Parkbesucher in ihren schmucken Naturschutzanzügen begeistert durch den Strahlengrüngürtel schlendern, vorbei an Geranium und Plutonium, mitten durch Begonien und Neutronien und quer über den Teich mit schwerem Wasser, wo im Schilf die schnellen Brüter schnattern.

Im Herbst dagegen, wenn die Tage kühler werden und es schon ratsam ist, einen kleidsamen Bleimantel zu tragen, wird die Freiwillige Feuerwehr von Gorleben im Musikpavillon aufspielen zum Tanz auf dem Uran. Und wenn dann der Geigerzähler feststellt, daß auch die Streicher vollzählig versammelt sind, wird der Dirigent seinen Brennstab heben, und weithin wird's klingen durch den sonnigen Entsorgungspark: „Freut euch des Gorlebens, solang nur das Alarmlämpchen glüht!"

Sollte aber irgendwann einmal irgendwo im Park irgendwas schiefgehen, so seien Sie ganz entsorgt: Noch nie sind Sie von einem bezaubernden Ausflug so strahlend nach Hause gekommen. ■

INTERNATIONALER BUCHVERSAND GMBH
IBV
1 Berlin 19 Eschenallee 21

Philosophisches Wörterbuch

Herausgeber
Georg Klaus
Manfred Buhr

sozialmagazin
Heft 8/77

Vom Sterben im Altersheim
Jugendwohnkollektive auf dem Land
free-clinic: ein aussichtsloser Kampf?
„Arena" in Wien: ausgetrickst
Rehabilitation: Hat Peter H. noch eine Chance?

An den Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim
Ich möchte SOZIALMAGAZIN kennenlernen und bestelle ab lfd. Nr. ein
Probeabonnement zum Kennenlernen
(4 Hefte) zum Vorzugspreis von DM 10,– inkl. Versandkosten und MwSt.

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift

Bitte beachten: Nach Ablauf des Probeabos liefern wir zum regulären Bezugspreis (Jahresabo DM 40,– inkl. Versandkosten und MwSt.) weiter, falls nach Auslieferung des 3. Heftes keine Abbestellung bei uns erfolgt. 1071

Medien

Journalisten-Bericht
Berufssituation — Mobilität — Publizistische „Vielfalt"
Von Andreas Joh. Wiesand. 316 S., Pb., DM 28.00

Massenmedien und Öffentlichkeit
Eine soziologische Analyse.
Von Holger Rust. 180 S., Pb., DM 19.80

Massenmedien im System bürgerlicher Herrschaft
Von Ekkehard Nuissl. 184 S., Pb., DM 19.80

Vom Elend der Literaturkritik
Buchwerbung und Buchbesprechungen in der Welt am Sonntag.
Von Bodo Rollka. 137 S., Pb., DM 16.80

Kulturpolitik in der DDR
Von Volker Gransow. 172 S., DM 16.80

Bürgermedium Video
Ein Bericht über alternative Medienarbeit.
Von Garleff Zacharias-Langhans. ca. 80 S., Pb., ca. DM 7.00

Vier Wochen ohne Fernsehen
Eine Studie zum Fernsehkonsum.
Von W. Bauer, E. Baur, B. Kungel. 132 S., Pb., DM 14.80

Fernsehforschung:
Feedback oder Anpassung?
Von Georg Feil. ca. 180 S., Pb., DM 20.00

Wolfgang Staudte
Von Eva Orbanz. 240 S., Pb., DM 16.00

Verlag Volker Spiess, Postfach 147, 1000 Berlin 62

ATELIER IM BAUERNHAUS
2802 FISCHERHUDE

Bundesdeutsche Lesebücher:

Berufsverbot 14,8o DM
(2. Aufl. 3o ooo fast vergr.)

Rettet die
Garlstedter Heide !

Keine US-Panzerbrigade, Kasernen und Atomwaffen im Landschaftsschutz- und Erholungsgebiet zwischen Bremen und Bremerhaven. Ein Heimatbuch mit Dokumenten der Bürgeraktion. 144 S. 8 DM

Hartmut Schulze

Malteser Taube

Zweihundert Journalisten waren da, aus ganz Europa und Nordafrika, von „Le Monde" und „Guardian", vom italienischen Fernsehen und vom libyschen Rundfunk. Aus der BRD kamen nur zwei: vom „Extradienst" und von KONKRET. Was war so wichtig, daß es von der gesamten BRD-Presse verschwiegen wurde? Ein Sozialisten-Treffen in Malta

Malta? Die sind gar nicht so schlecht im Fußball. Und Wrangler-Jeans nähen die zusammen. Liegt irgendwo im Mittelmeer, im „Spiegel" machen sie für ihren Tourismus Reklame, aber Mallorca ist billiger. Malteser? Aquavit. Aber den gibt's auf der Insel nicht. Dafür ist der Chef-Malteser, Premierminister Dom Mintoff, fast personenkultisch omnipräsent. Und der und seine Politik sind wohl auch die Ursache dafür, daß einem normalen Mittel-West-Europäer zum Stichwort Malta außer dem Genannten höchstens noch ein Ritterorden einfällt.

Dom Mintoff, der Sozialist, hat sich nämlich seit seinem Wahlsieg 1971 sehr unbeliebt gemacht. Zuerst warf er die NATO raus, und bis 1979 wird auch der letzte Soldat der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien die Insel verlassen müssen. Nach der Entkolonialisierung befreit sich die junge Republik von Neokolonialismus. Zwar hat Malta eine begehrte strategische Lage mitten im Mittelmeer, gegen eine militärische Intervention durch die NATO-Staaten sprachen jedoch zwei Gründe. Ein kosmetischer: Dom Mintoffs Labour-Party ist Mitglied in Willy Brandts Sozialistischer Internationale – und einer, der zählt: die Rote Mittelmeer-Flotte. Die Kröte mußte also geschluckt werden, aber am besten sprach man nicht mehr über das leidige Problem. Zumal Mintoff im letzten Jahr – wenn auch knapp – wiedergewählt wurde.

Unbeirrt verwirklicht er seitdem sein sozialistisches Wahlprogramm „Forward in Peace": „Wir glauben, daß die kapitalistische Dschungel-Gesellschaft, in der Geld mehr Geld ausbrütet und in der die Grausamkeit Gold und Dollar heißt, nicht durch eine nächtliche Revolution überwunden werden muß, sondern langsam und mit dem Einverständnis aller." Und daß sich dieser schöne Glaube erfüllt, ist in Malta tatsächlich wahrscheinlicher als irgendwo sonst in Europa oder gar auf der ganzen Welt. Denn ein Chile brauchen die 326 000 Malteser nicht zu befürchten: Ihre Mini-Armee ist absolut loyal und beschäftigt sich mit Salut-Schießen, zivilen Hafen-Arbeiten und Krankenhaus-Konzerten – und vor ausländischer Invasion schützt das mediterrane Kräftegleichgewicht. Beste Beziehungen

Malta-Konferenz im Corinthia-Hotel bei Valetta: Schillernd und von historischer Bedeutung

Mediterraner Händedruck: Papandreou (rechts) und Libyens Ministerpräsident Jalloud auf dem Malteser Treffen

Andreas Papandreou

Die Sprache der Macht

Der griechische Sozialisten-Führer sagt, was er von der Europäischen Gemeinschaft hält

Die Länder Südeuropas sind periphere, abhängige Randgebiete des globalen Kapitalismus. Ein Teil ihrer gesellschaftlich geschaffenen Werte wird ihnen zum Verbrauch in den nördlichen Metropolen entzogen. Ihre ökonomische Entwicklung ist unausgeglichen und nach außen gerichtet. Die Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens haben die politischen und militärischen Fesseln ihrer Abhängigkeit zerbrochen, sehen sich aber ständig der Gefahr ausgesetzt, in den alten Status, wenngleich in neuen und subtileren Formen, zurückgestoßen zu werden, wenn sie ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht erreichen, also eine eigenständige, ausgeglichene ökonomische Entwicklung.

Daher haben die Staaten des Mittelmeerraums ein gemeinsames Schicksal, und sie haben gemeinsam die Gelegenheit und die Verpflichtung, ihre Ressourcen kooperativ zu nutzen, sie im Rahmen gemeinschaftlich ausgearbeiteter Strategien effektiv werden zu lassen.

Was heißt das konkret? Es heißt erstens, daß die südeuropäischen Staaten gut daran täten, nicht der EG beizutreten, beziehungsweise, wenn sie bereits Mitglied sind, ihren Austritt vorzubereiten. Denn die EG ist der gemeinsame Markt des Monopolkapitals, und eine Mitgliedschaft bedeutet langfristig, daß sie abhängig bleiben, daß sie Randgebiete des Weltkapitalismus bleiben – jedenfalls bis Westeuropa selbst sozialistisch umgestaltet wird. Das bedeutet jedoch nicht, daß die südeuropäischen und nordafrikanischen Staaten ihre Beziehungen zur EG nicht beibehalten oder entwickeln sollten. Allerdings nur unter Bedingungen, die eine eingeständige ökonomische Entwicklung garantieren. Ohne nationale Wirtschaftsplanung ist das nicht möglich. Die Mittelmeer-Länder müssen also die Kontrolle über ihren Außenhandel und Kapital-Bewegungen selbst behalten.

Zweitens heißt das, daß die Mittelmeer-Anrainer ihre Kräfte vereinen müssen, um einem internationalen Preissystem zu widerstehen, das ihnen ihre Reichtümer raubt. Sie müssen ihre Kräfte vereinen, um internationalen Institutionen wie der Weltbank oder dem International Monetary Fund zu widerstehen, die die Vorherrschaft des westlichen Monopolkapitals stützen. Ihre Strategie muß auf dem Prinzip beruhen, daß die einzige Sprache, die der Kapitalismus versteht, die Sprache der Macht ist.

Drittens heißt das, daß die Mittelmeer-Länder ihre Investitionspläne und Handelspolitik koordinieren müssen, zum Wohl der ganzen Region. Langfristig kann das sehr gut zur Entwicklung eines Gemeinsamen Mittelmeer-Marktes führen, oder gar zu einer mediterranen Wirtschaftsgemeinschaft.

Viertens heißt das, daß sie ein großes und modernes Forschungs-Zentrum zur Entwicklung von Technologien errichten sollten, die den Völkern des Mittelmeerraumes nutzen. Denn letztlich ist die Technologie das einzige Mittel, die Infiltration westlichen Kapitals zu stoppen.

Aber das alles hat eine Grundvoraussetzung: Daß wir den Weg einer sozialistischen Veränderung unserer Gesellschaften gehen. Eine eigenständige nationale Entwicklung, die den Bedürfnissen unserer Völker gerecht wird, ist im Kapitalismus nicht möglich. Aber Sozialismus, die sozialistische Veränderung unserer Gesellschaften, kann nicht ohne politische und militärische Unabhängigkeit erreicht werden. Die Befreiung aus dem Netz politscher und militärischer Abhängigkeit von den USA und der NATO ist eine notwendige Bedingung.

zu Libyen und anderen arabischen Staaten bieten zudem einen Schutzfilm aus Öl.

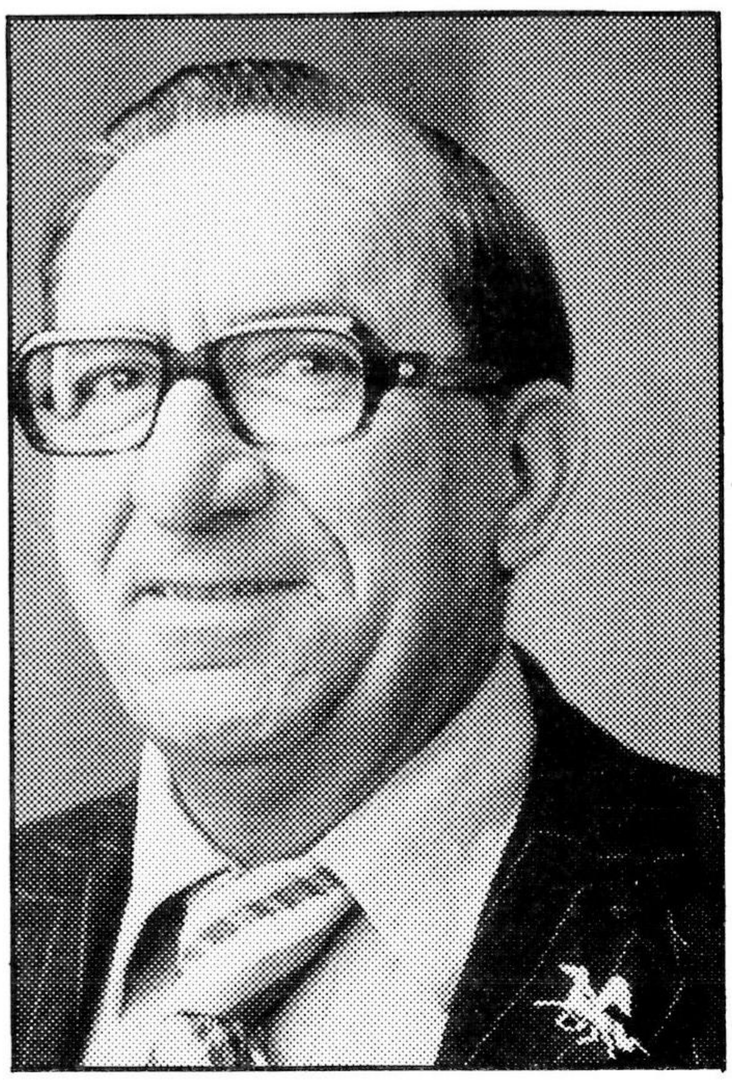
Das neue nationale Selbstwertgefühl (schamlos sprechen die Malteser wieder Maltesisch, ihre eigene semitische Sprache) und eine strikte Neutralitätspolitik bedingen sich gegenseitig. Selbstbewußt sorgte Dom Mintoff im vergangenen Jahr dafür, daß sich die KSZE in Helsinki tagelang mit

Ist Libyen weniger europäisch als Kanada?

seiner Zwergrepublik beschäftigte und setzte schließlich in der Schlußakte seinen Wunsch durch: Das Mittelmeer muß ein Meer des Friedens werden.

Diesen Passus „mit Leben zu erfüllen" war eines der Hauptziele der „Konferenz der progressiven sozialistischen Organisationen und Parteien des Mittelmeerraums", die Ende Juni – natürlich – in Malta durchgeführt wurde. So schillernd der Titel dieses Treffens, so schillernd die Zusammensetzung seiner Teilnehmer, so schillernd auch deren politisches Anliegen. Zunächst jedenfalls. Am Schluß der einwöchigen Konferenz wurde jedoch ein Papier verabschiedet, das als die Deklaration von Malta zweifellos eine historische Bedeutung erhalten wird, – woran auch die Tatsache nichts ändert, daß bundesdeutsche Pressekonsumenten bis auf diesen Artikel und einige Berichte im „Berliner Extradienst" nicht ein einziges Wort darüber erfahren durften. Ein selten krasser Fall von Nachrichtenunterdrückung, Zensur.

Vorangegangen war der Malteser Konferenz ein erstes Treffen in Barcelona im vergangenen November, das von den beiden spanischen Splitterparteien Sozialistische Volkspartei und Union Sozialistischer Parteien Spaniens (nicht zu verwechseln mit Felipe Gonzales' PSOE), von der regierenden Labour Party Maltas und Ghadafis Arabisch Sozialistischer Union von Libyen ausgerichtet wurde. Vier Prinzipien wurden ausgearbeitet:



Premier Dom Mintoff: „Die kapitalistische Dschungel-Gesellschaft überwinden"

Luchterhand

Augustin Souchy »Vorsicht: Anarchist!« Ein Leben für die Freiheit

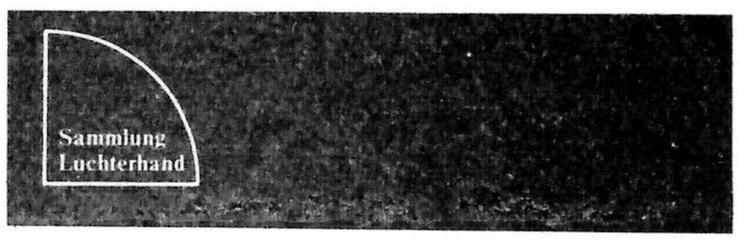
Politische Erinnerungen

„Mein Vater war einer der ältesten Sozialdemokraten Schlesiens. Als mir eines Tages – ich mochte acht Jahre alt gewesen sein – ein Junge beim Kinderdisput das Wort „Sozialdemokrat" an den Kopf warf und ich die Mutter fragte, warum das ein Schimpf sein sollte, legte sie geheimnisvoll den Finger an den Mund und erzählte uns, daß die Sozialdemokraten früher verboten gewesen seien. 1890, zwei Jahre vor meiner Geburt, war das „Sozialistengesetz" aufgehoben worden. Die Mutter berichtete von den Schikanen, denen die Familien während der Dauer des Gesetzes ausgesetzt waren. Doch illegale Broschüren und Briefschaften landen gut verborgen auf dem Bogendemokratische Zeitung war im Vogelbauer so ingeniös versteckt, daß die Hüter des Gesetzes nie etwas gefunden hatten." Augustin Souchy, heute 85 Jahre, ein echter Nachfahre Bakunins, ein weltbekannter Anarchist reinsten Wassers, schließt mit einem Epilog auf die jüngste portugiesische Revolution: noch 1976 studierte er die spanische und portugiesische Arbeiterbewegung an Ort und Stelle.

288 Seiten. Kartoniert. DM 16,80
Sammlung Luchterhand Band 248

DIE ZEIT über Augustin Souchy: „Er ist ein begehrter Vortragsredner, reist von Stadt zu Stadt, von Universität zu Universität, wird von Studenten als lebendige Geschichtsquelle benutzt, ist eben erst wieder zu einer Reise durch die Vereinigten Staaten eingeladen worden: Augustin Souchy, so etwas wie der große alte Mann des deutschen Anarchismus.
Ob dieses Attributs würde er bescheiden abwinken. Aber sein Rat wird immer noch erbeten. Unentwegt schreibt er Aufsätze, Artikel, Rezensionen, noch dazu in mehreren Sprachen. Souchy ist ein welterfahrener Mann, kaum ein Land Europas, das er nicht bereist hätte. Neben den Weltsprachen Englisch, Französisch, Spanisch spricht er Portugiesisch und alle skandinavischen Sprachen, und auf russisch und polnisch käme er auch zurecht. Und welcher Sozialist sonst in der Welt könnte von sich sagen, er habe mit Lenin debattiert, beim Fürsten Kropotkin gespeist und Trotzkijs Mörder im Gefängnis besucht?"

Politische Erinnerungen über ein dreiviertel Jahrhundert revolutionärer Bewegungen in der ganzen Welt. Augustin Souchy – radikaler Pazifist, Anarchist und Weltreisender in Sachen Freiheitskampf – berichtet über die Stationen, Begegnungen und Erfahrungen in seinem Leben.



– Abzug allen fremden Militärs aus dem Mittelmeerraum
– Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes
– Solidarität mit allen Befreiungsbewegungen im Kampf für Sozialismus, nationale Unabhängigkeit und Freiheit
– Politische, ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit der progressiven sozialistischen Kräfte des Mittelmeerraums.

Die Konferenz von Malta hatte die Aufgabe, diese Forderungen zu konkretisieren und machte deutlich, was hinter den Kommuniqué-Floskeln steckt: Den mediterranen Sozialisten stinkt die EWG; nationale Eigenständigkeit ist gegen ökonomische Erpressung nur durchzusetzen, wenn man selbst wirtschaftlich stark genug ist; das können Südeuropäer im Bündnis mit Nordafrikanern, also arabischem Öl, erreichen; was die Araber wiederum in die Lage versetzt, im europäischen Gespräch um Sicherheit und Zusammenarbeit ein Wort mitzureden. Denn sie können und wollen nicht einsehen (und warum sollten sie auch?), daß sie weniger europäisch sein sollen als die USA und Kanada.

Darüber nun sollte, im erweiterten Teilnehmerkreis, ein Konsens geschaffen werden. Angereist waren 36 Delegationen, 15 als Vollmitglieder, der Rest als Beobachter. Darunter Vertreter von Regierungsparteien (neben Malta zum Beispiel Algerien und Libyen), Regierungsparteien im Wartestand (wie die Sozialistischen Parteien Frankreichs und Italiens oder die griechische PASOK von Andreas Papandreou, die bei den letzten Wahlen 36 Prozent erhielt), als deutsches Kuriosum ein Teil einer Regierungspartei (nämlich die Jusos), Kommunistische Parteien (aus Jugoslawien, Zypern, Italien, Spanien und arabischen Ländern), sozialistische Splitterparteien (u.a. aus Frankreich, Spanien und Italien), Delegationen oppositioneller

Zum Teil blanker Stuß - viersprachig simultan

Kräfte aus arabischen Staaten (z.B. Tunesien und Ägypten) und Befreiungsorganisationen (wie die PLO oder auch Befreiungsbewegungen, die man nicht im engeren Sinne als zum Mittelmeerraum gehörig zählen kann, wie etwa die aus Thailand).

Eine Zusammensetzung also, für die eine einwöchige Konferenzdauer ziemlich knapp bemessen scheint. Und was dann da im Corinthia-Palace-Hotel vor den Toren Valettas im eiskalten Konferenzsaal, flankiert von 24 Papp-Jungfrauen (wohl korinthisch) zum Teil an blankem Stuß zusammengeschwätzt wurde, glich zuweilen einer studentischen Strategie-Debatte in Frankfurt am Main, nur daß sie auf Malta viersprachig simultan ablief. Den großmäuligsten Ideologie-Quark tischten die einflußlosesten Sekten auf, zum Beispiel die sogenannte Vereinigte Sozialistische Partei (PSU), ein Intellektuellenzirkel aus Frankreich. Sie bestimmten in den ersten Tagen mit ihrer Supermacht-Theorie, die keinen Unterschied sieht zwischen dem US-Imperialismus und dem „Sozialimperialismus" der Sowjetunion, die Debatte. Und hätte es nicht die klugen Beiträge von Andreas Papandreou etwa oder dem italienischen sozialistischen Senator Aldo Aiello zu eben diesem Thema gegeben, – Ghadafi hätte sich umsonst in Unkosten gestürzt (es war offenes Geheimnis, daß die Konferenz hauptsächlich mit libyschen Öl-Dollars finanziert wurde).

Es war geradezu faszinierend zu beobachten, wie sich scheinbar verfahrene ideologisch-politische Standpunkte klären und modifizieren können. Von der weltpolitischen Bedeutung dieser Auseinandersetzungen mal abgesehen: An der Frankfurter Uni ist das kaum möglich, zum Beispiel bei

Grüße von Mitterand - Warnung von Brandt

denjenigen unter unseren „Linken", bei denen Ghadafi und andere arabische Führer als kaum noch zurechnungsfähige neureiche Spinner gelten.

In Malta haben – jedenfalls die ernstzunehmenden – Delegationen nicht gegeneinander angeredet, sondern sich gemeinsam eine neue Position erarbeitet – eben „The Malta Document". Und das enthält erstaunlich konkrete Forderungen:

- Einrichtung einer ständigen Kommission im Rahmen der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz, die sich mit der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum befaßt – und zwar unter Beteiligung seiner südlichen Anrainer. (Ein Programm-Punkt, den Dom Mintoff wohl auch diesmal, da wie in Helsinki auch in Belgrad Einstimmigkeit herrschen muß, durchsetzen wird.)
- Schaffung eines Systems von Sicherheit und Zusammenarbeit durch die Mittelmeer-Staaten selbst, mit dem Ziel den Abzug allen fremden Militärs aus diesem Raum zu erreichen.
- Gegenseitiger Austausch von Wissenschaft und Technologie
- Regelmäßige Kultur-Festivals und Schriftsteller-Kongresse
- Aufbau eines mediterranen Kommunikationsnetzes mit gemeinsamen Rundfunk- und Fernsehstationen, Zeitungen und einer Nachrichtenagentur.

In der Frage der wirtschaftlichen Kooperation jedoch sind die Delegationen im Corinthia-Place-Hotel offensichtlich nicht sehr weit gekommen: Im Abschluß-Dokument wird lediglich die Ausarbeitung eines Programms für den Ausbau der politischen, kulturellen, ökonomischen und Handels-Beziehungen gefordert, mit dessen Ausarbeitung das ständige Sekretariat der Konferenz beauftragt wurde, dem die beiden spanischen Sozialistischen Parteien, Libyen, die PASOK, die PLO, Malta und neuerdings auch Algerien angehören. Mit diesem Programm wird sich dann die „3. Konferenz der progressiven sozialistischen Organisationen und Parteien des Mittelmeerraums" zu beschäftigen haben. Und die wird wahrscheinlich schon Anfang nächsten Jahres in Athen stattfinden – mit erweitertem Teilnehmerkreis: Die Sozialistische Partei Italiens hat bereits in Malta den Wunsch nach Vollmitgliedschaft vorgebracht, und auch Francois Mitterand ließ den Delegierten gegen Ende des Treffens noch herzliche Grüße überbringen. Willy Brandt, der seinen Internationale-Sozialisten von der Fahrt nach Malta abgeraten haben soll, wird noch arge Schwierigkeiten mit den südlichen Genossen kriegen. ■

Wider den alten Internationalismus

Was sind Eurokommunisten? Verhinderte Sozialdemokraten, wie die Rechtgläubigen meinen, oder verkappte Moskowiter, wie die Reaktion behauptet?

In den nächsten Wochen erscheint die erste autorisierte deutsche Übersetzung des Carrillo-Buchs „Eurokommunismus und Staat“ (VSA, 12 Mark), das zu heftigen Angriffen der sowjetischen Presse auf den Vorsitzenden der spanischen KP geführt hat. KONKRET dokumentiert die wichtigsten Teile des Schlußkapitels, in dem Carrillo marxistische Kritik am Moskauer Staatstyp übt und versucht, das Verhältnis von Kommunisten in West und Ost neu zu bestimmen

Die Oktoberrevolution hat einen Staat hervorgebracht, der offensichtlich kein bürgerlicher Staat ist, aber auch noch nicht das als herrschende Klasse organisierte Proletariat, noch keine wirkliche Arbeiterdemokratie.

Die massive und vernichtende Repression aus den Zeiten Stalins ist verschwunden. Chruschtschow ist nach seiner Absetzung zu Hause in seinem Bett gestorben. Das ist ein Fortschritt gewesen, wenn auch befleckt mit Formen der Unterdrückung und Repression auf gewissen Gebieten, ganz bestimmt auf dem der Kultur. Doch wir haben es noch nicht mit einem Staat zu tun, den man als *Arbeiterdemokratie* bezeichnen könnte.

Das betrifft die Glaubwürdigkeit unserer Partei mehr, viel mehr, als wenn in der UdSSR wirklich eine *Diktatur des Proletariats* bestände. Die *bürgerlichen Demokratien* mögen in vieler Hinsicht *formalen* Charakter haben, das gilt aber *auch* für die *Arbeiterdemokratie*, die die Kommunisten bisher erreicht haben. Das zu sagen, mag einigen Genossen, die sich weigern, die Wahrheit einzugestehen, als Verrat am Internationalismus angesehen werden.

Doch diese Fragen stellen sich heute in der kommunistischen und Arbeiterbewegung, in der fortschrittlichen Bewegung, mehr oder weniger offen, je nach dem, um was es geht; und das nicht wegen der „Beeinflussung durch die bürgerliche Propaganda“, wie die Konformisten zu sagen pflegen, sondern weil diese Realitäten nicht mehr zu übersehen sind.

Sollen wir Kommunisten, die wir uns zurecht für eine Vorhut halten, die letzten sein, die das sehen, die sich der Realität stellen?

Wie kann dieser Staatstyp, der in der Sowjetunion entstanden ist, der kein kapitalistischer Staat mehr ist, da er nicht das Privateigentum verteidigt, der auch nicht der Staat ist, den Lenin sich vorstellte – wo die Arbeiter die Macht direkt ausüben sollten –, in der marxistischen Staatsauffassung eingeordnet werden? Lenin sprach davon, daß der Staat in der ersten Phase des Sozialismus noch viele Inhalte des bürgerlichen Rechts bewahren würde. Aber der Staat, von dem wir handeln, hat in dieser Hinsicht die Voraussichten Lenins übertroffen. Er hat nicht nur Inhalte des bürgerlichen Rechts bewahrt, sondern Entstellungen und Entartungen erfahren, die wir uns zu anderen Zeiten nur für imperialistische Staaten vorstellen konnten.

Andererseits hat dieser Staat bei einer Reihe von Weltproblemen der fortschrittlichen Politik, wie sie der sowjetischen Gesellschaftsordnung eigen ist, gedient. Es handelt sich um zwei widersprüchliche Züge, die einander nicht ausschließen, aber man kann, wenn man eine objektive Analyse anstellen will, nicht nur einen davon berücksichtigen.

All das wirft eine Reihe von Problemen der Theorie und der praktischen Politik auf, die mit Strenge und Mut zu erörtern und zu erhellen für alle Anhänger des Sozialismus, zu allererst für die sowjetischen Genossen von Interesse ist. Der Staat ist weiterhin das große Problem, nicht nur vor, sondern auch nach der Unterdrückung des Privateigentums.

Die Begründer des Marxismus sprachen von zwei Phasen beim Aufbau des Kommunismus: der ersten, sozialistischen Phase, die sie in der klassischen Formel zusammenfaßten: *Jedem nach seiner Arbeit;* und der zweiten, der Phase des Kommunismus, d.h.: *Jedem nach seinen Bedürfnissen.*

Der ersten Phase entsprach die Schaffung des proletarischen Staates, der die breiteste Demokratie für die Werktätigen sein sollte. Die zweite Phase, der Kommunismus, sollte das Absterben des Staates erleben, der, wie Engels sagte, ins Museum der Alterümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt versetzt würde.

In der Praxis haben sich die Dinge als sehr viel komplizierter erwiesen. Das Schlimme daran ist jedoch, daß wir an diese sehr viel komplexere Praxis noch immer mit den gleichen theoretischen Schemata herangehen, so daß die ideologische Widerspiegelung sich von der Wirklichkeit entfernt und zu ihr in Widerspruch gerät. Das zunehmende Auseinanderklaffen von Ideologie und Wirklichkeit verleiht ersterer einen entfremdenden und mystifizierenden Charakter, wie er dem Verhältnis von Ideologie und Praxis in der bürgerlichen Gesellschaft eigen ist. Der Hand- oder Kopfarbeiter, der noch nicht *nach seiner Arbeit* erhält; der unter schwierigen Bedingungen lebt; der Opfer bürokratischer Strukturen ist; der keinen Anteil an den wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen hat, die ihm in der einen oder anderen Weise durch die Gleichung Staat–Partei auferlegt werden.

Dieser Arbeiter, der sich seiner Entfremdung noch nicht entledigt hat, kann nicht spüren, daß sich sein Leben schon im Sozialismus entfaltet, obgleich er nicht mehr von Privatkapitalisten ausgebeutet wird. Wenn ihm als Rechtfertigung die ideologischen Schemata gegeben werden, die aus Zeiten stammen, da nur eine prophetische Verallgemeinerung möglich war, so wird er dadurch nicht befriedigt und beginnt, am Sozialismus zu zweifeln.

Schlimmer noch ist es, wenn ihm gesagt wird, der Aufbau des Kommunismus habe schon begonnen. Er erleichtert sich dann durch Witze, die in eini-

Martin Buchholz

Es darf gedacht werden

„Dank sei Breschnew, daß seine Bannbulle alle westeuropäischen Kommunisten zwingt, sich zu entscheiden." So bejubelte Theo Sommer, „Zeit"-Geist zu Helmut Schmidts Diensten, jenen Bannstrahl, der vom Kreml aus gegen den Ketzer Carrillo geschleudert wurde.

In der „Nowoje Wremja" („Neue Zeit"), der sowjetischen außenpolitischen Zeitschrift, war der spanische KP-Führer zu ewiger imperialistischer Verdammnis verurteilt worden: „Es steht außer Zweifel: Carillos Deutung des ‚Eurokommunismus' liegt ausschließlich im Interesse des Imperialismus, der aggressiven und reaktionären Kräfte." So las man's dann auch in der „FAZ", die ebenso wie die „Frankfurter Rundschau" den Moskauer Angriff im vollen Wortlaut über eine ganze Seite hinweg publizierte, noch ehe die „UZ" der DKP und „Die Wahrheit" der SEW ihrer Nachdruck-Pflicht nachgekommen waren.

Das war nicht ganz ohne Witz. Freigiebig stellten auch in anderen europäischen Ländern gerade die Organe der Großbourgeoisie der Anti-Carrillo-Kampagne Moskaus ihre Spalten zur Verfügung – und druckten dabei auch getreulich den Vorwurf an die Adresse des Spaniers ab: „Die bürgerliche Presse stellt ihre Spalten Carrillo freigiebig zur Verfügung, und das zeigt noch einmal, wem seine Ausführungen dienen."

„Nowoje Wremja" zitiert auch Lenin: „Sage mir, wer dich lobt, und ich sage dir, wo dein Fehler liegt." Was hätte Lenin wohl den sowjetischen Genossen von heute alles sagen müssen, wenn sich schon Theo Sommer bei Breschnew bedankt. In einem ist man sich schließlich einig in Moskau: Carrillo ist eine „sehr zwielichtige Figur", wie Herbert Kremp in der „Welt" meint, der Carrillos neues Buch „‚Eurocomunismo' y Estado" sogar mit Hitlers „Mein Kampf" vergleicht. (Der Begriff „Eurokommunismus" sei ohnenin nur „zu dem Zweck erfunden worden, von der fundamentalen Tatsache des Kommunismus abzulenken" – so der Mann von „Welt".)

Um Carrillos Buch ging es auch angeblich in der Moskauer „Rezension", doch nur vereinzelte Zitatfetzen bezogen sich auf diesen Text. Tatsächlich wurde ein Buch beschrieben, das so nicht geschrieben worden war. Da steht z.B. in der „Nowoje Wremja": „Nach den Ausführungen in Carrillos Buch zu urteilen, bedeutet der ‚Eurokommunismus' für ihn die Konzeption einer Absonderung der westeuropäischen Länder zu einer ‚Kraft', die vor allem den sozialistischen Ländern gegenüberstünde." So also muß man nach Carrillos Ausführungen urteilen. Aber wo führt er das aus? „Nowoje Wremja" fährt fort: „Der Autor des Buches könnte einwenden, er habe

„Man muß den Konflikt in seinen wirklichen Dimensionen sehen. Einige Urteile Carrillos in seinem Buch sind hart und oberflächlich. Die sowjetische Antwort darauf ist sehr unglücklich, das ist alles"

Giancarlo Pajetta
Leiter der KPI-Delegation in Moskau

das nirgends geschrieben. Allerdings. Um nicht als unverhohlener Anhänger des Atlantismus und Gegner des Sozialismus zu wirken, redet er von Sozialismus und fordert sogar ab und zu zum Aufbau des Sozialismus in den westeuropäischen Ländern auf."

Jetzt also wissen wir, wann einer mit einem antisozialistischen Pferdefuß einherhinkt. Wenn er nämlich zum Aufbau des Sozialismus auffordert. So einfach ist das.

Aber so einfach ist das denn nun doch nicht mehr. Hätte früher ein derartig massives Kreml-Verdikt genügt, um den Attackierten sofort zum Geächteten in der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung zu machen (Carrillo selbst schildert in seinem Buch recht eindrucksvoll den „Fall Tito") – so mußte man in Moskau diesmal erleben, wie ein umgekehrtes Exempel statuiert wurde. Die großen westeuropäischen kommunistischen Parteien reagierten mit kühler Gelassenheit, einem verwunderten Stirnrunzeln – und gingen weiter in der Tagesordnung. Die italienische KP erklärte in der „Unita" nach einer Moskau-Visite ihrer außenpolitischen Sprecher, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen kommunistischen Parteien eigentlich „natürlich" seien. Nur müsse man sich dann schon bitte sehr, bequemen, eine Diskussion zu führen und nicht wie in der Vergangenheit mit Exkommunikationen Probleme lösen wollen.

Damit hat Moskau wieder das Wort. Doch die sowjetischen Führer sind plötzlich sehr kleinlaut geworden. Schade! Wie spannend und außerordentlich nützlich wäre es, wenn wirklich einmal unter Kommunisten eine internationale Diskussion geführt würde, hart in der Sache und offensiv. Das Carrillo-Buch ist eine Herausforderung zur Debatte. Er schreibt es selbst: „Ich halte mich keineswegs für einen Theoretiker, sondern für einen bescheidenen marxistischen Politiker. Es gibt wahrscheinlich Grund für viel Kritik."

So redet kein Sekten-Hohepriester und kein Gegen-Papst. Dennoch stand in „Nowoje Wremja", Carrillo erkläre sich „zu einem Apostel, der der Welt die Hauptdogmen des neuen Glaubens verkündet". Was daran richtig ist: Carrillo hält es nicht mehr mit den Dogmen des „alten Glaubens", den die sowjetischen Führer da implizit verteidigen. Kommunismus ist für ihn generell keine Sache des „Glaubens", sondern die vernünftig begründ- und belegbare wissenschaftliche Weltanschauung, eine ständige Denkbewegung und Handlungsanleitung gegen den Stillstand und gegen das Stillehalten. Dialektik als demokratisches Prinzip gegen jedwedes Dogma.

Das ist wohl die wichtigste Erfahrung für die sowjetischen Führer: Der Bannstrahl ging ins Leere. Der Kreml ist kein kommunistischer Petersdom mehr, von dem aus ex cathedra „unverrückbare Wahrheiten" verkündet werden dürfen, von wo aus verbannt und exkommuniziert werden kann.

Carrillo hatte diese Prognose schon vor einem Jahr gewagt – auf der Berliner Konferenz der KPs Europas:

„Die durch die Kommunistenverfolgungen verursachten Leiden ließen in unseren Reihen eine Verbindung zwischen wissenschaftlichem Sozialismus und eine Art Mystik des Opfertums und der Vorbestimmung erstehen. Wir wurden eine Art neue Kirche mit Märtyrern und Propheten. Jahrelang war Moskau, wo unsere Träume begannen, Wirklichkeit zu werden, unser Rom. Wir sprachen von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, als wäre sie unsere Weihnacht. Das war unsere Kinderzeit. Heute sind wir erwachsen. Die Kommunisten regieren in vielen Ländern. In anderen sind wir bereits eine beachtliche Kraft. Wir verlieren immer mehr den Charakter einer Kirche. Der wissenschaftliche Charakter unserer Theorien setzt sich gegenüber dem Glauben und der Mystik von der Vorbestimmung durch."

Es darf weiter gedacht werden. Und zwar laut!

gen sozialistischen Ländern gang und gäbe sind, und verfällt schließlich sogar in eine Unterschätzung der wirklichen und unzweifelhaft gegebenen Fortschritte, die die Gesellschaft, in der er lebt, gemacht hat; Fortschritte aber, die ihm, ohne daß sie mehr wären als eben grundlegende Fortschritte, als *entwickelter Sozialismus* oder gar *Kommunismus* präsentiert werden.

Solschenizyn, der heute um die Welt reist mit dem Habitus eines jener Popen, die vor Jahrhunderten, halb mystische Propheten, halb Spitzbuben, die Wege Rußlands bevölkerten und das Ende des Menschengeschlechts, die Apokalypse, ankündigten, die die leichtgläubige und rückständige Landbevölkerung in Angst und Schrecken versetzten und von dieser Verrichtung lebten; dieser Mann, neben dem Zar Peter I. wie ein gefährlicher Revolutionär aussehen würde, kann als äußerster Ausdruck der bis zum unbändigen Haß gesteigerten Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit gelten, wie sie durch das Auseinanderklaffen von Traum und Wirklichkeit erzeugt werden.

Die Existenz von Subjekten wie dem genannten Schriftsteller läßt befürchten, daß das Fehlen oder die Unzulänglichkeit einer marxistischen Kritik der Wirklichkeit – weil das Staatssystem ihr keine Bahnen offen läßt – schließlich zur Vergrößerung der antisozialistischen Opposition führen wird, die das Kind mit dem Bade ausschüttet und das Heranwachsen von Kräften, die in der Lage wären, Veränderungen im sozialistischen Sinne zu bewirken, ver- oder behindert.

In den von Marx und Engels aufgestellten Schemata wurde nicht berücksichtigt, daß es neben den beiden genannten Phasen – Sozialismus und Kommunismus – eine weitere geben könnte, in der die durch die Revolution geschaffene Staatsmacht erst die *ursprüngliche Kapitalakkumulation* bewältigen muß, die für den Aufbau einer modernen Produktion unerläßlich ist. Das heißt, Marx und Engels rechneten nicht damit, daß der neue Staat gezwungen sein würde, vor allem anderen eine *typisch kapitalistische* Aufgabe zu erfüllen, die nicht in kurzer Zeit durchgeführt werden konnte und deren Inhalt sich noch nicht dadurch von Grund auf änderte, daß er auf den Namen „sozialistische Akkumulation" getauft wurde.

Die Leiden, welche die ursprüngliche Akkumulation unter dem Kapitalismus verursachte, sind bekannt; wie Marx darlegt, bedeutete die ursprüngliche Akkumulation die Enteignung der unmittelbaren Produzenten, die Zerstörung des Privateigentums auf der Grundlage selbständiger Arbeit; die unglaubliche Ausbeutung von Kindern und Frauen; das Zusammenpferchen von Millionen von Familien in Industriezentren unter unmenschlichen Bedingungen; die Ausplünderung der Kolonialvölker...

Man muß sich die Frage stellen, ob der Staatstyp, der sich in der Sowjetunion entwikkelt hat, und zwar ganz besonders das mit dem Namen Stalin verknüpfte diktatorische System mit all seinen Auswüchsen, Gewalttaten und Willkürlichkeiten, nicht gerade aus dieser Funktion entstanden ist, d.h. aus der Verwirklichung der ursprünglichen Akkumulation, aus der Entwicklung der modernen Industrie um jeden Preis. Ein Teil der Arbeiterklasse und der Jugend – die Bewußtesten – beteiligten sich zwar an dieser mühevollen Arbeit und nahmen, getrieben von revolutionärer Begeisterung, ungeheure Opfer auf sich. Aus dieser großartigen Anstrengung sind einige der besten Werke der frühen sowjetischen Literatur und des Filmschaffens hervorgegangen, die Wellen revolutionärer Romantik in der ganzen Welt ausgelöst und den Glauben von Millionen von Proletariern an die russische Revolution wach gehalten haben. Dieser Willensbereich und diese revolutionäre Energie haben trotz allem auch in den Zeiten Stalins weitergelebt; das ist der Grund dafür, daß es ungerecht ist, bei all den großen materiellen und kulturellen Leistungen jener Zeit nur deren Kehrseite zu sehen.

Denn die Kehrseite war, daß diese Akkumulation, diese ungeheure Anstrengung zur *raschen* Entwicklung der modernen Industrie in einem rückständigen Land unermeßliche und unendliche Opfer der werktätigen Bevölkerung verlangte, die diese zum Teil nicht zu geben in der Lage war. Hier liegt die Bruchstelle im Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, die unausweichlich zur Errichtung eines Staatstyps geführt hat, der nicht nur die ehemaligen herrschenden Klassen unterdrückte, sondern auch den in der Tat großen Teil des Volkes, der diese Opfer nicht auf sich nehmen wollte und der objektiv gegen die neue Macht hätte mobilisiert werden können.

Die Bürokratisierungserscheinungen entstanden nicht nur aus der Tradition des zaristischen Staates, sondern aus dieser von den Theoretikern unvorhergesehenen Situation. Ein großer Teil der Bevölkerung verhielt sich passiv und ein sehr erheblicher Bereich feindlich. Die Arbeiterdemokratie wurde allmählich eingeschränkt, und derselbe Prozeß vollzog sich in der Partei, wo die Schärfe der Widersprüche in der Gesellschaft sich als Verschärfung der Fraktionsauseinandersetzungen niederschlug, die nach Lenins Tod niemand mehr beherrschen konnte. Auf diese Weise entwickelte sich eine bürokratische Schicht, die nach und nach die Führungsaufgaben übernahm in der Überzeugung, sie sei die Wahrerin der gesellschaftlichen Mission der Arbeiterklasse, die Personifizierung der Diktatur des Proletariats, die jedoch allmählich und unmerklich Wurzeln schlug, eigenständige Interessen entwickelte und sich nach eigenen und besonderen Mechanismen und objektiven Gesetzen bewegte.

Dieser Staat dient nicht mehr dem kapitalistischen Eigentum, das es in der UdSSR nicht mehr gibt. In diesem Sinne kann die bürokratische Schicht nicht als kapitalistische *Klasse* angesehen werden. Sie besitzt kein Privateigentum, und der Teil des Mehrwerts, der den sowjetischen Betrieben entzogen wird, um diese Bürokratie zu unterhalten, ist mit Sicherheit geringer als das, was für die Unterhaltung einer Bürokratie in einem beliebigen kapitalistischen Land aufgebracht wird. Die bürokratische Schicht verfügt jedoch auf den verschiedenen Ebenen über eine maßlose und nahezu unkontrollierte politische Macht. Sie entscheidet und beschließt über die Köpfe der Arbeiterklasse und selbst über die der Partei hinweg, die ihr insgesamt unterstellt ist.

In diesem Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung stehen wir vor einem Staat, der über der Gesellschaft steht, einem Staat, der gegenüber der Gesellschaft verhältnismäßig *frei* ist, was nicht bedeutet, daß schon die Gesellschaft frei wäre.

Alles in allem hat der sowjetische Staat seine Aufgabe erfüllt; er hat die wirtschaftliche, industrielle, technische, kulturelle und gesundheitliche Entwicklung des Landes ebenso wie die der Landesverteidigung erreicht. D.h., er hat die Erfüllung von Aufgaben gewährleistet, die in Ländern mit fortgeschrittenem Kapitalismus vom kapitalistischen Staat erfüllt worden sind. Mit der Unterdrückung des kapitalistischen Eigentums sind die materiellen Bedingungen geschaffen worden für den Übergang zum entwickelten Sozialismus. Heute stellt sich die Frage, ob dieselben Staatsstrukturen nicht, zumindest zum Teil, zu einem Hindernis für den Übergang zum entwickelten Sozialismus geworden sind; ob dieser Staat, so wie er existiert, nicht schon an sich eine Bremse für die Entwicklung einer wirklichen Arbeiterdemokratie geworden ist, mehr noch, ob er nicht zur Bremse für die materielle Entfaltung des Landes geworden ist.

Die Frage ist, ob dieser nicht mehr kapitalistische Staat nicht eine mittlere Phase zwischen einem kapitalistischen und einem wirklich sozialistischen Staat ist, wie dies die zentralistischen Monarchien zwischen der Feudalgesellschaft und den parlamentarischen Demokratien des modernen Kapitalismus waren; eine Phase, die aufgrund ihrer charakteristischen Merkmale und Aufgaben eine objektivere und wissenschaftlichere Erklärung des Stalinschen Phänomens und anderer, ähnlicher Erscheinungen zuließe.

Die Frage ist, ob die Partei und die sowjetische Gesellschaft nicht durch eben diesen Staat herausgefordert werden, ihn durch eine ernsthafte und tiefgreifende Umgestaltung zu einer wirklichen Arbeiterdemokratie zu machen, zu dem Staatstyp, den die Gründer vorgesehen hatten.

Ohne Zweifel ist diese Sorge in der einen oder anderen Weise auch bei den sowjetischen Führern selbst vorhanden, wenn auch vielleicht nur, wenn sie Unzulänglichkeiten der sozialistischen Demokratie eingestehen. Aber die Ver-

wechslung von Partei und Staat scheint eher zur Konstruierung ideologischer Bilder zu führen, die eine wenig befriedigende Wirklichkeit verdecken sollen, als zur wirklichen Veränderung der Realität.

Ich glaube nicht, daß ich die Erklärung oder Lösung dieser Probleme besitze. Ich bemerke lediglich die Notwendigkeit theoretischer Forschungsarbeit, die als Grundlage für politische Alternativen dienen könnte und an der die gesamte fortschrittliche und Arbeiterbewegung interessiert ist, in erster Linie aber die sowjetischen Genossen und alle, die sich in einer ähnlichen Situation befinden.

Ein Moment, das es bei der Untersuchung der Merkmale zu berücksichtigen gibt, die den Typ des sowjetischen Staatsapparates charakterisieren, ist die Weltsituation, das internationale Umfeld, in dem er sich entwickelte.

Die beschleunigte Industrialisierung, die die Möglichkeiten für Demokratie minderte und dazu führte, daß die Zügel ganz kurz gehalten wurden, um die für die Demokratie erforderliche Kapitalbildung zu erreichen, ist keine frei gefaßte und ausschließlich auf interne Gründe zurückzuführende Entscheidung gewesen. Sie wurde zu einem hohen Grade durch die imperialistische Einkreisung bestimmt, durch die Kriegsbedrohung, die zwar erst 1941 Wirklichkeit wurde, aber schon vorher ständig über der UdSSR schwebte: Entweder Industrialisieren oder Unterliegen, das war das Dilemma, das durch die faschistische Aggression schließlich bestätigt wurde.

Mit dieser Bedrohung beeinflußten die imperialistischen Mächte bewußt oder unbewußt die gesamte innere Entwicklung der UdSSR. Sie zwangen zu einem Akkumulations- und Industrialisierungstempo, das zwangsläufig eine Begrenzung der sozialen Maßnahmen nach sich zog und auch für die rückständige Landwirtschaft nicht ohne Folgen bleiben konnte; zu einem Tempo also, das letztlich das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern erschwerte und die Massenbasis des Systems einengte. Zugleich wurde dadurch die Entstehung eines Staates begünstigt, der sich über die Gesellschaft erhob und in dem die Zwangsmomente ungeheure Ausmaße annahmen, wodurch den Auswüchsen der Stalin-Periode Vorschub geleistet wurde.

Durch diese Wirklichkeit wurde bestätigt, daß es unmöglich war, den *vollen Sozialismus* in *einem* Land aufzubauen, ohne daß diese Ordnung auch in einer Reihe von entwickelten Ländern gesiegt hätte.

In einer anderen internationalen Situation hätte der Industrialisierungsprozeß vielleicht langsamer verlaufen können; die gesellschaftlichen Veränderungen in der Landwirtschaft hätten vorsichtiger und ohne Verlust von Verbündeten durchgeführt werden können; und die Lebensbedingungen der Massen hätten rascher verbessert werden können, so daß günstigere Bedingungen für das Aufblühen einer Demokratie der Werktätigen geschaffen worden wären.

Die internationalen Umstände erzwangen die Entscheidung der sowjetischen Führer, den neuen Staat zu einer großen Militärmacht werden zu lassen und diesem Ziel vieles zu opfern. Damit wurden dem aus der Oktoberrevolution hervorgegangenen, von Stalin später entwickelten und noch heute in dieses Dilemma verwickelten Staat besondere Züge verliehen, die eher geeignet waren, seinen autoritären Charakter zu verstärken.

Ohne Zweifel führt der Rüstungswettlauf, der heute trotz der Ergebnisse der Politik der friedlichen Koexistenz in der Welt andauert, zu einer Verstärkung der Gewalt-Merkmale des sowjetischen Staates. Die Aufrechterhaltung eines Machtniveaus, das in der lage ist, dem der USA Paroli zu bieten, erfordert ungeheure finanzielle Anstrengungen, die für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung mit Nachteilen verbunden sind.

Auch heute sind die imperialistischen Staaten, vor allem die USA, noch in der Lage, einen Großteil der sowjetischen Entscheidungen nicht nur mit militärischem Druck, sondern eher noch mit den Waffen des Handels und der Technologie wenn nicht zu bestimmen, so doch zu beeinflussen.

Die Bedingungen, unter denen sich die Gegenüberstellung der beiden Blöcke auf Weltebene heute darstellt, sind nicht günstig für eine Umgestaltung des sowjetischen Staates in eine Arbeiterdemokratie. Es sind Bedingungen der Stärke, Bedingungen, unter denen die Rolle der Armeen und der sie unterstützenden Geheimdienste im Vordergrund steht; Bedingungen, die eher die Tendenz zur Uniformität als zur Diskussion, zur Festigung der Autorität als zur Entfaltung der Demokratie begünstigen. Ein Staat, in dem die Armee und die Obrigkeitsorgane eine so große Rolle spielen, läuft, auch wenn er ein Staat ohne Kapitalisten ist, auch wenn er den Befreiungskampf der Völker unterstützt, Gefahr, die Macht als sein vorrangiges Ziel zu betrachten. Er neigt dazu, die Ideologie zu einem Machtinstrument zu machen, die Probleme des Klassenkampfes, des Befreiungskampfes, des Kampfes für den Sozialismus auf Weltebene aus dem Blickwinkel der Vervollständigung seiner Macht in der weltweiten Konfrontation, in die er hineingestellt ist, zu verstehen und den Internationalismus als Bestandteil seiner Macht zu betrachten und einzusetzen.

Und statt die Beschränkungen durch die objektive Situation, die Bedingungen anzuerkennen, unter denen er sich entwickelt hat und die sich, zusammen mit seinen eigenen Irrtümern und Fehlern, seiner inneren gesellschaftlichen Umgestaltung, dem Werk des Sozialismus aufgezwungen haben, die Werktätigen zu befreien und damit alle Menschen von jeglicher Unterdrückung und Entfremdung zu befreien; statt anzuerkennen, wie viel es noch an seinen Staatsstrukturen gibt, das dem Übergangsstaat, wie ihn die Begründer des Marxismus vorsahen, fremd ist, das ein Erbe des alten Staates ist; statt also anzuerkennen, daß wir, weil die Geschichte uns bisher nicht mehr erlaubt hat, lediglich versuchen, Bedingungen herzustellen, unter denen sich der Sozialismus ausbreiten kann, wird vorgegeben, wir befänden uns schon im vollen Sozialismus, ja, sogar im Vorzimmer zum Kommunismus, und ein anderer Sozialismus sei nicht möglich.

Im Namen dieser Auffassung wird versucht, den von uns so genannten *alten Internationalismus* aufrechtzuerhalten, der die kommunistischen und Arbeiterparteien nach ihrer bedingungslosen Verteidigung der Sowjetunion kennzeichnete und demzufolge „die Haltung zur Sowjetunion der Prüfstein des proletarischen Internationalismus" ist.

Aber wir, die wir mit unseren kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern wirken, können nicht die Vorstellung akzeptieren, daß der Sieg des Sozialismus auf dem Wege der Konfrontation zwischen den Ländern, in denen es keine Kapitalisten mehr gibt, und den Ländern, die noch an der kapitalistischen Ordnung festhalten, zustande kommen soll.

Wir stellen uns den Kampf für den Sozialismus nicht als weltweite Konfrontation zwischen zwei Systemen, in der Praxis zwischen zwei Mächten oder Machtgruppen, vor. Erstens, weil der heute erreichte Sozialismus, der sich noch in einer sehr frühen Entwicklungsetappe befindet, noch nicht das leuchtende Beispiel ist, das für den Sieg in einer ideologischen Auseinandersetzung ausschlaggebend sein kann – ich beziehe mich hierbei auf die entwickelten kapitalistischen Länder, denen wir dieses Modell vorschlagen können –; und zweitens, weil eine militärische Auseinandersetzung für die einen wie für die anderen Selbstmord wäre.

Daß die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung nicht homogen ist, daß es in ihr verschiedene Strömungen gibt, ist eine Realität, der wir Rechnung tragen müssen. Es ist logisch, daß diese Heterogenität, das Bestehen verschiedener Strömungen, beeinflußt wird durch den nationalen Faktor; durch die Tatsache, daß in dieser Etappe der Entspannung und Zusammenarbeit die nationalen Formen des Klassenkampfes – und nicht der Klassenkollaboration, der Sozialpartnerschaft – in den Vordergrund treten; durch den mehr oder minder hohen Grad politischer und theoretischer Reife von Parteien, die eine eigene lange und reiche Klassenkampf-Erfahrung besitzen.

Damit sind auch die Grundlagen für beides, die Übereinstimmung und den Widerspruch, gegeben: Übereinstimmung, die der nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnung entspricht, in der die materiellen Grundlagen für die Entwicklung des Sozialismus gegeben sind; Widerspruch zu einem Staatstyp, der aufgrund seiner Merkmale dazu neigt, sich nicht nur über seine eigene Gesellschaft, sondern auch über die Gesellschaft anderer Länder zu stellen, einem Staatstyp, der aufgrund einer Reihe objektiver und subjektiver Faktoren zur Vergrößerung der Macht drängt. ■

Radikalauer von Winfried Thomsen

Immer mehr Verlage konzentrieren sich auf das Wesentliche. Man braucht dann nicht so viel zu verbrennen.

In der Mitte seines Lebens wechselte der Erfolgsautor noch einmal den Wagen: er stieg um auf einen Midlife-Chrysler.

Auf die Frage, ob das Unternehmer-Interesse die Richtlinien der Politik bestimme, sagte der Sozialdemokrat: „*Das* kann ich nicht ausschließen."

Wußten Sie schon, daß Konrad Adenauer wegen Zusammenarbeit mit Kommunisten im Parlamentarischen Rat aus der SPD ausgeschlossen worden war?

Attentate auf ihresgleichen dienen den Herrschenden als Aufhänger für die Beherrschten.

Jimmy 77 tut so, als hieße er Charta.

Wozu braucht der alte Leber Sexfregatten?

Ein Staatssekretär verkauft Regierungspolitik oder: Grünewald macht Holzauktion.

Früher kam der Wolf im Schafspelz. Heute kommt der Faschist im Kammgarn.

Die meisten Arbeitsunwilligen erhalten ihr Arbeitslosengeld in Form von Dividenden.

Modern Times: es ist auf Dauer nicht so anstrengend, den Kopf tief zu halten, wie den Arm hoch.

Rassisten-Export

In diesen Monaten beginnt, völlig unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit, eines der schmutzigsten Exportgeschäfte, an denen sich die Bundesregierung in den letzten Jahren beteiligt hat: der Export der Apartheid.

Nach Berichten der bolivianischen katholischen Tageszeitung „Presencia" und der französischen Nachrichtenagentur AFP läuft seit Anfang Juli eine Umsiedlungsaktion von 150 000 weißen Siedlern aus der Republik Südafrika, aus Rhodesien und Namibia nach Bolivien. „Presencia" bezieht sich auf eine Erklärung des bolivianischen Staatsekretärs Guido Strauss: „Die Einwanderer sind deutscher und holländischer Abstammung. Die Ansiedlung dieser 30 000 Familien, die bisher im südlichen Kegel Afrikas lebten oder noch leben, wird durch einen 150-Millionen-Dollar-Kredit der Bundessrepublik Deutschland finanziert."

Die konkreten Vorbereitungen dieses Projekts begannen Ende 1976, als endgültig abzusehen war, daß die weiße Rassisten-Herrschaft in Namibia und Rhodesien ihrem Ende zugeht, und sich auch in Südafrika mit den Rassen-Auseinandersetzungen die Frage zuspitzte: Wohin mit den meist deutschstämmigen Kolonialisten, die das Land verlassen wollen? Arbeitslose gibts in Westeuropa genug.

Im Rahmen der ICEM, der zwischenstaatlichen Organisation für europäische Auswanderung, knüpften die Bundesregierung, aber auch die Regierungen Hollands und Großbritanniens erste Kontakte mit lateinamerikanischen Staaten.

Auf einer Konferenz in Costa Rica machte dann die BRD Regierungsvertretern von Argentinien, Brasilien, Bolivien, Uruguay und Venezuela das Angebot, die Finanzierung der Umsiedlung von 30 000 weißen Familien aus Südafrika zu übernehmen. Uruguay und Argentinien lehnten den Vorschlag mit Hinweis auf ihre innenpolitische Situation ab, Brasilien und Venezuela wollen lediglich Fachkräfte aufnehmen, die sie selbst auswählen möchten, Bolivien stimmte in vollem Umfang zu.

Die 150 000 ehemaligen Kolonialisten sollen sich in den östlichen Provinzen Santa Cruz und Beni niederlassen, äußerst dünn besiedelte, fruchtbare Gebiete, die erst in den letzten Jahren erschlossen wurden. Die neue Infrastruktur sollte ursprünglich tausenden bolivianischer Bauern aus den dichtbesiedelten Tälern und dem Hochland bessere Lebensbedingungen verschaffen.

Weil er im Besitz von Dokumenten über diese Umsiedlungsaktion, über den Ausverkauf der reichsten Gebiete seines Landes war, wurde der Bolivianer Salvador Napoleon Lobo Ende Februar verhaftet und wird seitdem in den Gefängnissen des Diktators Banzer gefoltert.

Völlig harmlos

Die „chemische Keule" macht zwar Demonstranten und andere Terroristen vorübergehend aktionsunfähig, ist aber völlig ungefährlich, und

Chemical Mace: Keine Spätfolgen?

Spätfolgen eines „Chemical Mace"-Einsatzes sind nicht zu befürchten. Was zu beweisen war, und zwar durch eine Probevorführung auf einer Pressekonferenz der Westberliner Polizei am 18. Oktober 1976. Ein Polizist demonstrierte die „Harmlosigkeit ohne Nachwirkungen" der Tränengaswaffe und ließ sich freiwillig besprühen. Seit April liegt er nun mit schweren Hautentzündungen im Klinikum Steglitz. Die Krankheit ist einwandfrei auf die Chlor-Azetophenon-Beimischung aus der „chemischen Keule" zurückzuführen. Eine Heilung ist nicht abzusehen.

Das ist Hans Wissebach

Das ist Hans Wissebach, Rechtsanwalt aus Marburg und CDU-Mitglied.

Das ist Hans Wissebach, der mit 17 Jahren in die Waffen-SS eintrat und heute noch zu ihr steht. „Nein, das tue ich natürlich nicht", antwortete er Ende Juni einem Rundfunkreporter, auf die Frage, ob er sich von der SS distanziere.

Das ist Hans Wissebach, der sich zu Pfingsten rühmte, zum zehnten Mal dabeigewesen zu sein, beim „Traditionstreffen" der SS-Panzerdivisionen „Leibstandarte Adolf Hitler" und „Hitlerjugend" in Marienfels bei Nassau an der Lahn.

Das ist Hans Wissebach, der dort vor fünf Jahren ein SS-Ehrenmal mit der Aufschrift „Treue um Treue" enthüllt hat.

Das ist Hans Wissebach, der 1968/69 Schriftleiter der Zeitschrift „Der Freiwillige" war, des Organs der SS-Nachfolgeorganisation HIAG. Unter seiner Verantwortung erschien unter anderem ein Beitrag, in dem es heißt, daß „wie die SS-Verfügungstruppe damals, auch die Bundeswehr heute und morgen für den Einsatz nach Innen vorgesehen und bestimmt ist".

Das ist Hans Wissebach, laut Grundgesetz „Vertreter des ganzen Volkes". Denn er rückt für den neuen Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann in den Deutschen Bundestag nach.

Interview mit neuem Ruhrfestspiel-Chef

Im Räderwerk

Wieder mal sind die Ruhrfestspiele vorbei, und wieder mal waren sie so langweilig wie in den Jahren davor. Jetzt aber gibt es eine Chance zur Reform: Der DGB hat zum 1. September Dr. Fred Eckhard zum Geschäftsführer der Ruhrfestspiele ernannt. Fitz Wolf sprach mit ihm

KONKRET: Die Ruhrfestspiele werden zu gleichen Teilen vom DGB und der Stadt Recklinghausen getragen. Was das bedeutet, kann man an der Kontroverse um das

Fred Eckhard: „Klima vergiftet"

Werkkreis-Gedicht „Der erste Mai hat 365 Tage" ablesen. Die örtliche CDU hat gleich den Rücktritt von Geschäftsführer Gerhard Holtmann und von Michael Braun, dem Leiter des „Jungen Forum" gefordert, weil die Stadt nicht den Klassenkampf finanzieren wolle. Gibt es da überhaupt Chancen für eine stärker gewerkschaftlich orientierte Kulturarbeit?

Eckhard: Die Ruhrfestspiele sind Ausdruck gewerkschaftlicher Kulturpolitik und Kulturarbeit. Darüber besteht zwischen den Partnern keine Zweifel.

KONKRET: Aber doch nur solange, wie die Ruhrfestspiele, oder auch einzelne ihrer Veranstaltungen, nicht an die Wurzel gesellschaftlicher Mißstände gehen – siehe das Mai-Gedicht.

Eckhard: Immer wenn sich Kulturarbeit an Arbeitnehmerinteressen orientiert, kommt sie ins ideologische Sperrfeuer. Eine gehörige Portion lokalpolitischer Borniertheit kommt noch dazu. Da wird nicht gespart mit persönlichen Verdächtigungen, Intrigen und Indiskretionen, die das Klima vergiften. Das führt zu allerhand Auswüchsen. Nicht nur gegen die Veröffentlichung des Mai-Gedichts wurde agitiert. Sartres Stück „Im Räderwerk" wurde in die geistige Nähe des Terrorismus gerückt, dem Grips-Theater, das eben den DGB-Kulturpreis erhalten hat, die Nachbarschaft zur Anarcho-Szene unterstellt und der „Coriolan"-Regisseur Hans Hollmann als eine Art DDR-Agent verdächtigt.

KONKRET: Was läßt sich dagegen tun?

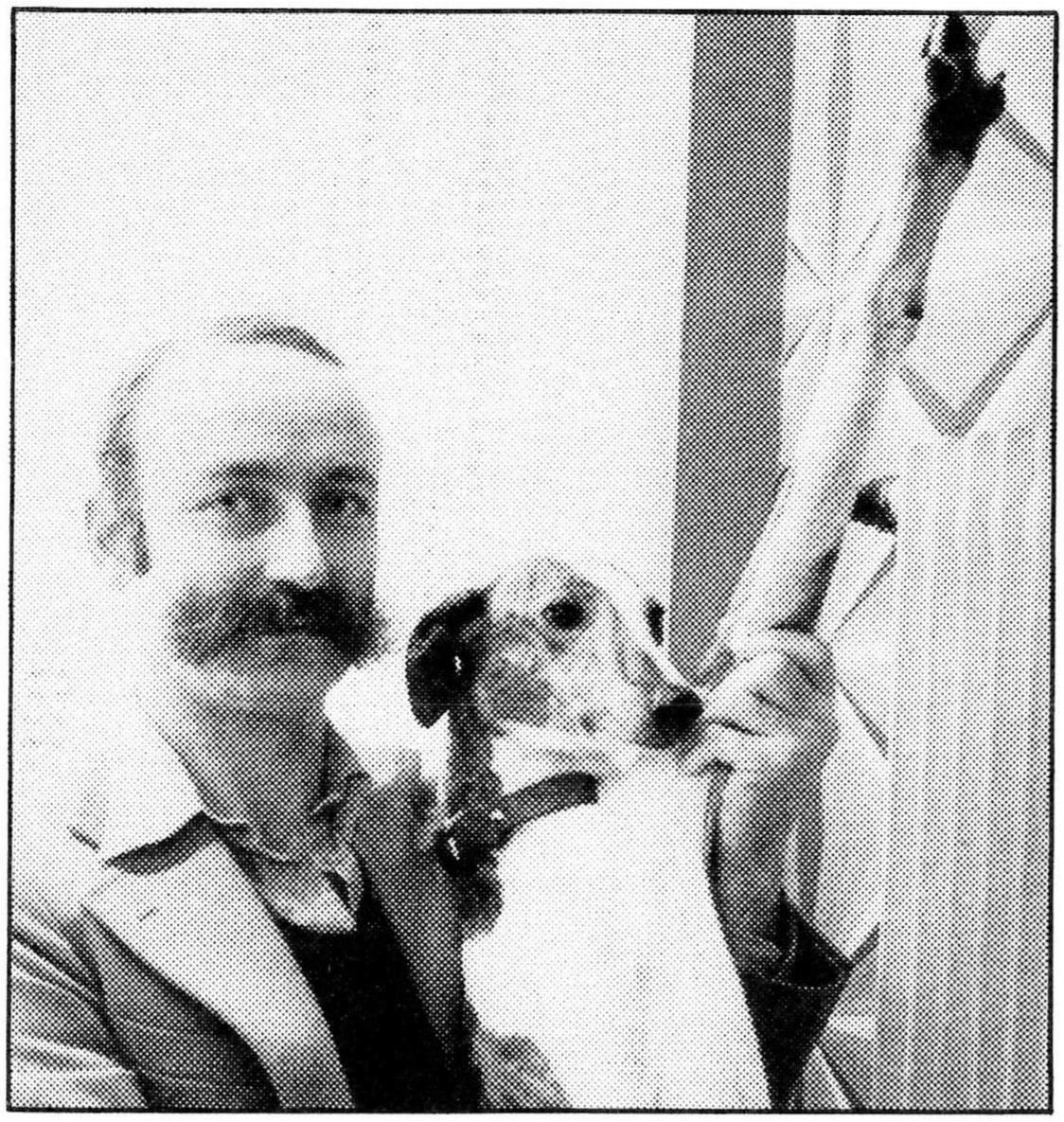
Eckhard: Nicht vom Weg abbringen lassen. Einziger Bezugspunkt sind die Forderungen und Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Dazu brauchen wir in Zukunft auch eine Gesamtkonzeption der Ruhrfestspiele für eine profilierte, überparteiliche Kulturarbeit im Arbeitnehmerinteresse.

KONKRET: Zum Beispiel Mitbestimmung? Arbeitslosigkeit? Rationalisierung?

Eckhard: Ja. Das alles sind aktuelle Themen, um die wir uns kümmern müssen und wollen.

KONKRET: Die Gründer der Ruhrfestspiele waren aber der Ansicht, der Arbeiterschaft müsse Kunst, bürgerliche Kunst, quasi von oben verabreicht werden. Daran hat sich bis heute im Wesentlichen nichts geändert.

Eckhard: Das hatte in der Zeit nach dem Faschismus auch zweifellos seine Berechtigung. Es war ein kulturelles Defizit auszugleichen. Auch heute wird es weiterhin die Veranstaltungsformen des Kulturbetriebs geben, wenn Sie das meinen. Ich halte es aber auch für wichtig, alle wirklichen künstlerischen Alternativen zu unterstützen: freie Gruppen, Kinder- und Jugendtheater, Mobiles Theater, Betriebstheatergruppen. Hier können die Ruhrfestspiele stimulierend wirken. Außerdem soll es künftig ein eigenes Ruhrfestspielensemble geben, das das ganze Jahr über zur Verfügung steht. Diese Gruppe soll eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, herumreisen und mit ihren künstlerischen Mitteln die Gewerkschaftsarbeit unterstützen. Und sie soll dafür die geeigneten Vermittlungsformen finden. Davon können beide Seiten lernen.



Ein deutscher Turnerbund

Persilschein für Neonazi Hoffmann von der Bayern-Regierung

Nach wie vor macht die „Wehrsportgruppe" des Nürnberger Neonazis Karl-Heinz Hoffmann unbehelligt ihre Turnübungen, die er selbst in einem neuen Werbeprospekt so beschreibt: „... Drei Minuten später waren sieben Rotfrontkämpfer krankenhausreif und viele andere verletzt ..." Und daß es nicht nur bei Übungen bleibt, zeigt zum Beispiel ein blutiger Schlägereinsatz bei einer linken Veranstaltung vor einigen Wochen in Tübingen. Der SPD-Landtagsabgeordnete Helmut Geys wollte nun endlich mal vom bayerischen Innenministerium wissen, was man dort von der „Truppe Hoffmann" hält. Antwort: „Bisher keine Beweise, daß der von Hoffmann betriebene ‚Wehrsport' eine Übung für den späteren Kampf gegen die bestehende freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt". Solange der „Bayernkurier" nichts Gegenteiliges behauptet, wird das wohl auch so bleiben. Helmut Geys dagegen hatte den Fehler gemacht, sich bei seiner Anfrage auf Berichte der Wochenzeitung „Die Tat" zu berufen und mußte sich nun vom Innenministerium belehren lassen, daß „Die Tat" das „Sprachrohr der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten ist. Die Vereinigung ist von der DKP beeinflußt und wird in den Verfassungsschutzberichten des Bundes und des Freistaates Bayern unter die linksextremen Organisationen eingereiht".

Karl-Heinz Hoffmann schreibt in seinem Werbe-Traktat: „Daß uns die Presse als Schlägertruppe bezeichnet, stört uns wenig."

Mit Kommunisten

Am 26. Juni hat der SPD-Parteivorstand die SHB-Vorsitzende Mechthild Jansen und die Professoren Kade und Stuby aus der Partei ausgeschlossen, weil sie mit 7000 anderen (darunter rund 5 Prozent Kommunisten) einen Aufruf für „Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" unterschrieben hatten und dafür aktiv wurden.

Keine zwei Wochen später hat schon wieder ein prominentes SPD-Mitglied seine Unterschrift unter eine Erklärung für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit gesetzt. Auch die war unter wesentlicher Beteiligung von Kommunisten zustande gekommen. Da wird zum Beispiel von der „Notwendigkeit einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle" gesprochen. Trotzdem wird der Sozialdemokrat wohl in seiner Partei

bleiben dürfen, denn es besteht kaum Gefahr, daß er für das, was er da (sicher unter Druck) unterschrieben hat, aktiv wird. Er heißt Schmidt, und der Kommunist, der hinter der ganzen Sache steckt, heißt Janos Kadar.

Lohn-, Preis-, Profit-Rätsel

Frage: Woraus stammen diese Sätze, die am 30. Juni dieses Jahres veröffentlicht wurden?

„Niemand investiert eine Fabrik oder auch nur eine Fertigungsstraße, um Arbeitsplätze zu schaffen. Immer geht es um die Frage, ob die hergestellten Güter so ertragreich sein werden, daß die Gesamtinvestition rentabel wird; die Anzahl der benötigten Arbeitsplätze ist dann in der Investitionsrechnung eine Folge technisch-betriebswirtschaftlicher Überlegungen."

Aus einem Schulungsheft der DKP?

Aus Rudolf Schöfbergers Begründung zur Ablehnung des Steuerpakets der Bundesregierung?

Aus dem Unternehmer-Blatt „Blick durch die Wirtschaft" des Frankfurter FAZ-Verlags?

Letztes stimmt natürlich, aber die ersten beiden könnten's auch sein. Les extrèmes se touchent. Haben Sie richtig geraten, gewinnen Sie einen Stamo-Cup und ein Parteiordnungsverfahren wegen veralteten Klassenkampf-Denkens.

Sitzenbleiber fliegen

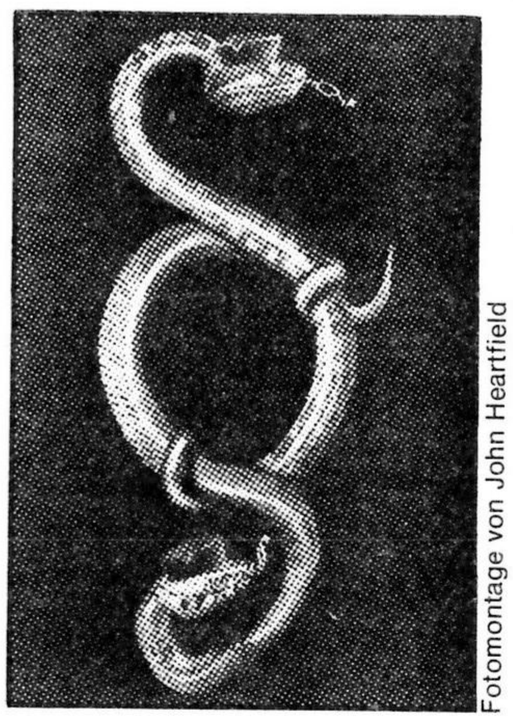
„Wer nicht Trauer zeigt, ist ein Staatsfeind", schrieb Hermann L. Gremliza im Mai-Heft von KONKRET nach der Ermordung Siegfried Bubacks. Inzwischen können die Verantwortlichen kaum noch ihre klammheimliche Freude verhehlen, die ihnen die Bestätigung dieses Satzes macht:

In der Westberliner ÖTV läuft ein Ausschlußverfahren gegen den Personalrat des Bezirksamtes Spandau, Udo Knapp. Einziger Grund: Knapp hatte sich geweigert, sich bei der von der Bundesregierung empfohlenen Buback-Gedenkminute des Spandauer Personalrats von seinem Platz zu erheben. Von seinen Bezirksamtsvorgesetzten wird außerdem geprüft, ob gegen Knapp (er ist Sachbearbeiter für politische Bildung beim Amt für Jugend) „ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele einer ordentlichen Kündigung eingeleitet werden kann".

Ebenfalls in Westberlin läuft gar ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren wegen „des Verdachts der Billigung von Straftaten" gegen drei Gerichtsreferendare des Berliner Kammergerichts. Einziger Vorwurf: Auch sie waren am 13. April bei einer Buback-Gedenkminute während ihres Strafrechts-Unterrichts sitzengeblieben. Eine Begründung hatten sie nicht abgegeben, aber auch für den Präsidenten des Kammergerichts steht fest: Sympathie für die Ermodung Bubacks. Er leitete disziplinarische Vorermittlungen ein.

Dieses Plakat von Kurt Jotter dient der materiellen Solidarität mit den von Unileitung, rechten Professoren und Justiz angezeigten Studenten der Marburger Universität. Zur Zeit laufen etwa 50 Prozesse mit derzeit schon über 35 000 Mark Prozeßkosten. Zitat aus einem Urteil gegen eine Studentin: „Im übrigen waren bei der Urteilsfindung auch generalpräventive Gesichtspunkte zu berücksichtigen, da an einigen Universitäten in den letzten Jahren die Rechtstreue empfindlich gelitten hat." (Urteil: 9 Monate auf 2 Jahre Bewährung.) Angezeigt wurde die Forderung nach Diskussion in den Seminaren, die Beteiligung am Kampf gegen die Amtsenthebung des AStA im Wintersemester 75/76, der Widerstand gegen den Sozialen und Inneren Numerus Clausus, die Durchführung einer Solidaritätsveranstaltung des AStA mit den Völkern Südafrikas, der Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz.

Das Poster ist zum Solidaritätspreis von mindestens 4,50 Mark (plus 1,50 Mark Versandkosten) beim Marburger „Angezeigtenkollektiv" zu bestellen. Adresse: AStA Uni Marburg, Erlenring 5, 3550 Marburg/Lahn. Konto: Volksbank Marburg Nr. 12379.



Fotomontage von John Heartfield

Verhältnisse

Als ich Ende Juni zufällig im Radio hörte, der Bundesgerichtshof habe es für rechtens erklärt, daß ein Soldat, der in seiner Bundeswehrkaserne in der Freizeit(!) Anti-Atomkraftwerk-Unterschriften gesammelt hatte, zu vierzehn Tagen Bau verknackt wurde, meinte ein aufgebrachter Freund, für dieses Strafmaß hätte er auch gut zwanzig Juden umbringen können. Wenige Tage später stellte sich heraus, daß dieser Freund eine zu hohe Meinung von der bundesdeutschen Justiz hat: Die VIII. Strafkammer des Kieler Schwurgerichts verkündete in Namen des Volkes ihr Urteil gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer Werner Heinrich Poehls. Am 23. September 1942 ließ Poehls 289 Männer, Frauen und Kinder des russischen Dorfes Zabluocic erschießen. Vier Wochen später gab er den Befehl zur Ermordung von weiteren 60 Kindern, 40 Frauen und 28 Männern in einem Nachbardorf. Vor Gericht bestritt Poehl die Massaker nicht, er nannte sie aber „Befriedungsaktionen". Die Richter entschieden, „gefühllose Tätergesinnung und Grausamkeit sind nicht nachzuweisen" und erkannten auf Freispruch. Auf Freispruch. H.S.

Bertrand Russell vor Londoner Hafen-Arbeitern

Internationales Russell-Tribunal über die BRD

Linke Russell-Banden zankten sich monatelang über das Tribunal. Jetzt hat die Londoner Russell-Foundation ein unabhängiges Sekretariat zur Vorbereitung der internationalen Verhandlung eingesetzt

NACH DEM Bertrand-Russell-Tribunal über die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam 1966 in Stockholm, das der englische Philosoph und Nobelpreisträger (1872–1970) noch selbst initiierte, und nach dem Russell-Tribunal über Folter in Lateinamerika 1975 (unter dem Vorsitz von Lelio Basso) wird sich die internationale Russell-Peace-Foundation wahrscheinlich schon im Januar nächsten Jahres mit Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin beschäftigen. Dazu ihr Sekretär, der noch von Bertrand Russell eingesetzte Christopher Farley:

„Bei der Russell-Stiftung ging eine sehr große Anzahl von Beschwerden und Meldungen über die Situation in Westdeutschland ein, die insbesondere den sogenannten Radikalenerlaß betreffen, der seit 1972 besteht. Es gibt kaum ein westeuropäisches Land, von dem wir nicht bedrängt wurden, durch öffentliches Auftreten der Opfer dieses Erlasses in der Bundesrepublik nachzugehen. Wir haben diese Beschwerden über viele Monate geprüft und sind Anfang 1977 zu dem Schluß gekommen, daß in Westdeutschland – ein Jurist würde sagen „prima facie" – ein Fall von Unterdrükkung besteht, eine Verweigerung der Menschenrechte für diejenigen, denen man eine berufliche Anstellung versagt, weil ihre Einstellung zur Verfassung nicht mit der anderer Bürger übereinstimmt."

Seit Monaten schon kocht unter den maoistischen und trotzkistischen Gruppen in der BRD ein Streit um Russells Bart. Als die Londoner Foundation Pläne über die Durchführung eines bundesdeutschen Russell-Tribunals erkennen ließ, gründeten sie allerorts „Unterstützungskomitees". Der hohe internationale moralische Kredit der Stiftung sollte zur Durchsetzung durchsichtiger Spaltungsmanöver mißbraucht werden. Zwar wurde dieses Ziel nur selten so klar formuliert wie in einem „Info" des „Kommunistischen Bundes": „Das Wesentliche an dem Russell-Projekt war gerade der Versuch, erstmals in der BRD eine Massenkampagne zu initiieren, die sich dem dominierenden Einfluß von SPD und/oder DKP entziehen sollte", dennoch war von Anfang an klar: Wichtigstes Anliegen der meisten „Unterstützungskomitees" war die Schwächung der Bewegung gegen den Radikalen-Erlaß, die von der zentralen Hamburger Initiative „Weg mit den Berufsverboten" koordiniert wird. So sollte nach dem Willen der „Unterstützer" von KB bis GIM das zentrale Thema der Berufsverbote auf dem Tribunal nur unter ferner liefen abgehandelt werden. Wichtiger war ihnen das Problem der Gewerkschaftsausschlüsse (was ja nun wirklich eine rein innerorganisatorische Angelegenheit ist) oder gar die Frage nach „Freiheit in Ost und West".

Die Russell-Foundation ignorierte all diese Bestrebungen und konzentrierte sich in einem Aufruf auf „die Berufsverbote und damit im Zusammenhang stehende und vergleichbare Einschränkungen der Menschenrechte in anderen Bereichen der Gesellschaft". Unbeirrt vom bundesdeutschen Sekten-Streit ernannte sie zur Vorbereitung des Tribunals im Juni ein unabhängiges fünfköpfiges Sekretariat mit Sitz in Westberlin. Es ist allein der Russell-Foundation und später der internationalen Jury, die Ende September ernannt werden soll, verantwortlich.

Um das Tribunal im Januar erfolgreich durchzuführen, fehlt es jetzt „nur" noch an zwei Dingen: am Geld und an der Unterstützung der breitesten Bewegung gegen die Menschenrechtsverletzungen in der BRD, der Hamburger Berufsverbote-Initiative. ■

Aufruf

Die Bertrand Russell Peace Foundation ruft dazu auf, ein Russell Tribunal in der Bundesrepublik Deutschland weltweit zu unterstützen!

Nach vielen Monaten der Diskussion und Planung befindet sich das in der Bundesrepublik Deutschland abzuhaltende Russell Tribunal jetzt im Stadium der konkreten Vorbereitung. Dem Tribunal wird empfohlen, sich mit den Einschränkungen der Menschenrechte zu beschäftigen und sich auf spezifische Besonderheiten der westdeutschen Gesellschaft zu konzentrieren. Dazu werden gehören: Die Berufsverbote (die politisch bedingte Nichtbeschäftigung im weitgefächerten Sektor des öffentlichen Dienstes) und damit im Zusammenhang stehende und vergleichbare Einschränkungen der Menschenrechte in anderen Bereichen der Gesellschaft. Es wird empfohlen, daß zu diesen Maßnahmen gezählt werden sollen: Die Einschränkung der gesetzlichen Rechte und des Rechts der politischen Meinungsäußerung sowie die Anwendung der §§ 88a und 130a STGB.

Die Bertrand Russell Peace Foundation hat zu weltweiter Unterstützung des Tribunals aufgerufen. Zu diesem Zweck wurde ein vorläufiges Sekretariat des Tribunals mit Sitz in Berlin 30, Ahornstr. 5 eingerichtet. Dieses Büro organisiert die Vorbereitung von Dokumentationen und Analysen; außerdem trägt es Sorge für die Aufbringung der notwendigen, bedeutenden Geldmittel. Das Sekretariat hat u.a. folgendes Konto eingerichtet:

Postscheck Nr. 415909–100, Thomas Dieckmann, beim Postscheckamt Berlin-W.

Es wurde ins Auge gefaßt, daß die Mitglieder des Tribunals am Ende des Sommers in einer nichtöffentlichen Sitzung zusammentreten werden, um über das Arbeitsprogramm und den Zeitplan zu beschließen. Die Mitglieder des Tribunals werden im Sommer bekanntgegeben. Die Russell Foundation betont nachdrücklich, daß das Tribunal autonom handeln wird. Es wird sich seine eigene Leitung geben, selbständig die Komplexe der Untersuchung bestimmen und einen eigenen Mitarbeiterstab ernennen. Die das Tribunal konstituierenden Mitglieder werden von der Bertrand Russell Foundation gebeten, die Arbeit aufzunehmen. Ganz besonders betont die Foundation, daß das Tribunal nur abgehalten werden kann, wenn es in der kommenden Zeit auf breitester Ebene finanziell und praktisch unterstützt wird.

Im Juni 1977. Chris Farley

Autorisierte Übersetzung des englischen Originals

Helmut Ortner

Highdelberg

Weil ihnen das Therapie-Konzept mit einem „verwässerten Drogenbegriff“ nicht paßt, wollen Heidelbergs Stadt-Bürokraten der mit Bundesmitteln geförderten „free clinic“ die Räume nehmen

Frei von Konflikten war das Verhältnis zwischen städtischen Behörden und den „free clinic“-Leuten nie. Bereits 1975 gab es erste Auseinandersetzungen um einen Entwurf der Stadt über die Nutzungsbedingungen der Räume, der eine vorbeugende Tätigkeit mit Drogengefährdeten nicht vorsah. Gerade hierauf jedoch hatte die „free clinic“ den Schwerpunkt ihrer Arbeit gelegt. Im Herbst des gleichen Jahres wurde dann bekannt, daß die Räume der „free clinic“ in absehbarer Zeit städtischen Sanierungsinteressen zum Opfer fallen sollten. Erst ein Besuch der damaligen Bundesgesundheitsministerin Katharina Focke entkrampfte den Konflikt. Prophylaktische Tätigkeiten wurden im Mietvertrag verankert. Dennoch bestand die Stadt darauf, daß sich die weitere Arbeit des Teams im „konkreten Drogenbezug“ zu bewegen habe.

Und hier gab es äußerst unterschiedliche Definitionen. Die „free clinic“ versteht ihre Drogenarbeit so: „Als Droge kann alles verstanden werden, was Menschen ermöglicht, ihre Probleme und Unzufriedenheit zu übertünchen bzw. zu verschleiern … Drogen können sowohl Substanzen aller Art, Verhaltensweisen als auch Lebenseinstellungen sein …“ Städtischen Bürokraten mißfiel diese Definition, „denn dann“, so meinten sie verständnislos „gäbe es wohl kaum noch eine Aufgabe, die nicht von der clinic in Angriff genommen werden könnte …“

Die Heidelberger „free clinic“: Frau Focke in der „Walnuß“ (rechts)

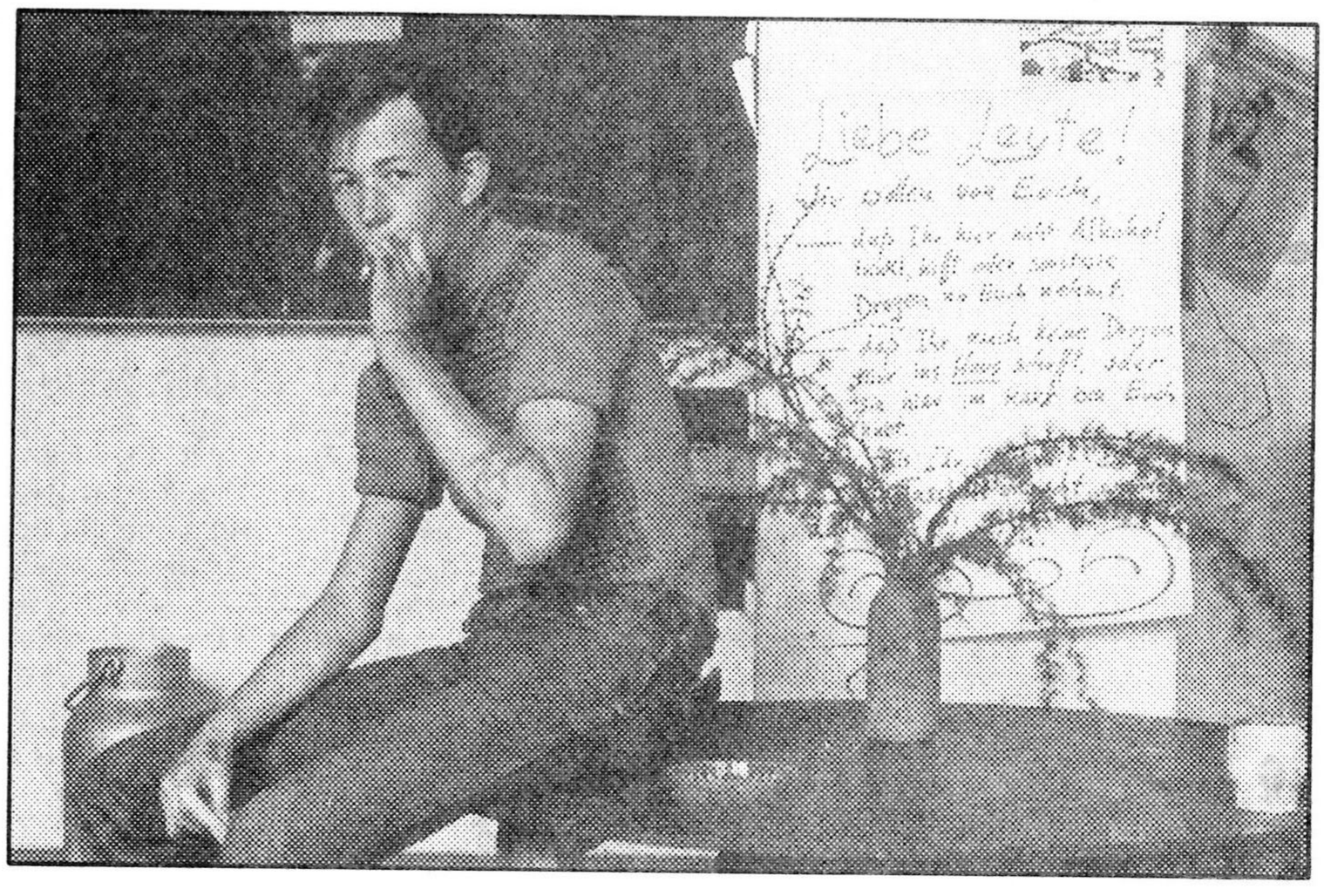
In der Tat, die Leute der „free clinic“ versuchen, mehr als nur distanzierte Hilfsstelle für Drogenabhängige zu sein. Im Gegenteil: Hier wird innerhalb eines breiten Spektrums medizinisch-psychosozialer Ambulanz versucht, schnell und unbürokratisch weiterzuhelfen. Nicht eine Arztpraxis mit Rezept- und Pillenausgabe bzw. routinemäßiger Überweisung in die nächste Psychiatrie war und ist die „free clinic“, sondern ein offenes Kommunikations- und Therapiezentrum selbstorganisierter Sozialarbeit. So gibt es neben der medizinischen Praxis und den Therapiegruppen das Kommunikationszentrum „Walnuß“, in dem sich Leute bis in den Abend hinein aufhalten, Tee trinken, lesen, spielen, Musik hören und sich über die Arbeit der clinic informieren. Außerdem wurde eine juristische Beratungsstelle geschaffen und eine Informationsstelle von Frauen für Frauen.

Doch für die Heidelberger Kommunalpolitiker und Behörden ist die „free clinic kein Partner“, denn dort wird „mit einem verwässerten Drogenbegriff“ gearbeitet, was heißen soll, nicht im Sinne der im Rathaus gängigen Definition. Von städtischen Sanierungsinteressen zudem unter Zeitdruck gesetzt, holten die verantwortlichen Stadtbürokraten jetzt zum sozialpolitischen Tiefschlag aus: Sie kündigten der „free clinic“ die Räume in der Brunnengasse. Und das gleich doppelt.

Die Stadt Heidelberg, die im Rahmen des Sozialplanes verpflichtet wäre, der „free clinic“ angemessene Ersatzräume zu beschaffen, bietet zynisch „Hilfe bei der Beschaffung von Ersatzräumen an“, macht ihre Hilfe aber zugleich abhängig von einer „einvernehmlichen Beendigung des Mietverhältnisses“ zum 31. 10. 1977. Und für den Fall, daß die „free clinic“ die Kündigung nicht akzeptiert, kündigte sie außerdem noch fristlos samt Räumungsbefehl! SPD-Oberbürgermeister Zundel sah bei alledem keinerlei politische Gründe: „Allein juristische Argumente zählen hier“, betonte er auf einer Pressekonferenz und warf den „clinic“-Leuten dauernden Vertragsbruch vor. So hätte sich die Einrichtung von der „konkreten Drogenarbeit“ immer weiter entfernt, ungesetzlich Krankmeldungen ausgeschrieben und sich weitere Verstöße zu Schulden kommen lassen, die zu nennen er bei gegebenem Anlaß bereit sei …

Die Beschränkung auf's Juristische kann OB Zundel leicht fallen. Denn den Part der öffentlichen politischen Diffamierung übernahm bereitwillig die CDU: „Wer die ‚free clinic‘ weiter unterstützt, öffnet gefährlichen ideologischen Manipulationen junger Menschen Tür und Tor“, warnte die CDU-Stadträtin Dallenbach in der Lokalpresse. Inzwischen wurde gerichtlich das Gegenteil erwiesen. Aber was und wie in der clinic gearbeitet wird, kann ja auch gerade die CDU nicht wissen: Sie ist – trotz regelmäßiger Einladungen – nie in dem Therapie-Zentrum erschienen.

Die „free clinic“, eine der anerkanntesten Einrichtungen in der Drogenarbeit und auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus bekannt, will nicht aufgeben. Bis 1978 noch aus Bundesgeldern gefördert, wollen die Mitarbeiter auch zukünftig mit ihrem „verwässerten Drogenbegriff“ für ihre Klienten da sein. Und dies waren bisher weit über 4000. ■



Gottfried Freißheim

Kürzwütig

Im NDR hacken sich leitende Redakteure Arme und Beine ab, um überleben zu dürfen

Der NDR ist mehr noch als andere Rundfunkanstalten finanziell am Ende. Und dies nicht nur weil eine Gebührenerhöhung aussteht, sondern vielmehr auch weil sich die Direktoren wie Versicherungsbosse gebärden: haben zum Beispiel automatische Jalousien vor den Fenstern, die bei jedem Wölkchen runterrattern (und anschließend wieder hoch); haben zum Beispiel inzwischen über 40 AT (außertarifliche) Verträge, womit sich die Hierarchen gegenseitig ausstatten, usw.

Aber hier soll es nicht um die Mißwirtschaft beim NDR gehen, sondern darum, wie die „Verantwortlichen“ sie lösen wollen. Im Juni ließ der Intendant einen Sparvorschlag aus dem Sack:

– Einstellung des Schulfernsehens
– Programmkürzungen im 3. Fernsehprogramm
– Streichung des schriftlichen Begleitmaterials im Schulfunk

und zur Milderung des Defizits:

– ein viertes Hörfunkprogramm als Musik- und Autofahrerwelle zum alleinigen Zweck, Werbefunk nun auch im NDR einzuführen.

Subalterne Programmfunktionäre funktionieren. So im Schulfernsehen. Die

vom Intendanten als „Rahmenvorgabe" zur Diskussion gestellten Kürzungen wurden von den Oberredakteuren im Schulfernsehen als Befehl verstanden. Die Musterschüler hacken sich Arme und Beine ab um überleben zu dürfen. Die Redaktionsleiter schlagen nämlich vor, bis zum 31. 7. 1980 sechs Millionen an Programmitteln einzusparen, d.h. bis dahin nicht mehr zu produzieren, sondern nur alte Sendungen umzuarbeiten und zu wiederholen. Die gehobenen Schulfernsehredakteure würden bei dieser Regelung ihre Posten behalten, Redakteure mit Zeitvertrag würden entlassen und die restlichen Festangestellten „woanders verwendet".

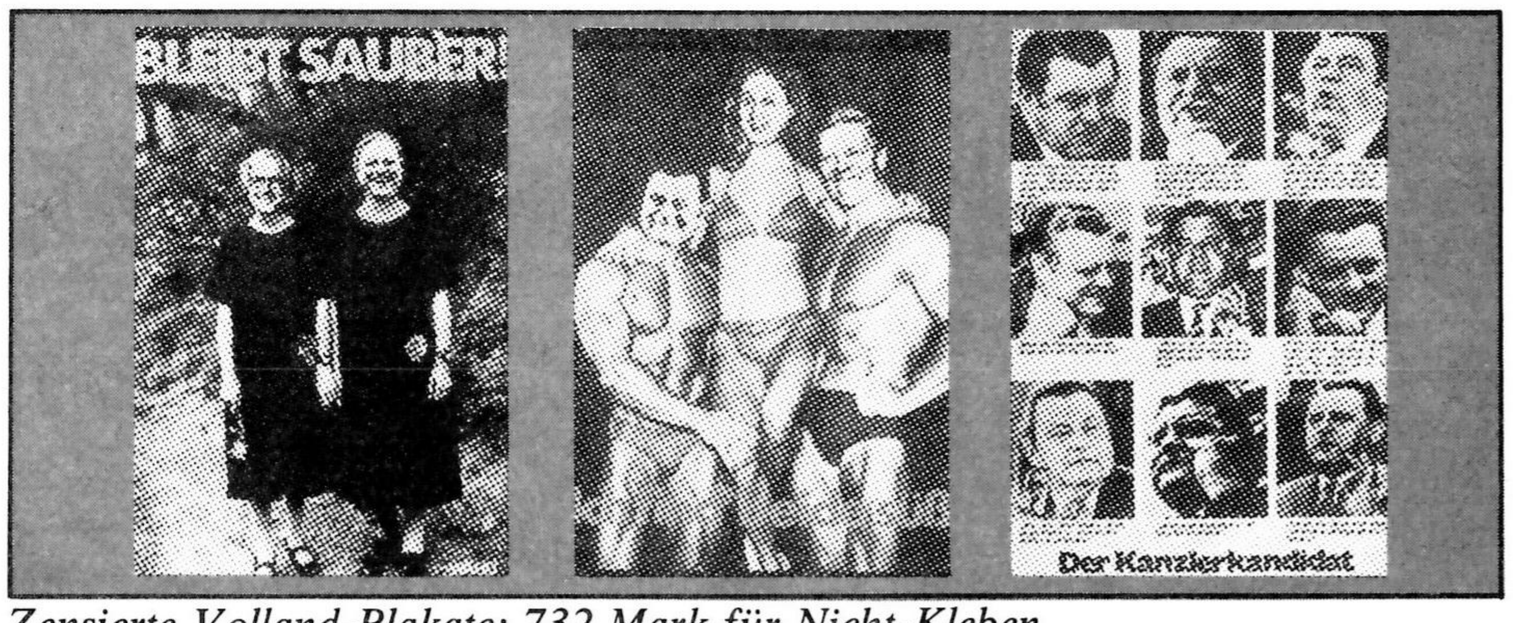
Der Hauptabteilungsleiter des Bildungs- und Kursusprogramms und zugleich Koordinator des 3. Fernsehprogramms, Klaus Schönfeld (SPD), folgt diesem Beispiel. Er bietet dem Intendanten an einzusparen: 18 Prozent des dritten Fernsehens insgesamt (ohne Schulfernsehen) und 55 Prozent des Bildungs- und Kursusprogramms. Gekürzt und gestrichen werden soll also bei praktischen Kursen, bildungspolitischen Themen, vor allem wohl aber bei Sendungen wie die von den Arbeitgebern angeprangerte Serie „Der Betriebsrat".

Diese Kürzungen brächten Einsparungen von jährlich 1,2 Millionen Mark im 3. Programm.

Zum Vergleich zwei Zahlen:
– Bis 1978 rechnet der NDR mit einem Defizit von insgesamt 233 Millionen Mark.
– Die Fernsehspielproduktion „Der Rote Platz", ein Dissidentendrama in zwei Teilen für das 1. Programm, war auf 1,7 Millionen Mark angesetzt. Im Laufe der Produktion verteuerte sich das Produkt auf 3,2 Millionen, also weit mehr als die Summe, die im 3. Programm pro Jahr eingespart werden soll.

So sind die geplanten Einsparungen wohl eher ein Friedensangebot der SPD an die CDU, die mit der Kündigung des NDR-Staatsvertrags durch Niedersachsen und Schleswig-Holsten drohte, falls die „Ursachen für die berechtigte Kritik am NDR nicht beseitigt" würden (CDU-Verwaltungsrat Werner Remmers). Und das kann man immer noch am besten mit Geld, mit nicht vorhandenem.

Anders rum geht's aber auch: In Bayern soll das dritte Fernsehprogramm zu einer vollwertigen christlich-sozialen Alternative zur „roten" ARD ausgebaut werden. Allein an zusätzlichen Programmkosten (also ohne Personalkosten etc.) sind hierfür bereits 18 Millionen Mark eingeplant. Doppelt soviel wie heute das gesamte dritte Programm des NDR kostet. Inklusive Kursusprogramm. ■



Zensierte Volland-Plakate: 732 Mark für Nicht-Kleben

Horst Tomayer

Klebe-Verbot

Weil er nicht auf dem Boden der FdKO (Klebe-Ordnung) steht, dürfen Ernst Vollands Plakate nicht an die Litfaß-Säulen der documenta-Stadt Kassel

Noch geht ab nach Kassel jeder Kunstarsch, wenn er nur heftig die Furche runzelt. Und noch kann ein engagierter Plakatemacher bei der documenta einpakken. Wie Ernst Volland. Sein documenta-Beitrag: Die „Deutsche Städtereklame" sollte an 220 Anschlagstellen in Kassels Stadtgebiet 15 Motive aus Vollands Oeuvre plazieren. Ein Kumpel in Kassel knüpfte den Kontakt zum Klebeunternehmen. Reaktion: Wird gemacht. Volland brachte die Ware zur Post. Aber kaum hatte der Kasseler Filialchef der „Städtereklame" das Paket aufgemacht, befielen ihn schwere Skrupel.

Er ruft stantepede Vollands Mitarbeiter in Westberlin an. „Ich muß die Sachen der Hauptgeschäftsstelle in Frankfurt/Main vorlegen", sagt er. Die Ober-Kleber in Frankfurt verlassen sich nicht auf ihren politischen Tastsinn und bitten die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft um Entscheidungshilfe. Wie diese Kontaktnahme beschaffen ist, bleibt im behördlichen Dunkel. Ans Licht der Öffentlichkeit dringt nur die Entscheidung: Von 15 Motiven passieren leidiglich 5 die Zensur-Schranke. Warum die andern 10 kein Litfaß aufmachen dürfen, wird nicht erklärt. Darüber hinaus verlangt die Städtereklame in punkto „Ihr Reise-Ziel" (ein Plakat, das die Folterregime Indonesien, Iran, Südafrika und Argentinien angeht) das Placet von amnesty international, die in diesem Zusammenhang auf dem Plakat zitiert wird.

Bei aller ideologischer Sandstreuerei funktioniert die Rechnungsstelle wie geschmiert: Kein Plakat klebt, aber die Rechnung geht raus: 732,60 Mark (inclusive Mehrwertsteuer). Volland läßt sich auf den Kuhhandel nicht ein. Telefonisch zieht er den Auftrag zurück. In kürzester Frist und spürbar erleichtert teilt ihm die Kasseler Städtereklame mit, daß sie den Vertragsrücktritt akzeptiert und die Rechnung storniert habe.

Was bedeutet die Maßnahme der Städtereklame über die documenta 6, deren Manager und Exponenten sich einen solidarischen Dreck um die Zensurmaßnahme geschert haben? Daß die Städtereklame, die im Bundesgebiet quasi das Plakatmonopol hat, sich als der verlängerte Arm des Staatsschutzes aufspielt, der den Leimquast nur für Nikotin-Dealer, Waschmittelfritzen und Schnapsproduzenten schwingen will – nicht aber für künstlerische Kleinunternehmer, die weder für Berufsverbot, noch für Kernkraftwerke, US-Imperialismus, Folter, und reaktionäre Politik aller drei westdeutschen „demokratischen" Parteien Reklame schieben wollen.

Wer eigentlich ist Aufsichtsratsvorsitzender in der „Deutschen Städtereklame"? Der Hesse Dregger, der Bayer Strauß, der Nordrheinwestfale Biedenkopf, der rheinlandpfälzische Kohl, der badenwürttembergische Filbinger, der Schleswigholsteiner Stoltenberg, Saarland-Roeder, der niedersächsische Albrecht? Nicht doch. Briefkopfausweislich steht der etwas abgewählte Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt für die links-allergische Klebekolonne grade. Ein Sozialdemokrat, wie? Naja.

Volland klagt übrigens. Von wegen leben und kleben lassen. ■

Zentimenter-Maß

Die Freiheit stirbt zentimeterweise. Manchmal aber schon per Meter: Die Beschlagnahme einer ganzen Wagenladung Bücher des Westberliner Oberbaumverlags am Helmstedter Transit-Zoll (darunter zum Beispiel Schriften des sozialdemokratische Historikers und Literaturwissenschaftlers Franz Mehring, 1846–1919) durch einen freiheitlich-demokratischen Amtsrichter, hat noch einmal die liberalen Gemüter dieser Republik erregt. Hier ein paar der Zentimeter, von denen kaum jemand mehr Notiz nimmt:

● In Nürnberg hat der als fortschrittlich geltende Kulturdezernent Hermann Glaser, maßgeblicher Kulturpolitiker seiner Partei, der SPD, die Aufführung des Anti-Berufsverbote-Stücks „Hansel Harlekin" durch den mobilen „Theaterwagen" der Städtischen Bühnen untersagt. Aus Glasers Verbots-Begründung: „Die Vokabel ‚Berufsverbot' ist irreführend ... im nächsten Jahr finden in Nürnberg Kommu-

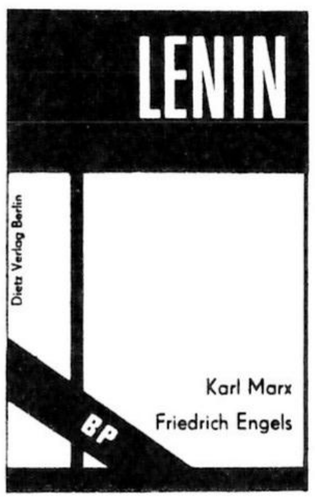
Hermann Glaser: Anlässe für Diffamierungskampagnen vermeiden

nalwahlen statt. Man wird vermeiden müssen, daß dem politischen Gegner vordergründige Anlässe für Diffamierungskampagnen gegeben werden."

● Kulturkampf auch in Wiesbaden: Nach den Kommunalwahlen, die der CDU eine eindeutige Mehrheit im Rathaus brachten, scheint sich der sozialdemokratische Kulturdezernent Bertram endlich einen alten Wunsch erfüllen zu können: den Intendanten des Wiesbadener Staatstheaters, Peter Ebert, loszuwerden. CDU und Bertram sind sich einig: Mit 100 000 Mark Abfindung soll Ebert gehen, und zwar wegen „lässiger Amtsführung, desolaten inneren Zuständen im Haus und Zulassen eines einseitigen Schauspielprogramms". Immerhin stellte sich das Ensemble trotz „lässiger Amtsführung" und „desolaten inneren Zuständen" geschlossen hinter seinen Intendanten, und immerhin steigen trotz „einseitigen Schauspielprogramms" seit zwei Jahren künstlerisches Renommé und Besucherzahlen des Theaters. Der Konflikt entstand im vergangenen Jahr mit einem Berufsverbote-Programm (mit einem Horvath-Fragment). Titel: „Die Freiheit stirbt zentimeterweise".

● Weil die CSU „in tendenziöser Weise" dargestellt und „beleidigt" werde, ließ der CSU-Bürgermeister von Gerolshofen Ende Juni eine von den Jusos im städtischen Jugendzentrum veranstaltete Staeck-Ausstellung schließen. Es war das tägliche Verbot für Klaus Staeck. In seinem „Tagebuch der Behinderungen 1976" registriert er allein für den Zeitraum zwischen dem 7. Februar und dem 8. Oktober vergangenen Jahres 112 Fälle von Ausstellungsverbot und Zensur (abgedruckt im Kunstjahrbuch 75/76, Alexander Baier-Presse, Mainz).

● Es gibt „mündige" Leser und Leser, „die nicht alle Voraussetzungen für eine Art von Literatur haben, die man nicht uneingeschränkt jedermann vorsetzen kann" – jedenfalls für die Leitung der Westberliner Amerika-Gedenk-Bibliothek, eine der



Lenin auf dem Index: Mit dem „BP"-Streifen werden Bücher gekennzeichnet, die eine „aggressive kommunistische Tendenz, die sich überwiegend oder teilweise gegen die BRD richtet", haben

größten Handbibliotheken Europas. Und zum Schutz ihrer Leser wurden dort jetzt Bücher mit „nationalsozialistischem, sozialistischem oder kommunistischem Gedankengut, deren Wirkung problematisch erscheint" (so die Dienstanweisung), mit besonderen Kennzeichnungen versehen und magaziniert (unter anderem literarische Schriften aus dem Wagenbach-Verlag). Denn: „Was die Leser nicht unmittelbar vor Augen haben, sehen sie nicht und fordern sie auch nicht über Katalog an." Und falls doch, gibt es da ja noch den „zuständigen Bibliothekar, den die Kennzeichnung daran erinnert, daß er insbesondere jugendliche Entleiher auf die Existenz anderer Literatur zu dem betreffenden Thema freundlich hinweisen soll" (Berliner Tagesspiegel). Und wenn das immer noch nichts hilft, tut's vielleicht ein Hinweis darauf, daß die Bibliothek, die der Westberliner Senatsverwaltung untersteht, die Daten des Entleihers und seiner Bücher auf Mikrofilm speichert.

● Auf Anweisung des bayerischen Kultusministeriums mußte der Hirschgraben-Verlag das gesamte, 25 Seiten umfassende Kapitel „Arbeitswelt" aus einem Arbeitsbuch für den Deutschunterricht entfernen lassen. Beanstandet wurde vor allem die Wallraff-Reportage „Am Fließband" und die Gegenüberstellung eines Flick-Nachrufs aus der FAZ mit einem KONKRET-Beitrag über denselben Herrn. Und dabei kamen wohl Flick und FAZ nicht besonders gut weg.

☆ Aus unserem Programm:

Deutsche Erstveröffentlichung
Karl Marx
Die Geschichte der Geheimdiplomatie im 18. Jahrhundert
Mit Kommentaren von Rabehl und Rjasanov
244 Seiten, DM 19,80

Lateinamerika
Analysen und Berichte 1
Zur kapitalistischen Entwicklung und politischen Repression
Hrsg.: Bennholdt-Thomsen, Evers, Meschkat, Müller-Plantenberg, Olle, Schöller
320 Seiten, DM 24.80

Richard Müller
Geschichte der deutschen Revolution
Band 1, Vom Kaiserreich zur Republik
220 Seiten DM 8.80
Band 2, Die Novemberrevolution
296 Seiten DM 12.80
Band 3, Der Bürgerkrieg in Deutschland
260 Seiten DM 9.80

Kritik der politischen Ökonomie
Nr. 13 Italien
Beiträge von Krippendorff, Flores, Moretti, Claudin, Wolter
Einfachheft DM 6,–; Doppelheft DM 9,–;
Abo, 4 Nrn. incl. Porto DM 21,–

olle&wolter
Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50-Pf-Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

IMSF-Informationsbericht 29
Zum Ausbau des staatlichen Repressionsapparates seit Ende der sechziger Jahre
Ca. 100 Seiten, 17 x 24 cm, DM 6,–
Auslieferung Anfang Juli 1977
Verfaßt von Joachim Blau

Aus dem Inhalt:

I. **Einleitung**
Zu den Ursachen wachsender Bedeutung des staatlichen Gewaltapparates in den sozialen Auseinandersetzungen und die Kontinuität seines Ausbaus unter den sozialliberalen Regierungen seit Verabschiedung der Notstandsgesetze

II. **Der Ausbau des Repressionsapparates**
1. Der Überwachungs- und Bespitzelungsapparat (Verfassungsschutz/ Bundeskriminalamt Politische Polizei / Militärischer Abschirmdienst / Bundesnachrichtendienst u. a.)
2. Politische Justiz (Berufsverbote/ Politisches Strafrecht/ Einschränkung von Verteidigerrechten u. ä.)
3. Polizei- und paramilitärischer Apparat (Polizei / Bundesgrenzschutz/Eliteeinheiten bei Polizei und BGS/Werkschutz/Bundeswehr)

III. **Statistischer Anhang**
Statistische Daten über die personelle und materielle Ausstattung der behandelten Staatsorgane

IMSF Institut für Marxistische Studien u. Forschungen, Liebigstraße 6 6000 Frankfurt a. M. 1

Deutscher Film

Henryk M. Broder

Sackgasse oder Scheideweg

... oder beides: Nach dem kurzen aber zumindest finanziell erfolgreichen Scheide-Weg der Sexfilm-Produktion steckt die Filmindustrie jetzt endgültig in der Sackgasse – reingetrieben von einer verkorksten staatlichen Filmförderung, von Regisseuren, die Langeweile zum ästhetischen Prinzip erhoben, von Abschreibungs-Spekulanten. Folge: Faßbinder zum Beispiel geht nach Amerika, und in der einzigen ernstzunehmenden deutschen Verleih-Firma, dem Filmverlag der Autoren, läßt Rudolf Augstein jetzt Filme „wie Margarine" verkaufen

Immer weniger deutsche Filme spielen vor immer weniger Zuschauern immer weniger Geld ein. Der Marktanteil deutscher Filme fiel von 48 Prozent im Jahre 1956 auf knappe 10 Prozent im vergangenen Jahr, im selben Zeitraum ging die Zahl der Kinogänger von 820 auf 120 Millionen jährlich zurück, die Zahl der Kinos von 7000 auf 3000. Noch 1970 kamen 125 neue deutsche Filme ins Kino, 1976 waren es nur noch 60. Deutscher Film und deutsche Filmwirtschaft: eine Katastrophe.

Aber jede Katastrophe erzeugt ihre eigenen Mythen über die Zeit vor der Katastrophe. Zu den Mythen, die jetzt auf dem Tiefpunkt der Krise unter den Filmproduzenten gehandelt werden, gehört auch die Falschmeldung, „früher" sei die Filmwirtschaft gesund gewesen. Wobei mit „früher" die 50er und frühen 60er Jahre gemeint sind, jene an Nachholbedürfnissen reiche Zeit, in der alles, was auf den Markt kam, seine Kunden fand: Nierentische, Petticoats, Hula-Hoop-Reifen und eben auch: deutsche Filme. Tatsächlich haben die deutschen Filmproduzenten schon immer an finanzieller Anämie gelitten, nur war das nicht so stark aufgefallen.

Während des Dritten Reiches wurde die Produktion von Filmen aus einsichtigen Gründen vom Staat gefördert. Nach dem Kriege betätigten sich die Verleiher, deren Aufgabe es eigentlich sein sollte, die Filme in die Kinos zu bringen, als Finanziers der Produzenten. Sie streckten 70 bis 80 Prozent der Produktionskosten vor und hatten so einen entsprechenden Einfluß darauf, was produziert wurde. Die „Produzenten" waren nur die Ausführenden für die geldgebenden Verleiher.

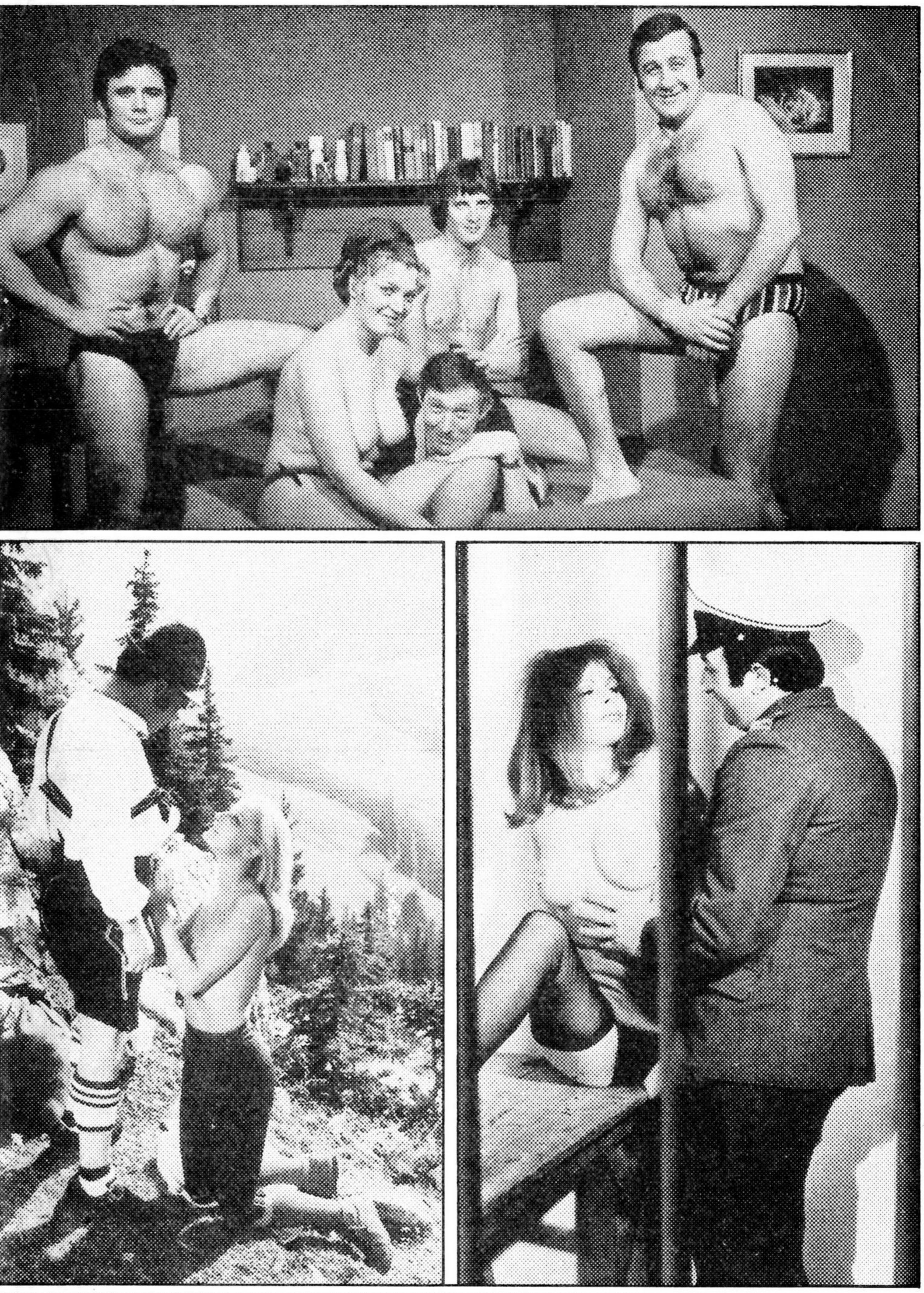
Es gab noch ein anderes Handikap. Die Kulturpolitik der Nationalsozialisten hatte einen Kahlschlag bewirkt, der auch im Film mit dem Ende des Dritten Reiches nicht ausgeheilt war. Viele Schauspieler, Autoren, Regisseure, Produzenten, die den Nazis nicht genehm waren, mußten emigrieren. Nach dem Kriege fehlten dann die größten Talente und das Ausland wollte vom deutschen Film, der mit dem Ruch eines nazistischen Propagandainstruments behaftet war, nichts wissen. So blieb der Filmwirtschaft nichts anderes übrig, als mit den Kräften, die geblieben waren, die Filme zu produzieren, die allein auf dem deutschen Markt abzusetzen waren. Entsprechend waren die Folgen:

Die deutsche Filmwirtschaft hat nach dem Krieg keinen einzigen Thriller wie „Lohn der Angst", keinen einzigen Krimi wie „Der dritte Mann", keine einzige Komödie wie „Manche mögens heiß" zustande gebracht. Eine Mischung aus Banalität, Sentimentalität und Landser-Humor wurde über mehr als 20 Jahre und über alle Genres hinweg zum Kennzeichen des deutschen Films – Provinzmief als Qualtitätsnachweis.

Nach Goldgräberart steckten die Produzenten und Regisseure ihre Claims jeweils dort ab, wo sie eine Chance witterten. Franz Marischka, Regisseur: „Wir haben es nicht mal so bewußt getan, der Filmschaffende schnuppert so was oder sollte es schnuppern, sollte es riechen, was ist momentan drin, was ist da? So wie sie zusammensitzen und plötzlich sagt einer: Karl May. Und der andere sagt: entsetzlich. Dann kommt keine Karl-May-Welle. Wenn aber einer sagt: Was wäre mit Karl May? und der andere sagt: Mein Traum! So wars."

So entstanden die „Wellen" im deutschen Film. Aus einem Einfall wurde gleich

Film-Erfolge Försterschnulzen und Schnulzenschnulzen



Film-Erfolge Lederhosen-, Schulmädchen-, Krankenschwestern- und Kumpel-Reports: Goldene Leinwand nur unterm Tisch vergeben

eine Serie. Anfangs ging das noch recht einfach. Weiter Erfolgsregisseur Marischka: „Ich bin auch einer der Erfinder des Schlagerfilms. In den 60er Jahren gab es ein Publikum, das nicht zum Fernsehen abgewandert ist: die Teenager. Die sind in Schlagerkonzerte gegangen, damals Greger, Hazy Osterwald usw. Ich hab mir dieses Publikum angeschaut und war erschüttert, wie dankbar es war. Wenn Freddy Brock die Trompete falsch an den Mund gesetzt hat oder an die Nase, haben die gequietscht, geschrien und geklatscht. Und ich hab mir gesagt: Mensch, für die werd ich Filme machen und machte Schlagerfilme. Es wurden Millionenerfolge. Mich hats gelangweilt nach drei Filmen."

Im Laufe der Jahre wurde das deutsche Publikum zwar nicht anspruchsvoller, aber eine verkehrt herum angesetzte Trompete vermochte kaum noch jemand ins Kino zu locken. Auch „Die Lümmel von der letzten Bank" wurden älter, „Tante Trude aus Buxtehude" kam in die Wechseljahre und der edle „Winnetou" brach sich bei seinem xten Sturz vom Pferd endgültig das Genick. Da spielten die Filmschaffenden ihre letzte große Trumpfkarte aus.

Marischka: „Was ist es? Nehmen wir mal an, Sie sitzen zu Hause beim Fernsehen, haben ihre Hose aufgeknöpft, damit ihr Bauch besser atmet, in der Linken haben Sie ein Bier, in der Rechten eine Zigarette, die Füße haben Sie am Tisch und mit der großen Zehe stellen Sie den Knopf ein, und es kommt ein Mann wie ich und sagt: So, Zigarette weg, Bier weg, Hose zugeknöpft, Schuhe anziehen, mit mir kommen, Auto, parken können Sie nicht, trotzdem, regnen tuts auch und hinein ins Kino, und jetzt will ich 7,50 Mark für all das. Was muß ich alles tun, damit Sie das machen? Was muß ich tun, um Sie wegzukriegen, von einem Hitchcock, einem Fußballmatch, einer politischen Diskussion, einer Oper? Nackte Mädchen muß ich Ihnen zeigen. Denn nackte Mädchen sieht bekanntlich jeder gern, auch Schwule sehen nackte Mädchen gern, auch Frauen. Das war im Fernsehen damals doch nicht gang und gäbe. Nackte Mädchen gabs nur bei uns, sehr appetitliche, dazu boten wir auch noch Unterhaltung, teilweise Lederhosengaudi, teilweise Kumpelhumor. In diese Marktlücke sind wir reingestoßen und hatten die letzten großen sensationellen Kinoerfolge, sehr ungern gesehen von der Filmbranche. Die Goldene Leinwand haben sie uns immer unterm Tisch gegeben, es war ihnen furchtbar peinlich ..."

In der Zeit von 1968 bis 1974 bestand etwa die Hälfte der deutschen Filmproduktion aus Sexfilmen. Die Sexfilmkonjunktur verschaffte der siechen Filmwirtschaft ihre letzte brauchbare Erektion, sie ließ die Zahl der Produktionen steigen und erweckte den Eindruck einer allgemeinen Prosperität. Tatsächlich waren die – beim Publikum erfolgreichen – Kumpel-, Dirndl-, Lederhosen-, Hausfrauen- und Schulmädchenaffären nur so etwas wie ein Strohfeuer in der Nacht. Bald wurde es wieder duster. Eine von der Filmförderungsanstalt erarbeitete Studie über den deutschen Filmmarkt belegt anhand von Titellisten und Produktionszahlen, daß die Abnahme der Gesamtproduktion aus-

schließlich auf den Rückgang der Sexfilme zurückzuführen ist.

Daß in dieser Situation seit zwei, drei Jahren dennoch von einer Wiedergeburt des deutschen Films gesprochen wird, gehört zu den Merkwürdigkeiten und Widersprüchen eines Gewerbes, das – wenn es *nur* nach Logik und Kalkül ginge – gar nicht mehr existieren dürfte.

Die Grundlage, auf der die neuen Regisseure, auch Filmemacher genannt, versuchen, den deutschen Film zu rehabilitieren, ist das novellierte Filmförderungsgesetz von 1974. Damals wurde zusätzlich zu der schon praktizierten automatischen Förderung – Produzenten von Filmen, die ein bestimmtes Mindesteinspiel erzielen, bekommen Grundbeträge für weitere Filme – die sogenannte Projektförderung eingeführt. Filmvorhaben, die geeignet erscheinen, „die Qualität und die Wirtschaftlichkeit des deutschen Films zu verbessern", erhalten bedingt rückzahlbare Darlehen bis zu 700 000 Mark. Über die Förderungswürdigkeit der Vorhaben entscheidet eine aus Vertretern der Filmwirtschaft und unabhängigen Fachleuten zusammengesetzte „Projektkommission".

Das Geld, das von der Filmförderungsanstalt verteilt wird, kommt aus der Filmwirtschaft selbst. Von jeder verkauften Kinokarte werden 15 Pfennige in den Topf der Berliner Anstalt abgeführt. Das macht im Jahr etwa 20 Millionen Mark, was sich nach viel anhört, im internationalen Vergleich aber wenig ist. Der gesamte Etat der Filmförderungsanstalt würde grade reichen, um *einen* internationalen Film der gehobenen Klasse herzustellen oder nur die Gagen der Schauspieler im „Flammenden Inferno" zu bezahlen. Für deutsche Verhältnisse allerdings sind die Produktionshilfen der Filmförderungsanstalt, die nur im Falle von Gewinnen zurückgezahlt werden müssen, schon erhebliche Summen, zumal sich die Filmproduzenten noch aus einer anderen Quelle bedienen können.

Parallel zum neuen Filmförderungsgesetz wurde das sogenannte Film-Fernseh-Abkommen geschlossen. Darin verpflichten sich die ARD und das ZDF im Laufe von 5 Jahren insgesamt 34 Mio. Mark – also knapp 7 Mio. jährlich – für Coproduktionen von Filmen auszugeben, die erst nach einer zweijährigen Kinoauswertung im Fernsehen gezeigt werden sollen. Und es gibt noch einen dritten Geldgeber, der Filme mitfinanziert – das Bundesinnenministerium, das alljährlich einige Prämien und Preise vergibt. So hat ein geschickter Filmproduzent die Möglichkeit, Gelder zu kumulieren und mit relativ wenig Eigenkapital einen Film zu finanzieren. Wie etwa Heiner Angermeyer:

„Mir ist es immer gelungen, die Filme zu produzieren, die ich machen wollte und hab auch immer das Geld dafür aufgetrieben, ganz gleich woher. Mir ist auch gleich gewesen, wo ich es herbekommen habe, ich hab es immer dort genommen, wo man es mir gegeben hat und hab es immer in das Projekt investiert und im Querschnitt hab

Alfred Andersch

Räte, Kommissionen und „Förderungs"-Anstalten ersticken das Kino

In unserer Gesellschaft, in unserem Lande tritt die Einschränkung der Freiheit nicht als offene Zensur, als dumme, leicht zu erkennende Repression in Erscheinung, sondern im Gewande der Bürokratie und mit der Technik der Institutionen. Irgendetwas, ich weiß nicht was, treibt unsere Gesellschaft an, allem Spontanen, allem Schöpferischen mit Einrichtungen zu begegnen, in denen es aufgefangen, kanalisiert werden soll und entschärft und getrübt wird. Nach dem Orwell'schen Modell treten alle diese Installationen natürlich nicht als das auf, was sie sind, nämlich Vorrichtungen zur Eindämmung des Strahlungskernes von Kunst, sondern in den Masken von Hilfe, Unterstützung, Förderung.

Aber alle diese Räte und Kommissionen können keinen Augenblick lang verheimlichen, daß sie, durch ihre Existenz allein, dazu da sind, sich einzumischen, nicht zu beraten, sondern abzuraten, nicht zu fördern, sondern zu verhindern.

Ich will die Absurdität unserer Zustände an einem Beispiel zeigen. Bücherschreiber haben es in dieser Hinsicht ein wenig besser als Filmemacher. Aber gerade das Groteske der Situation der Filmemacher kann ich am besten deutlich machen, wenn ich mir vorstelle, Bücherschreiber wären von den gleichen „Förderungs"-Mechanismen abhängig wie sie, müßten also ihre Entwürfe, Ideen und Projekte einer Kommission aus, sagen wir, Verlegern und Verlagslektoren einreichen, die befugt wäre, darüber zu entscheiden, ob sie realisiert werden dürfen oder nicht. Dahin ist es bei uns vorläufig noch nicht gekommen; nicht vorstellbar wäre, was aus der Literatur würde, würden sich Schriftsteller einem solchen Prinzip unterwerfen.

Ich höre schon den Einwand: aber wir verwalten doch bloß die Mittel, die Sie instandsetzen sollen, Ihre Filme zu machen. Aber das ist nicht wahr. Die Film-Förderungs-Kommission beispielsweise, – ich nenne sie hier einmal beim Namen, könnte aber ebensogut von all den anderen Institutionen sprechen, welche die Gesellschaft geschaffen hat, um Freiheit einzuschränken, von Rundfunk- und Fernseh-Räten etwa –, die Film-Förderungs-Kommission verwaltet nicht Mittel, sondern sie gibt ästhetische Werturteile ab. Ich habe sie gelesen. Inwieweit es sich bei diesen Werturteilen nicht um ästhetische, sondern um politische handelt, will ich nicht untersuchen. Mir liegt nur daran, festzuhalten, daß die Kommission sich anmaßt, Form und Inhalt von Projekten zu beurteilen und danach über die Vergabe von Mitteln zu entscheiden. Und wir haben uns schon so sehr an dieses System gewöhnt, daß wir es als unabänderlich hinnehmen.

Was wäre denn das Natürliche, das Selbstverständliche? Daß ein ausgewiesener Regisseur sagen könnte: ich will einen neuen Film machen. Das müßte genügen. Statt dessen haben wir den Zustand, daß ausgewiesene Regisseure, Menschen, die längst bewiesen haben, daß sie hervorragende Filme machen können, sich einer erniedrigenden Prozedur des Einreichens von Drehbüchern, des Erklärens von Absichten, der frustrierenden Selbst-Interpretation und des Antichambrierens unterziehen müssen, und daß viele von ihnen abgewiesen werden, und zwar nicht mit der einfachen Begründung: wir haben kein Geld mehr, – daß wäre verständlich, könnte ohne weiteres akzeptiert werden –, sondern mit blödsinnigen Urteilen über filmischen Wert oder Unwert.

Wenn, wie es heute der Fall ist, nichts mehr geht ohne die Institutionen, die sie vertreten, wenn wir also, um das Ding beim Namen zu nennen, inmitten einer kapitalistischen Wirtschaft eine verstaatlichte Filmproduktion haben, dann scheint mir der Weg, den die Reform der Zustände gehen müßte, klar zu sein. Der Staat müßte dann nicht die Produktion finanzieren, sondern mit den öffentlichen Geldern, die er in seinem Budget dafür einsetzt, den Distributionsapparat, ein Verteiler-System, welches den Filme-Machern erlaubt, ihre Pläne ohne Rücksicht auf eingebildete und längst überholte Fetische der Rentabilität zu realisieren. Nicht die Erzähler hätte er zu kontrollieren, sondern die Kinos, in denen sie erzählen sollen. Frei. Unkontrolliert, das, was sie erzählen wollen.

Andeutungen. Ich bin kein Kulturkritiker oder Staatstheoretiker. Ich bin bloß ein Erzähler. Als Autor betrifft mich das Schicksal des Films – der Film ist eine Form der Erzählung, vielleicht seine wichtigste. Als Autor bedrücken mich die Verhältnisse, denen er heute abgerungen werden muß. Sie schreien geradezu nach Veränderung. Von dem abgründigsten Erzähler unserer Zeit leiten wir das Wort her, das sie kennzeichnet. Sie sind, darüber kann es keinen Zweifel geben, kafkaesk.

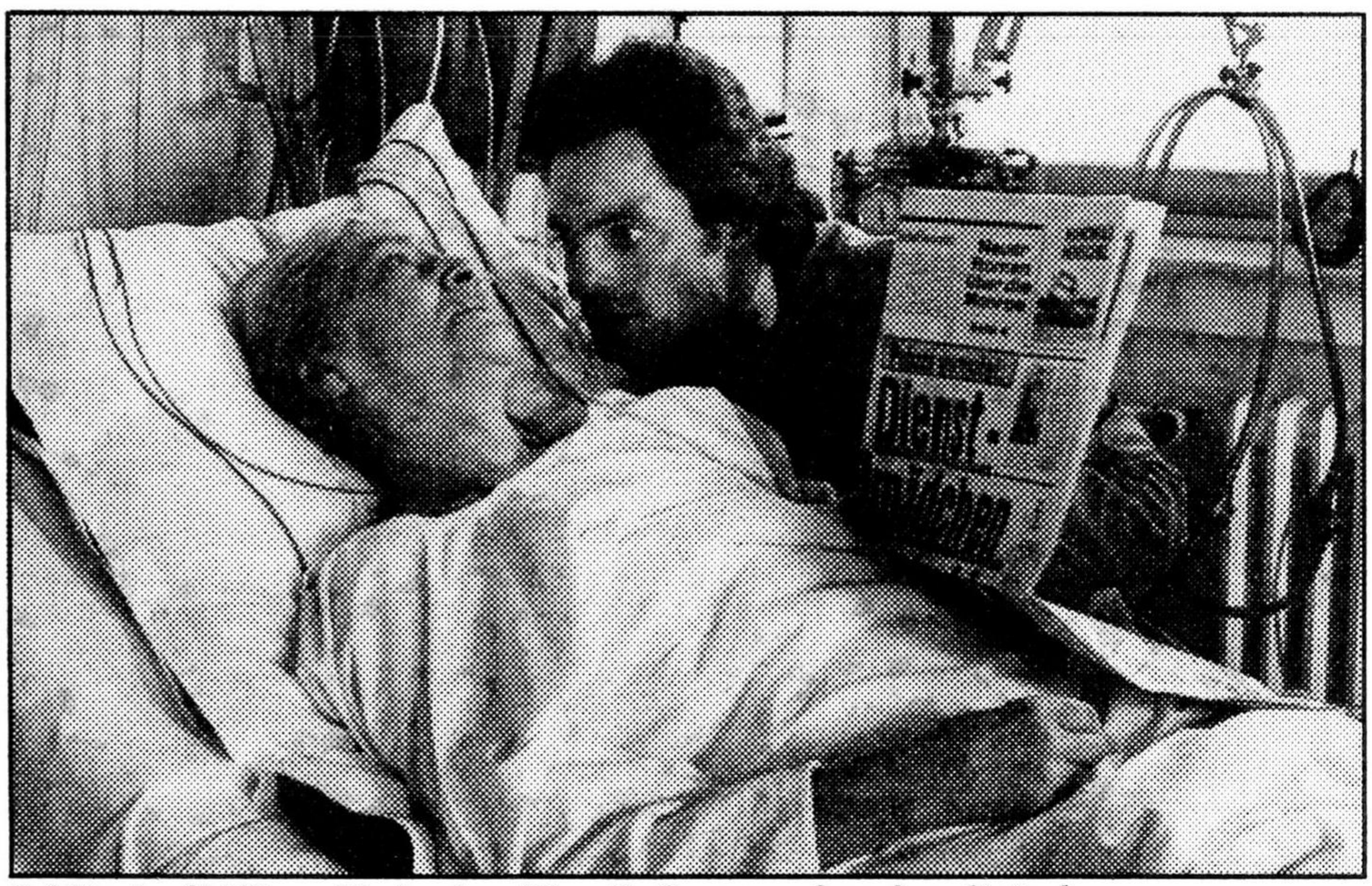
ich Erfolg gehabt, sowohl wirtschaftlich wie auch künstlerisch."

Heiner Angermeyer hat zum Beispiel „Berlinger" produziert. Der Film hat 1,7 Millionen Mark gekostet. Das ZDF beteiligte sich mit 700 000 Mark, das Bundesinnenministerium gab eine Prämie über 300 000 Mark, die Projektkommission ein Darlehen über 300 000 Mark. Von 1,7 Millionen Mark Produktionskosten waren also 1,3 Millionen schon gesichert. Der Verleih streckte weitere 150 000 vor, so daß der Produzent nur noch 250 000 Mark, also knapp 15 Prozent der Gesamtkosten, selbst aufbringen mußte.

Aber Hollywood-Standard läßt sich so natürlich nicht erreichen – und seien die deutschen Macher noch so geschickt. Wehmütig erzählt Franz Marischka: „Ich stand mal in Berlin vor der sogenannten Vorführung, wo wir uns am Abend immer unsere sogenannten Muster anschauen, was wir am Tag vorher gedreht haben und mußte warten, denn vor mir war niemand geringerer drin als Billy Wilder. Endlich ging die Tür auf und Billy Wilder kam heraus mit seiner ganzen Crew und ging an mir vorbei, ich hab ihn später erst kennengelernt, er hat also von mir keine Notiz genommen. Und als er ungefähr in meiner Höhe stand, da hat er einen Satz gesagt, einen einzigen Satz, er hat sich rumgewendet zu seiner Mannschaft und hat gesagt: We repeat the entire week. Wir wiederholen die ganze Woche. Und dann ging er weiter. Ich stand da und hab gesagt: Einmal möcht ich diesen Satz sprechen dürfen. Dann bin ich ein Regisseur. Ich wiederhole die ganze Woche. Er hat sich seinen ganzen Mist angeschaut, hat alles weggeschmissen, hat sich eine neue Crew kommen lassen, und er hat alles noch einmal gemacht. So dreht man Filme. Der Mann hatte Geld, der Mann hatte Zeit. Wenn mir das passierte und ich würde so einen Satz sagen – was meinen Sie, wie oft ich die ganze Woche wegschmeißen möchte, was ich gedreht hab? Meinen Sie, wir sehen das nicht? Wir machen Konzessionen, wir drücken die Augen zu und sagen: Na, so arg ist es schon nicht, es wird schon gefallen ..."

*

Es gibt zur Zeit zwei Arten von Filmen in Deutschland: Auf der einen Seite die frei finanzierten preiswerten Versuche, anspruchslose Unterhaltungsfilme herzustellen („Jack the Ripper", „Was treibt die Maus im Badehaus?"), die nur in Ausnahmefällen mehr als ihre Produktionskosten einspielen; und auf der anderen Seite die



Schlöndorff-Film „Katharina Blum": Spannend und realistisch und eine Million Besucher

Wenders-Film „Im Lauf der Zeit": „Hohl wie das Holzbein eines Penners" und ein Flop

Edgar Hilsenrath „Der Nazi & der Friseur". Roman. Linson mit Schutzumschlag. 424 Seiten. DM 28,— ISBN 3-88097-058-0

Edgar Hilsenrath

Der Nazi & der Friseur

Roman

Braun

Edgar Hilsenrath beschreibt den Lebenslauf des Deutschen Max Schulz — Sohn der arischen Nutte Minna Schulz —, der mit dem Juden Itzig Finkelstein heranwächst und bei Finkelsteins Vater das Friseurhandwerk erlernt. 1933 tritt Max Schulz in die SA ein und wechselt schließlich zur SS, wo er im KZ Laubwalde eingesetzt zum Massenmörder wird.
Nach dem Kriege nimmt Max Schulz die Identität seines toten ehemaligen Freundes Itzig Finkelstein an und taucht schließlich als hirngeschädigter ehemaliger KZ-Insasse in Israel unter. Hier betätigt er sich als Untergrundkämpfer und übernimmt schließlich einen Friseursalon. Er heiratet und wird ein angesehener israelischer Bürger. Er stirbt 1968 unter Gewissensqualen an Herzversagen. Er zerbricht an der Tatsache, daß seine Massenmorde nicht sühnbar und deshalb niemals verzeihbar sind.

Literarischer Verlag
Helmut Braun KG

Dünnwalder
Mauspfad 390
5000 Köln 80
Telefon 0221-601457

mit Subventionen und Fernsehgeldern finanzierten relativ teuren anspruchsvollen Filme („Katharina Blum", „Sommergäste"), die auch nur in Ausnahmefällen mehr als ihre Produktionskosten einspielen. Und zudem meist schlicht langweilig sind.

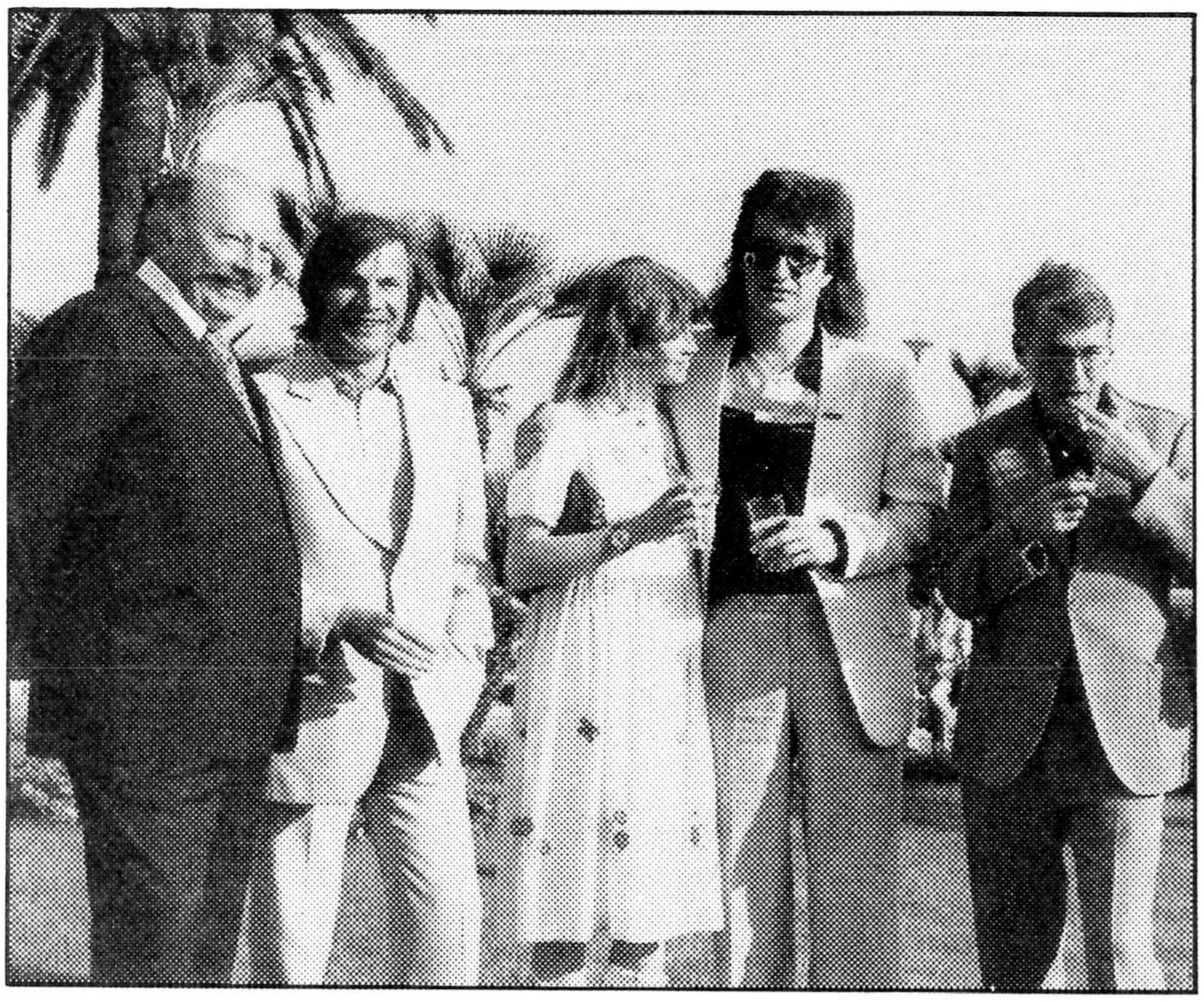
Über den von Cineasten gefeierten Film „Im Laufe der Zeit" von Wim Wenders schrieb die International Herald Tribune: „Ein weiteres Exemplar des neuen deutschen Films, der offenbar ein Gelübde abgelegt hat, unbedingt dumpf und öde zu sein. Dieser teutonische Essay ist so hohl wie das Holzbein eines Penners."

Daß mit solchen Filmen die Amerikanisierung unserer Kino-Landschaft nicht aufzuhalten ist, wundert höchstens ihre Macher. Die Hälfte des gesamten Kino-Umsatzes streichen heute schon die vier großen US-Verleihfirmen auf dem deutschen Markt ein: CIC, United Artists, Warner Columbia und Centfox. 1975 kamen 323 neue Filme in die Kinos, davon 58 aus der deutschen Produktion und 84 aus der amerikanischen.

Der kassenstärkste Film der letzten Jahre überhaupt, „Der weiße Hai", zog in zehn Monaten 8,5 Millionen Besucher ins Kino. „Das Kuckucksnest" und „Frankenstein jr." schauten sich in einem Jahr je drei Millionen Besucher an. „Das Erdbeben" erlebten 2,5 Millionen zahlende Gäste in 18 Monaten. Zum Vergleich: Der erfolgreichste deutsche Film seit den Tagen, da die Goldene Leinwand an den Schulmädchenreport verliehen wurde, „Die verlorene Ehre der Katharina Blum", kam in einem Jahr auf eine Million Besucher. Je größer der Anteil der US-Filme am Einspielergebnis, je aufwendiger die Produktionen und je spektakulärer die Präsentationen, desto flehentlicher wird nach dem *deutschen* Film im *deutschen* Verleih gerufen.

Natürlich gibt es auch noch bundesdeutsche Verleih-Firmen auf dem bundesdeutschen Markt. Aber außer dem Gemischtwaren-Laden Constantin verleihen sie entweder nur ausländische Filme oder spielen mit ihren Mini-Umsätzen keine Rolle. Die einzige Ausnahme unter den deutschen Verleihern, was die Qualität und die Homogenität des Programms angeht, ist der Filmverlag der Autoren, eine Spezialitätenboutique für ein kleines aber feines Publikum. Drei- bis vierhundert Kinos, meistens kleinere, auf anspruchsvolle Filme spezialisierte Häuser in Groß- und Universitätsstädten, spielen die Filme von Fassbinder, Wenders, Geissendörfer, Herzog, Bohm, Schamoni, Kluge, Vogeler und anderen Regisseuren aus dem Hause „Neuer deutscher Film". Der Filmverlag wurde 1970 als eine Art Selbsthilfe-Apparat von Filmemachern gegründet, die von den großen Verleihern nicht angenommen wurden bzw. mit ihren – nach herkömmlichen Maßstäben – wenig publikumsfreundlichen Filmen gar nicht hinwollten.

Die meisten Filme, die der Filmverlag herausbringt, werden mit fünf Kopien, d. h. in fünf Städten gestartet. Das hält die Kosten gering, bedeutet aber eine längere



Betriebsausflug in Cannes: der Filmverlag der Autoren mit Gast. Das ist ein Jahr her, und so einträchtig kommen sie nie wieder zusammen. Von rechts: Alexander Kluge, Wim Wenders (mit Lisa Kreuzer) und Laurenz Straub, der als Geschäftsführer des Filmverlags inzwischen von Wenders und seinen Mitgesellschaftern gefeuert wurde. Der Herr ganz links ist Gyula Trebitsch, der bundesdeutsche Mini-Tycoon und Springer-Freund vom „Studio Hamburg". Er sitzt seit kurzem auf Alexander Kluges Stuhl im Präsidium der Film-Förderungs-Anstalt, den Kluge eigentlich für Volker Schlöndorff freigemacht hatte.

Auswertungszeit, weil die Kopien dann „wandern". Die Vorkosten pro Film liegen meist um 700 000 Mark. Verglichen mit den Aufwendungen der großen Verleiher ist das ein Klacks. Freilich, der relativ kleine Umsatz – 1976 waren es drei Millionen Mark – und die relativ geringen Kosten haben auch den Filmverlag vor Schulden nicht bewahrt.

Zwei Flops im vergangenen Jahr haben die Situation zusätzlich zugespitzt. Der Wim-Wenders-Film „Im Laufe der Zeit" spielte gerade eben seine Vorkosten ein, „Der Fangschuß" von Volker Schlöndorff, vom Filmverlag mit großen Hoffnungen, einem außergewöhnlichen Aufwand und 200 000 Mark Vorkosten gestartet, brachte dem Verleih magere 120 000 Mark ein.

Die sieben Filmverlag-Gesellschafter – Hark Bohm, Uwe Brandner, R. W. Fassbinder, Michael Fengler, Hans Geissendörfer, Hans Noever und Wim Wenders – entließen daraufhin nacheinander ihre beiden Geschäftsführer Laurens Straub und Veit von Fürstenberg. Unter den zerstrittenen Gesellschaftern brach ein Kleinkrieg über die richtige Programm- und Finanzpolitik aus.

Ende 1976 sah es so aus, als wäre der Filmverlag am Ende. Die Rettung für die Münchener Firma kam aus dem hohen Norden: Rudolf Augstein, Herausgeber des „Spiegels", wurde im Februar dieses Jahres mit 55 Prozent Anteil Mehrheitsgesellschafter des Filmverlags, um, wie es in einer offiziellen Erklärung hieß, „die unmittelbar drohenden Konsequenzen aus der Überschuldung dieser für den neuen deutschen Film unentbehrlichen Institution abzuwenden". Sprich: die Pleite. Augstein soll rund eine Million locker gemacht haben. Über die Gründe gibt es nur Spekulationen. Ist es Interesse an Filmrechten für ein von den Verlegern betriebenes privates Fernsehen? Ist es ein günstiges Abschreibungsgeschäft? Oder ist es reines Mäzenatentum ohne Geschäftsinteresse? Augstein selbst versteht sich als Helfer auf Zeit, er will versuchen, dem Filmverlag „so lange Kredit und Stabilität zu sichern, bis der Gesetzgeber in Bund und Ländern seine Mitverantwortung nicht nur für die Herstellung, sondern auch für den Vertrieb des deutschen Qualitätsfilms erkannt und anerkannt haben wird".

Und dafür wird der Filmverlag nun von Matthias Ginsberg gemanagt, einem Augstein-Vertrauten, der bislang nichts mit Filmen zu tun hatte. Der 27jährige „dynamische Unternehmensberater" hat bereits ein Sanierungskonzept: Er will Filme „wie Margarine" verkaufen.

Er scheint von Wolf C. Hartwig gelernt zu haben, dem Produzenten der „Schulmädchenreports" und von „Steiner", dem mit 15 Millionen Mark teuersten Film, der je von einem deutschen Produzenten gemacht wurde: „Mein Erfolgsrezept ist ganz einfach. Ich betrachte den Film nicht als ein Kulturobjekt, sondern als eine Ware, die man herstellt, wie ein Fabrikant eine Ware herstellt, ob es Butter ist oder Stahl. Eine Ware, die eine Mark kostet, muß 1,10 Mark bringen, sonst hat sie keine Berechtigung, produziert zu werden. Und das muß sich endlich auch mal in Deutschland rumsprechen, so wie in der ganzen Welt, daß Film ein Wirtschaftsartikel ist und sonst geht es nicht." ■

Gerhard Zwerenz.

Falsche Stoffe

Plädoyer für den American Way of Filming

In KONKRET bespricht Henryk M. Broder den amerikanischen Film „Network": „... technisch perfekt und im besten Sinne unterhaltend, mit einer politischen Moral, aber nicht moralisierend, lehrreich, aber nicht belehrend." Und ich lese da weiter: „Für Filme wie ‚Der Strohmann', ‚Kuckucksnest', ‚Nashville' oder ‚Die Unbestechlichen' gibt es in der deutschen Produktion kein Gegenstück."

Ich frage: warum nicht. Der Film darf ebensowenig wie das Theater und die Literatur die zentralen Fragen einer Gesellschaft ausklammern. Wir aber klammern aus. Anfangs gezwungenermaßen. Bald aus Gewöhnung an die Schere im eigenen Kopf.

„Network" ist ein Film über und gegen die US-Übergroßmacht tv. Unser Fernsehen ist anders, gewiß. Aber doch nicht unangreifbar. Oder doch unangreifbar? Welcher arme Filmemacher wird wohl unser Fernsehen attackieren, auf das er doch als Rettungsnetz angewiesen ist.

Andererseits: Ich sah bei uns per Television EXECUTIVE ACTION, einen Film über das Kennedy-Attentat, nicht als authentische Dokumentation, sondern als mögliches Modell: Reaktionäre Polit-Bosse beschließen, den Präsidenten zu ermorden. Historisch gesichert ist da nichts, aber denkbar. Eine Anleitung zur Analyse. Eine Schreckens-Vision. Und dennoch wahr: Der Modus des Real-Möglichen.

Bei uns wäre ein derartiger Film undenkbar. Dabei haben wir jede Menge Morde, Attentate, angefangen von der Erschießung des Studenten Ohnesorg durch einen bekannten, gerichtlich freigesprochenen Polizisten über das Attentat auf Rudi Dutschke bis heran zu dem Attentat auf Buback. Fragen wir uns ganz ehrlich: Sind Filme darüber bei uns möglich? Jedenfalls gibt es keinen, weder im Fernsehen, noch im Kino. Warum nicht?

Zwei Reporter einer amerikanischen Zeitung deckten den Watergate-Skandal auf. Ein Präsident mußte gehen. Der Ex-Präsident wird auch in einem Film vorgezeigt, so dumm, kriminell, idiotisch wie er in Wirklichkeit war.

Ja, wird man sagen, bei uns kam es auch durch einen tapferen Journalisten des Hessischen Rundfunks zur Aufdeckung des Osswald-Skandals. Aber die Zudecker sind schon wieder tüchtig am Werk. Ein Film ist nicht zu befürchten. HELABA und kein Ende. Solange Osswald regierte, wagte niemand ein offenes Wort. In USA war Nixon noch an der Macht, als ihm zwei kleine unbekannte Reporter an den Kragen gingen.

Die Kunst ist frei. Was aber, wenn die Kunstmacher unfrei sind?

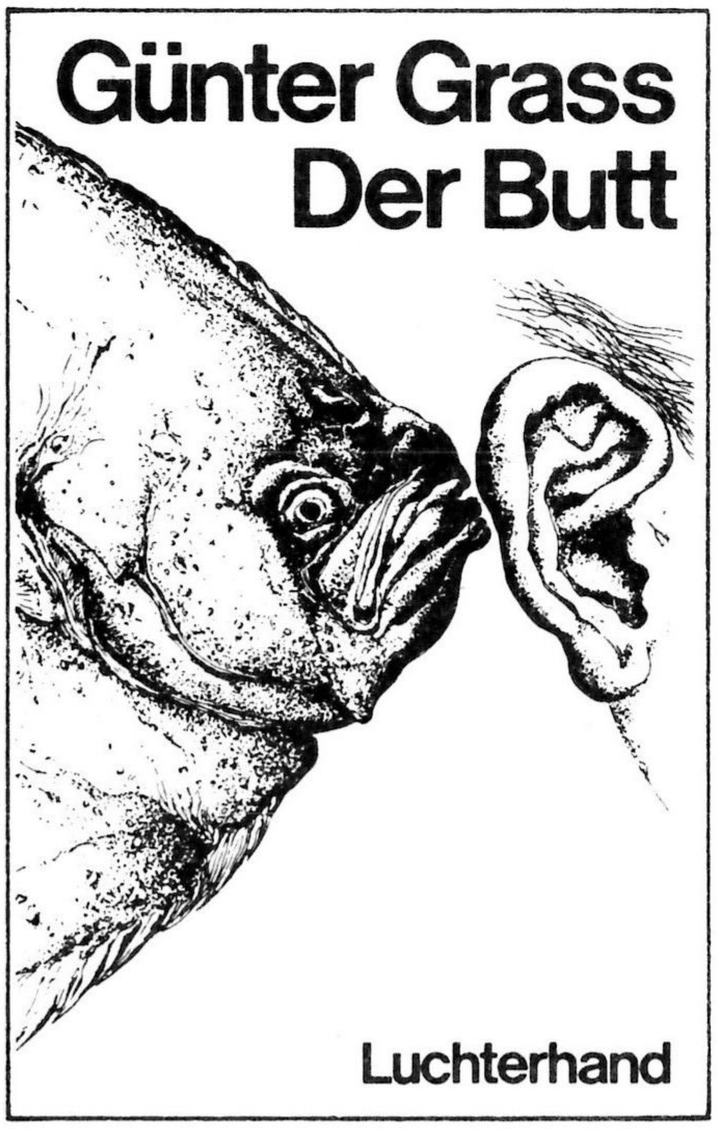
Im Zuchthaus Butzbach, das sprachkosmetisch umgetauft worden ist in *Strafvollzugsanstalt,* wurde der Anstaltsleiter von einem Lebenslänglichen mit einem selbstgebastelten Schrot-Schuß-Apparat getötet.

Hielten wir da die Kamera drauf, sähen wir in großen Zügen etwa: Ein ursprünglich idealistischer Jurist resigniert im Vollzugsdienst, bis er in kranken Häftlingen nur noch Simulanten sieht und seinen zukünftigen Mörder als ungefährlichen Spinner charakterisierte. In der Anstalt tyrannisiert einer den anderen, die Selbstmordrate steigt. Ein beamtetes Rollkommando schlägt Häftlinge zusammen, verbringt sie in Strafkäfige. Der Lebenslängliche H. betritt das Zimmer des Anstaltsleiters, nimmt die Sekretärin als Geisel, verschanzt sich und verlangt eine Verbindung zum Hessischen Rundfunk. Der Anstaltsleiter versucht sein Zimmer zu stürmen, der Häftling drückt ab, der Getroffene verblutet. Was geschieht nun? Der Täter wird schwer mißhandelt und abtransportiert. Die Staatsanwaltschaft bezichtigt Ex-Häftlinge, den Mord an dem Beamten vorbereitet und eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben und verhaftet. Die Verhafteten sind im Vorherein schuldig, denn sie haben einen Mord im Mannheimer Gefängnis aufgedeckt. Aber der Tod des Anstaltsleiters aus Butzbach ist, wie sich endlich zeigt, kein von außen geplanter und unterstützter Mord. Die kriminelle Handlung erweist sich bei näherem Hinsehen als psychopathologischer Vorgang. Der Täter ist ein Opfer der lebenslänglichen Verwahranstalt. Er wollte nicht töten. Das Opfer ist ein Opfer der gleichen Verwahranstalt, die er leitete, obwohl er von ihr geleitet und verleitet wurde. Die Erstürmung seines Zimmers war die Folge seiner Angst vor dem Bekanntwerden des Falls. Besser, er erledigte den Vorfall persönlich schnell und intern, sonst würde das breit in der Presse abgehandelt und das schadete dem Ansehen der Anstalt und ihres Leiters. Und seiner Karriere.

Es gibt in unserer Gegenwart Dutzende ähnlicher Vorgänge. Wo sind die adäquaten großen Filme darüber?

Wir haben Volker Schlöndorffs Böll-Adaption „Die verlorene Ehre der Katharina Blum". Das ist ein Anfang: *Wie Gewalt entsteht und wohin sie führt.* Aber warum finden wir so wenig Arbeiten von deutschen Produzenten und Regisseuren, die sich mit der Macht und der Gewalt von heute auseinandersetzen?

Dieser Beitrag erscheint im Herbst auch im „Film-Jahrbuch" des Carl-Hanser-Verlags



Roman.
700 Seiten. Leinen. DM 34,–

Erstverkaufstag: 10. August 1977

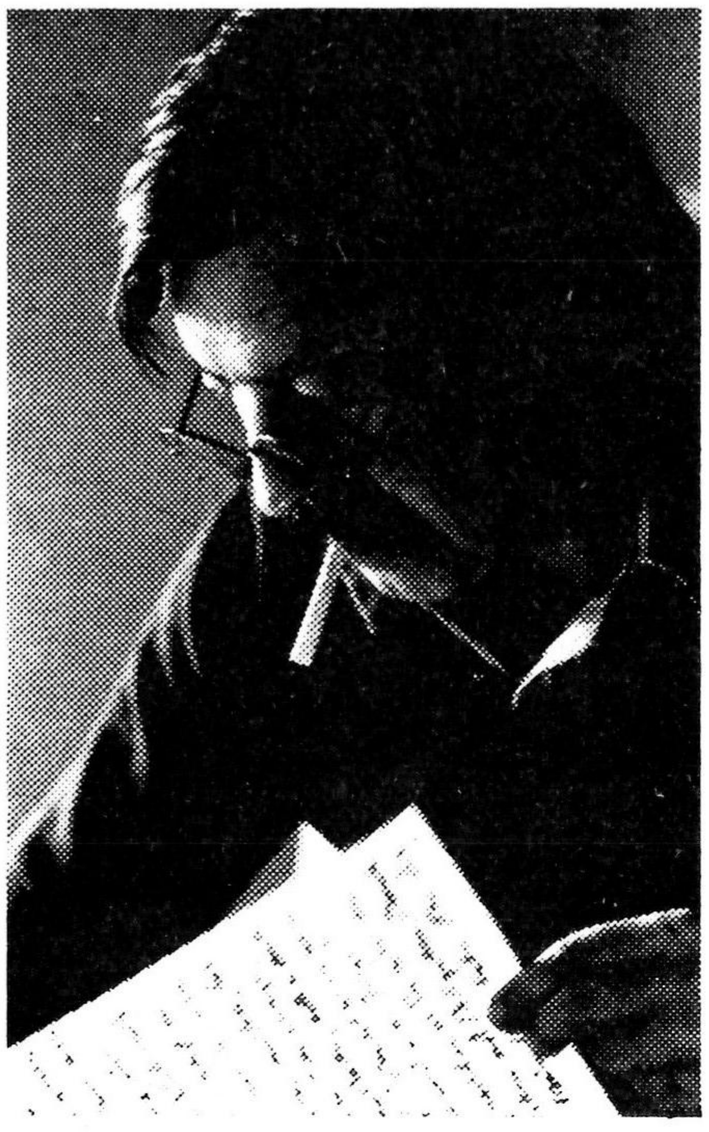
„Ein Werk von jener elementaren Eigen-Art, die einst die ‚Blechtrommel' zum literarischen Ereignis hat werden lassen."

Neue Zürcher Zeitung

„Dieser Roman rückt die Maßstäbe zurecht: Große Prosa, man weiß wieder was das ist."

General-Anzeiger, Bonn

Luchterhand



Erweitern wir die Skala: Schon in der Literatur fehlen diese Stoffe. Ich behaupte: Wir haben ein indirektes Realismus-Verbot. Man darf sprach-realistisch, form-realistisch, pseudo-realistisch sein. Keinesfalls kritisch-realistisch. Jedenfalls dann nicht, wenn der kritische Realismus ins Zentrum zielt.

Ich habe einen kritisch-realistischen Roman herausbringen können: „Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond". Was als Roman günstiger Umstände halber gerade noch zu verwirklichen war, gelang mit dem Film schon nicht mehr. Denn die großbürgerlichen Moralapostel wittern den Antisemitismus grundsätzlich dort, wo er nicht ist. Wenn aber in Butzbach ein jüdischer Häftling am Morgen von einem Justizbeamten angeschnauzt wird: „Steh auf, du dreckiger Saujude!", wenn der jüdische Häftling sich dagegen verwahrt, schließlich ist im Dritten Reich seine gesamte Verwandtschaft ermordet worden, dann wird er getreten, dann wirft man ihm die Zellentür so heftig gegen das Bein, daß vom Knöchel bis zum Knie eine tiefe Fleischwunde entsteht.

Natürlich findet sich über dergleichen im Zentralorgan der großbürgerlichen Ideologieapostel kein Wort. Diese feinen Herren wissen nicht, was in den Gefängnissen vorgeht. Unsere feinen Herrschaften wußten auch im Dritten Reich nicht, was in den Gefängnissen und KZ's geschah. Sie sehen den Antisemitismus, wo sie ihn aus politischen Gründen orten wollen, nicht aber, wo er aus politischen Gründen tatsächlich vorhanden ist und nachwächst.

Wenn sich solche Fälle summieren, aber unbekannt bleiben und auch nicht in Literatur und Film eindringen, dann sind die Mängel einer Gesellschaft zu Mängeln ihrer Literatur und ihres Films eskaliert. Unsere mangelnde Zivilcourage mag ein Grund dafür sein. Der tiefere Grund aber ist, daß die potentiell kritischen Realisten von den für sie notwendigen Produktionsmitteln vollkommen abgetrennt worden sind. Unsere ökonomische und juristische Schwäche ist nichts anderes als eine verschleierte Zensur, die auf subtilere Weise als in autoritären Staaten ausgeübt wird. Autoren und Filmemacher leben ständig am Rande des finanziellen Ruins, sie benötigen Fremdkapitalien und fatalerweise staatliche Zuschüsse, und alles dies beschränkt ihren Freiraum tendenziell bis auf Null.

Gerade der kritische Realismus aber verlangt riskanteste Kreationen. Wer dabei zu Fall gebracht wird wie etwa in der Literatur Delius und der Rotbuchverlag, der gerät in die Pleite oder hart an deren Rand, was ihn sofort entmutigt und risikoscheu macht. Risikoscheu aber ist der Anfang vom Ende freier Kunstproduktionen. Die politisch Mächtigen wissen oder fühlen das. Deshalb erhöhen sie die Risiken für kritisch-realistische Produktionen. So kommen die Opportunisten immer leichter zum Zuge.

Wenn die ökonomischen, juristischen oder politischen Machtverhältnisse dahin gekommen sind, daß Film, Theater und Literatur die zentralen Lebensfragen der Gesellschaft, die konfliktträchtigen Probleme von Macht, Machtausübung und Gewalt, nicht mehr auf die Eventualität hin behandeln können, daß als Resultat ein Werk entsteht, das der Obrigkeit mißfällt, dann ist die Freiheit der Kunst nicht mehr gegeben, und wenn noch so oft und laut das Gegenteil behauptet wird.

Es gibt keine falschen Stoffe. Wenn aber die wichtigsten Themen nicht mehr behandelt werden dürfen oder nur mit Auflagen – etwa der, daß das Ergebnis opportun sein müsse, dann erhalten alle anderen Stoffe die Tendenz zum Falschen, mindestens werden sie aufs fatalste nebensächlich, also Ersatz, Alibi, Verlegenheitslösung.

Um Mißverständnissen zu begegnen: Ich fordere keine marxistische Kunst und orientiere mich nicht an Auffassungen, in deren Ordnungsbereichen der kritische Realismus genau wie bei uns, wenn auch auf weniger subtile Weise, untersagt wird. Ich vergleiche nur unseren Kapitalismus mit dem amerikanischen und stelle bedauernd fest, überall trotten wir den amerikanischen Way of life, bloß dort, wo's angebracht wäre, enthalten wir uns. Denn in den USA erhebt sich über dem ausgebreiteten Trivialsumpf eine Literatur- und Filmproduktion, deren kritische Schärfe und gleichzeitige Massenwirksamkeit wir nicht erreichen. Da muß *doch* irgendetwas falsch sein an hiesigen Stoffen und Werken.

Es gibt in unseren Metiers ein paar Probleme, die wir nicht selbst zu verantworten haben. Andererseits sind wir nicht schuldlos. Wer bei uns einen Film drehen wollte wie „Der Pate" oder „Executive Action" oder „Die Unbestechlichen", Stoffe also, die Staatsmänner und staatliche Maßnahmen tangieren, der müßte den Staat kennen. Unsere Lichtspielproduzenten aber sitzen zuhauf in München, und wenn's um Bonn geht, wird's für die meisten zappenduster. Bonn als Hauptstadt tritt nur ins Blickfeld, geht's um Subventionen oder sonstige Filmhilfen, die meist Filmbehinderungen sind.

Aber auch der kritische Realismus des Alltags, der sich an landläufigen Figuren episodisch festmachen wollte, erweist sich oft als unmöglich. Ich habe einen starken Eindruck behalten von der Bogdanovich-Produktion „Die letzte Vorstellung" und frage mich geradezu bekümmert, warum glückt bei uns sowas so selten? Wir können jetzt immerhin das „Brot des Bäckers" genießen, aber sonst tun wir uns sehr schwer, Gegenwartstypen so scharf, kritisch und menschlich sympathisch zu zeichnen. Vielleicht sind wir zu lange aus der Übung.

Es gibt US-Filme, in denen mit unaufdringlicher Selbstverständlichkeit davon ausgegangen wird, daß eine der auftretenden Personen, ein Richter, Offizier, Polizeikommissar kriminell sei – na, sagen wir korrupt. Wagte sich bei uns ein Autor in diese Bereiche, hagelte es Proteste, die Berufsvertreter der Juristen, Offiziere, Polizeibeamten prostestierten, schon Tucholsky wußte: Wenn bei uns einer einen guten politischen Witz macht, sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und nimmt übel. Geschweige, es macht einer gar keinen Witz, sondern ernst.

Wir Deutschen sind in Philosophie wie Kunst die Meister des Abstrakten, aus lauter Verallgemeinerungssucht sehen wir nie den Sonderfall, nie die Story. Deutschland fühlt sich stets kollektiv beleidigt. ■

Im US-Film die Regel: Watergate-Film „Die Unbestechlichen"

Im BRD-Film die Ausnahme: „Das Brot des Bäckers"

Realismus ist anstrengend

Christel Buschmann sprach mit Alexander Kluge über Filmen, Protest und Gegenproduktion

KONKRET: Ihre Filme würden Sie doch unter realistischer Spielfilm laufen lassen, oder?

Kluge: Würde ich drunter laufen lassen, ich würde aber nicht annehmen, daß Sie eine direkte Wirkung haben. Realismus würde voraussetzen, daß das Protestpotential von Filmautoren zusammen mit den wirklich äußerbaren und organisierbaren Protestpotentialen der Zuschauer eine Öffentlichkeit schafft. Eigentlich müßte dann Kino eine Organisationsform sein, in der Menschen sich so zusammenfinden, daß sie hinterher auch handeln können. Und das tun sie ja nicht. Sie sind ein Laufpublikum. Sie treffen sich im Kino, sitzen da jeder auf seinem Platz und anschließend gehen sie einzeln wieder nach Hause.

Realistisch ist das Programm. Nur die Absicht. Nicht das Produkt. D.h. meine Filme sind Entwürfe.

KONKRET: Wann nennen Sie denn eine Absicht realistisch?

Kluge: Motiv für sogenannte künstlerische Tätigkeiten ist das Leiden. Künstlerische Tätigkeit ist nichts weiter als die Organisation des Protestes, der Protesterfahrung, die zunächst mal derjenige hat, der da was macht. Und die ist so lange sinnlos, als sie sich nicht zusammenfügt mit der Protesterfahrung derjenigen, die dieses Kunstwerk benutzen, also der Zuschauer. Realistisch ist also zunächst einmal diese Verbindungslinie.

KONKRET: Bei einem solchen Programm kann ein Filmer doch seinen Geist aufgeben. Da ist Realismus doch Illusion.

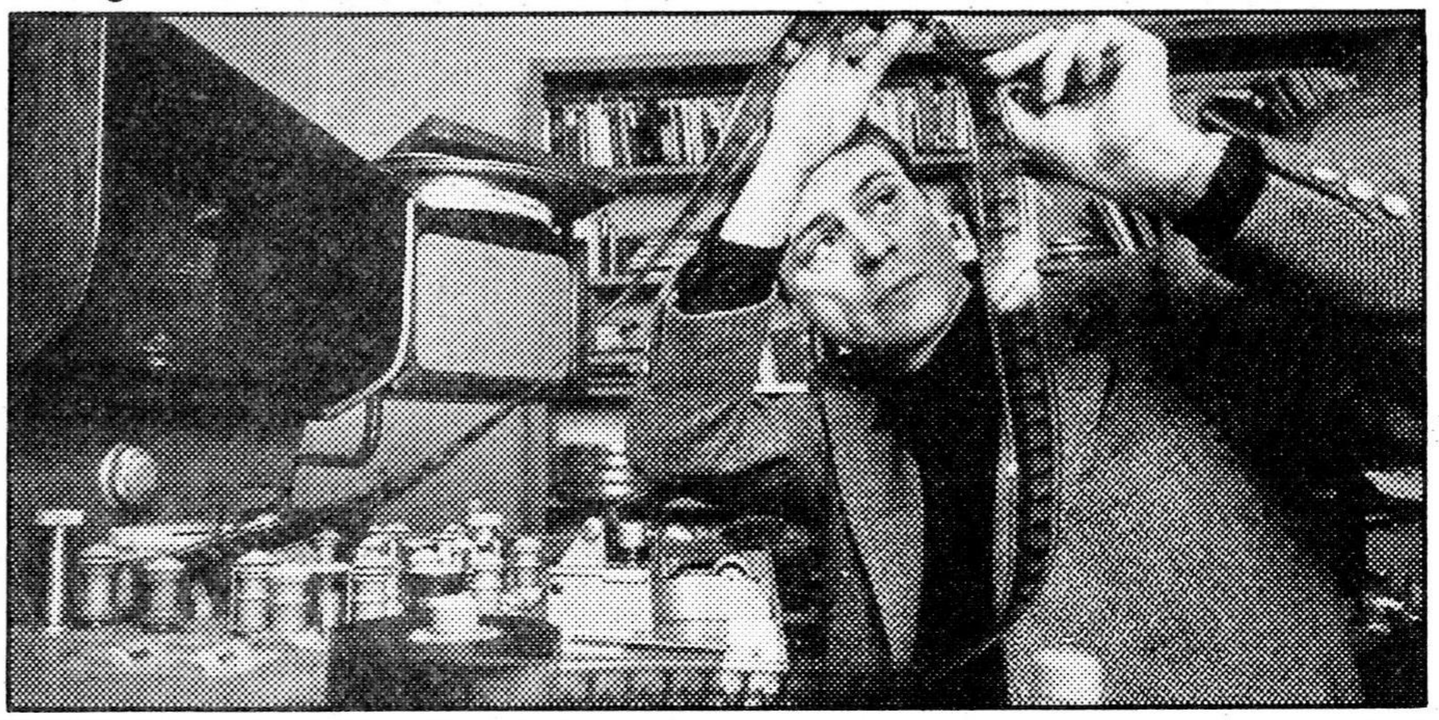
Kluge: Wenn eine solche Realismusforderung sich erst erfüllt, wenn das Medium Kino einmal verwandelt ist, es ohne andere Filme aber nicht verwandelt *wird,* muß man eben Modellarbeit betreiben. Realismus bleibt immer *nur* eine Absicht, wenn ich als einzelner arbeite.

Im Moment aber geht der deutsche Film in diese Richtung: Durch die Ausstattung und Kapitalkonzentration bessere Filme machen. Ich halte das für aussichtslos. Das würde das Medium in seinen falschen Bewegungsarten zementieren. Mit bloßen Ideen und Absichten kann man aber diesen Ansatz, den ja Hollywood z.B. mühelos schafft, nicht bekämpfen, sondern nur durch Gegenproduktion. Dazu mußt du ebenfalls etwas konzentrieren, nämlich die Arbeitskraft. Die Arbeitskraft einzelner Regisseure wird niemals, auch nicht im Jahr 2000, auch nicht im Jahr 4000 dieses Kapitalkonzentrationsmodell, nach dem sich Filme und Filmwirtschaft entwickeln, besiegen können.

KONKRET: Sich allein seinen Träumen hinzugeben, ist ja auch viel bequemer und bringt auch viel mehr Geld.

Kluge: Es ist eine Arbeitsanstrengung, die zum Realismus gehört. Die Zuschauer müssen von ihren Träumen ablassen, sie müssen sich also Dingen konfrontieren, die sie eigentlich unerträglich finden, und ein Autor oder Filmer muß, wenn er wirklich realistisch sein will, gegen die Produktionsverhältnisse arbeiten, er muß sie verändern. Worum es mir geht, filmpolitisch: daß man diese Kämpfe und Arbeiten auf sich nimmt, und zwar kollektiv.

Und da steckt die Nachwuchsfrage. Wir dürfen uns mit den Glückschancen von den Zehnen, die so einfach durchgerutscht sind, von denen vielleicht fünf Opportunisten sind, nicht zufrieden geben. Von dieser geringen Chance, ein Nadelöhr zu bilden für gesellschaftliche Äußerung müssen wir zu einem breiten Nadelöhr kommen. Im Augenblick geht eher noch ein Kamel durchs Nadelöhr, als daß die Filmgeschichte weitergeschrieben wird.



Bärbel Hebel-Kunze

SPD und Faschismus

Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932–1935

Mit neuem Quellenmaterial

RV

278 S., Broschur, 19,80 DM

Diese gründliche Untersuchung über die Entwicklung der SPD am Ende der Weimarer Republik und in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur beantwortet auf einem Teilgebiet die Frage, warum in Deutschland der Faschismus trotz einer starken Arbeiterbewegung an die Macht gelangen und sein terroristisches Regime errichten konnte. In diese Arbeit wurde neben vorhandenen, aber vielfach nicht genügend ausgeschöpften Materialien auch eine Reihe von neuen Quellen einbezogen.

ERNST THÄLMANN

Autobiografische Aufzeichnungen, geschrieben in faschistischer Haft

ZWISCHEN ERINNERUNG UND ERWARTUNG

Biografische Dokumentation mit einer Thälmann-Chronik

RV

RÖDERBERG-VERLAG

112 Seiten, Broschur, 8,– DM

Dieses vom Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann" herausgegebene Buch enthält autobiographische Aufzeichnungen des früheren Vorsitzenden der KPD; geschrieben in faschistischer Haft. Die zum Teil erstmals in der Bundesrepublik veröffentlichten Aufzeichnungen werden ergänzt durch eine umfangreiche biographische Chronik.

RV RÖDERBERG-VERLAG
Postfach 4129, 6000 Frankfurt 1

Ich bestelle

..... Ex. .....

..... Ex. .....

☐ (kostenlos) Prospekte Röderberg und tat-Buchvertrieb

Name .....

Straße .....

PLZ und Ort .....

Datum ..... Unterschrift ..... KONK

Hermann Peter Piwitt

Bockwurst mit Lorbeer

Je öder die Kultur-Landschaft desto Trubel die Szene

Hamburg im Juni. Im Winterhuder Fährhaus lesen an drei Abenden mehr als dreißig Lyriker Gedichte. Eintritt pro Abend 5 Mark. Der Saal ist überfüllt. Die Luft heiß und stickig. Die Lautsprecher funktionieren nicht. Frauen werden ohnmächtig. Ulkt Peter Rühmkorf: Tja, Lyrik müßt Ihr machen. Lyrik hat Konjunktur! – Das lyrische Marathon fand statt zum Abschluß einer Veranstaltung, mit der Deutschlands Korinthenkacker-Stadt Nummer eins, Hamburg, ihre durch jahrzehntelange SPD-Herrschaft verhunzte City beleben wollte: dem sogenannten Literatrubel. „Sechs tolle Tage" lang (so die Veranstalter) gab es hier zwischen Karstadt und Landesbank zu Bockwurst und Zukkerwatte „Dichter zum Anfassen", „heiße Wörtchen" und abends „Talk shows", Rituale für den gehobenen Voyeur in der Mehrzahl, nur selten durchbrochen von einem wie Hans Christian Geißler, der Briefe politischer Gefangener aus bundesdeutschen Gefängnissen vorlas.

Noch im Vorjahr standen die Frankfurter Römerberg-Gespräche unter dem ahnungsvollen Motto: „Literatur – Opium ohne Volk?" Inzwischen paßt eine Veranstaltung wie der Hamburger Literatrubel in eine Landschaft, in der die Künste sich von neuem breitmachen in den Hohlräumen, die die verblichenen politischen Hoffnungen zurückgelassen haben. Der Durchschnittsmensch, der Kultur hat, weil er Herr seiner Sinne, Bedürfnisse und Werkzeuge ist: wir können diesem Traum der Studenten von 1967 nicht ewig nachweinen. Und daß die Literatur diesen Traum fürs erste in Schutzhaft genommen hat, ist besser als gar nichts. Aber die Re-Inthronisierung der Künste hat Züge von Größenwahn und Geistgläubigkeit, die nicht mehr zu übersehen sind. Noch Anfang des Jahrzehnts gab es manchen Dichter, der mit dem Ausbau seines frisch erworbenen Bauernhauses nicht recht vorankam, weil die Politisierungswelle ihm die Kundschaft verschlagen hatte; jetzt findet er sich plötzlich wieder in der alten Rolle des Medizinmanns und Geistheilers, zu dem die Jungen in Scharen kommen mit den „alten unnennbaren" Fragen.

Ob eine Gesellschaft Kultur hat, darüber gibt Aufschluß, wie die Menschen leben, arbeiten und miteinander verkehren; nicht die Rotationsgeschwindigkeit ihrer künstlerischen Einzelkämpfer. Während ich dies schreibe, lese ich in der FR, daß der Anteil arbeitsloser jugendlicher Rauschgifttäter zwischen '74 und '75 um 30 Prozent gestiegen ist, und die Neigung zum Selbstmord unter Jugendlichen weiter wächst. Es wäre schwachsinnig, dafür die Künste, die Literatur, zumal die sogenannte „engagierte", verantwortlich zu machen. Aber ist es nicht auffallend, daß in eigens dafür errichteten Tempeln in klassischer Landschaft wieder bombastische Literatur-Preise verliehen werden zu einer Zeit, wo die Mehrheit der abhängig Arbeitenden wieder ins wunschlose Unglück zurücksinkt? Ist es wirklich nur Zufall, daß auf der „Documenta" Maler wieder mit Riesenformaten auftrumpfen und Bildhauer entsprechend in die Landschaft klotzen oder mal eben für das soziale Sümmchen von 250 000 Mark 1000 Meter tief in die Erde gehen – zu einer Zeit, wo die Mehrheit letzte kulturelle Hoffnungen wieder einmal in die Todesstrafe setzt?

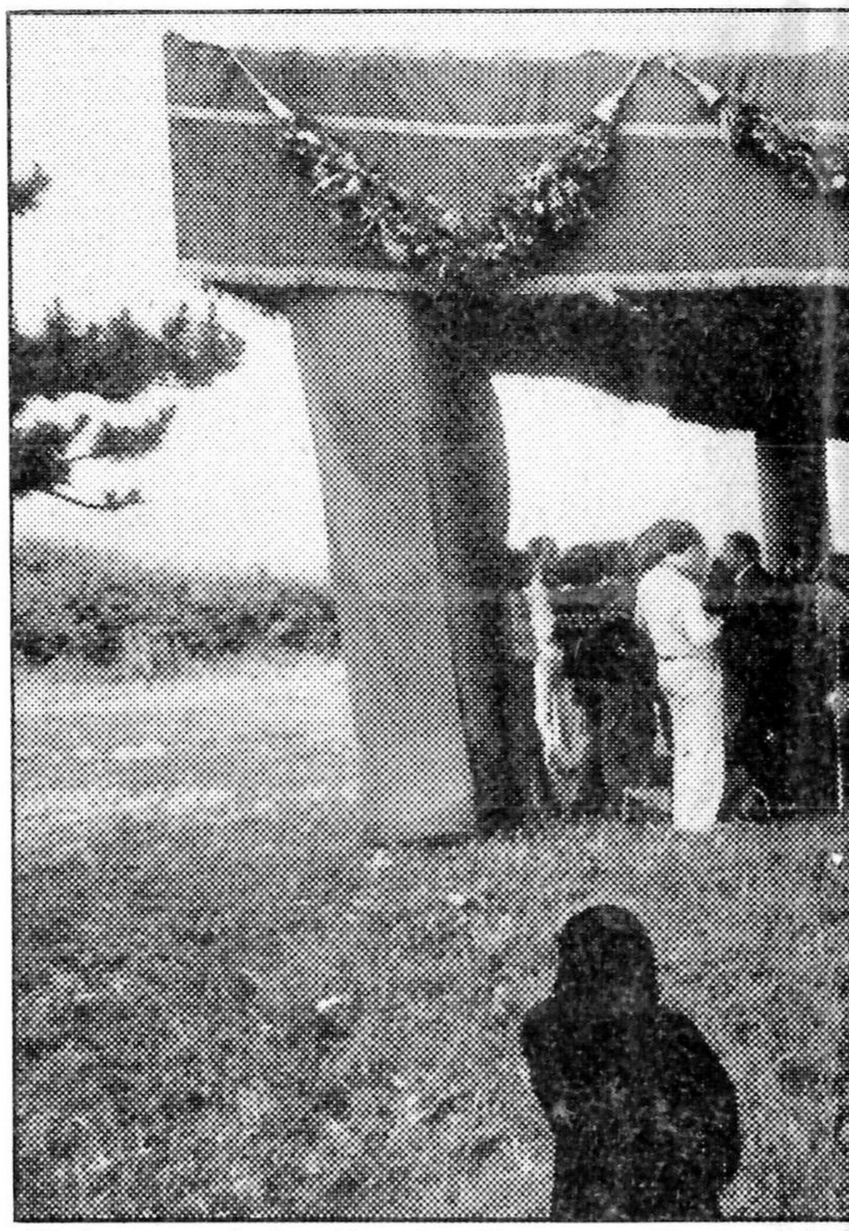
In Klagenfurt, zum Bachmann-Preis, fand sich vor kurzem zu dreitägigen Lesungen eine – so die FR – „Gruppe '77" zusammen, die offenbar schon heute, im Entstehungsjahr, so gigantomanische Züge trägt wie die Gruppe 47 in ihrem Todesjahr, als die Kraft eines tapferen Schneiderleins genügte, den lebensmüden Dino umzustipsen.

Die 50 000, die das Hamburger Kulturamt für sein literarisches Oktoberfest hinblätterte? Sie hätten kaum gereicht, einen Lehrer ein Jahr lang zu beschäftigen; aber wo das Geld für Bildung und Ausbildung fehlt, da lassen sich mit der viel billigeren Literatur offenbar immer noch ungeahnte kulturelle Propagandaeffekte erzielen. Die Tui-Kultur vom Anfang der sechziger Jahre, als der Geist als kritischer Partner der Macht residierte – kehrt sie zurück?

Vieles spricht dafür: zwar ist der Aufputz populistischer, sozialdemokratischer, cocacolahafter geworden: Aus der „Podiumsdiskussion" wurde die „Talk show", und aus der „Arbeitstagung" der „workshop". Die gute alte Dichterlesung ist aus der Mode gekommen; man geht auf den Markt (oder das was man dafür hält), und die Medien sorgen in vorher nie gekanntem Maß für Verbreitung. Nicht mehr fehlen darf auch der Zirkus-Clown; auf Hamburgs letztem Literatrubel ließ man ihn auf Büchern herumtanzen; sollte doch das Volk endlich begreifen, das Literatur berührbar ist und Spaß macht! Wer wollte da behaupten, die Zeit sei stehengeblieben?

Und der Slogan vom „Dichter zum Anfassen"? Dient nicht auch er dem großen Ziel „die Kunst zu demokratisieren"? Ich fürchte, nein. Denn er gibt nicht nur einen ganz und gar vulgären und sentimentalen Begriff von „Volk" zu erkennen, sondern auch die alte Vorstellung vom Dichter als buntem Hund, der abwechselnd mit Lorbeerkranz oder Narrenkappe verkauft werden muß. Hier wird mitten im toten Geschäftszentrum einer Großstadt eine Berührungsangst zwischen Autor und Bürger behauptet, wie sie einfach nicht mehr existiert in den echten Zentren, den citynahen Wohnvierteln nämlich, wo Autoren zuhause sind und – ob in Mieterversammlungen oder nur am Tresen ums Eck – von Nachbarn oder Gewerkschaftskollegen als Autoren längst akzeptiert und ernstgenommen werden.

Hier, „en unserm Veedel", wie die Kölner Bläck Föös singen, haben sich Au-



Kultur made by Burda: Petrarca-Preisverlei

Kultur made by SPD: Literatrubel

ng im Plastik-Tempel bei Rom

Kultur made by us: Straßenfest in Hamburg

toren und Bürger längst gefunden, und zwar nicht als Kulturbringer hier und Verbraucher da, sondern als gemeinsam Betroffene. Wo aber gemeinsame Betroffenheit vorliegt, da findet sich auch die kulturelle Organisationsform dafür, seien es nun gewerkschaftliche Gruppen, Frauengruppen, oder „nur" die DKP, die dafür einstehen. Das neue „Kürbiskern"-Heft „Menschenrechte und Arbeiterkultur" (3/77) bietet einen ganzen Katalog von Anregungen dafür.

Staat und „Kulturträger" mögen sich noch so viel einfallen lassen, um Kunst und Literatur „unter die Leute zu bringen". Das Prinzip, nach dem dabei Tui-Kultur immer wieder entsteht, ist das gleiche geblieben. Denn dieser Staat ist weder interessiert noch in der Lage, eine breite politische Kultur der Bedürfnisse und Fähigkeiten zu fördern. So zieht er sich aus der Affäre des kulturellen Elends durch Förderung der Künste und einer Literatur, die nicht verhindern kann, noch und gerade im Protest gegen Unfreiheit ständig den Beweis zu führen, wie frei der Geist im Land ist.

Die Folge: Der Geist kehrt aus den sozialen Verkehrsformen zu seinen „Repräsentanten" zurück, bekommt eine Adresse, wird – auch mit Gedicht im Bauchladen – wieder exklusiv. Und er mag so „engagiert" wie eh und je auf Lehrermangel und Zensur „abheben": in den Augen der Studenten noch zehn Jahre zuvor ein „Scheißer" sieht er sich von neuem zum Dolmetsch und Vormund des „Volkes" erkoren, oder ganz allgemein, zum Anwalt der unterdrückten Natur des Menschen. Schon soll es, laut „Spiegel", Dichterfürsten unter uns geben. Aber man braucht gar nicht so hoch zu greifen: die lyrische Meterware gegen Berufsverbote, Leichtlohngruppen und Jugendarbeitslosigkeit sagt genug über die im Augenblick offenbar unvermeidliche Schicksalsgemeinschaft von Geist hier und einer politischen Macht da, die nicht nur die empörenden Stoffe liefert und die „berechtigte Kritik" daran veranstaltet, sondern auch für den Nachschub an Kundschaft sorgt in Gestalt derer, die, um die Hoffnung auf Kultur gebracht, von neuem den Künsten zuströmen.

Von Heine sagt man, er habe die Pariser Rothschilds immer nur dann kritisiert, wenn er mal wieder Geld von ihnen wollte. Das als Illustration dafür, wie höllisch schwer es ist, sich „oben" entbehrlich zu machen, mehr als bloß kritischer Partner der Macht zu sein.

Immerhin, die erwähnte Posse in Klagenfurt, die scheußliche Ehre, vor einer Jury ausgewählter Zombies zu Schaukämpfen in die Medienarena zu steigen, haben sich eine ganze Reihe von Autoren nicht bieten lassen, und es waren nicht die schlechtesten. Aber auch das Publikum, viele junge Leute, läßt sich, wie sich in Hamburg zeigte, vom laufenden Meter Lyrik nicht mehr einfach niederlesen oder in Weihestimmung versetzen; es macht Protest, will eingreifen, gehört werden. In Hamburg ebenfalls weigerten sich Autoren, sich auf dem künstlichsten Platz der Stadt, dem Gerhart-Hauptmann-Platz, Markt aus der Retorte zu zaubern, agitatorische Duftmarken zur Mittagspause oder nach Feierabend in büromüde Bläue zu setzen und sichs als Erfolg einzureden, wenn Hausfrauen bei Dichters grad so lange neugierig blieben wie fünf Minuten später beim fliegenden Fleckenwasserhändler nebenan.

Plastiktempel mit Lorbeer, Schaukämpfe vor Punktrichtern in Medienarenen, Dichter zum Anfassen, Markt aus der Retorte – was für schöne neue Perspektiven. „Daß der Stillstand der linken Bewegung bei uns nicht so ohne weiteres wieder freisetzt in die freie Wildbahn des bürgerlichen Schriftstellers", las ich kürzlich bei H. C. Buch, „Kritische Wälder". Schöne Illusion. In Hamburg ist die stereotype Frage im Anschluß an die abendlichen Talkshows gewesen: „Wie ist es ausgegangen?" Was soviel hieß wie: „Wer hat gewonnen?" Und als eine halbtote Dichterin einen abgebrannten „Spiegel"-Rezensenten eine „Leiche" nannte – wem lachte da nicht das alte Tui-Herz im Leibe?

Auf welcher Strecke dabei die Literatur bleibt, dafür ein Beispiel: Zwei Tage nach Ende des Hamburger Literatrubels las im „Literatur-Zentrum" in der Kunsthalle Gerd Fuchs aus einem im Entstehen begriffenen Roman über ein süddeutsches Dorf bei Kriegsende. Ruhige genaue Prosa, die ins Bild setzte, wie damals Altes nicht aufhörte und Neues nicht anfangen durfte. Er las vor neun Leuten. Er hatte einen Fehler gemacht: Er hätte im Viertel bleiben sollen, statt sich einem Milieu zu stellen, in dem die Politik mit der „Szene" und die „Szene" mit dem Staat Politik machen will. Denn gegen die Hamburger „Szene" hilft nur eins: zuschütten und draufscheißen. ■

Gisela Weimann

„Was denn, noch nie 'ne Honigpumpe gesehen?"

Die Documenta 6 zeigt, was Künstlern noch so alles einfällt, wenn sie keine Einfälle mehr haben

Was wäre eine Medien-Documenta ohne ihre Präsentation durch die Medien. Der „Spiegel" weiß: „Die Documenta kann man beliebig preisen oder auch verreißen." Vor allem aber erklären. An den Auswirkungen des allgemeinen Erklärungswahns, von dem neben den Kunstkritikern aller Länder auch die Künstler und Macher befallen sind, hat der Besucher schwer zu tragen (allein der Katalog wiegt fünf Kilo). Wer danach ernsthaft versuchen sollte, den Wust von Flugblättern, Handzetteln und Broschüren über die Ausstellung mit Hilfe verschärften Nachdenkens zu bewältigen, dem kommt am Ende möglicherweise der Verdacht, daß die Konfrontation mit diesen gesammelten Offenbarungseiden auch nur ein Trick der Ausstellungsleitung (Unterabteilung Verbales) sein könnte.

Wobei diese Kunst-Sprache selbstverständlich nicht aus Gründen der Verständigung erfunden worden ist: Was ist ein Satz von Ugo Dossi („Ausgangspunkt war die Vorstellung, daß ein Begriff nie das Benennbare, sondern immer das gesamte Volumen der vom Benennbaren ausgelösten Assoziationen ist"), zweisprachig abgedruckt auf Kunstdruckpapier im Rahmen eines 200 Zeilen langen Traktats über „Das Motiv der Motivation oder die relative Freiheit", gegen die vergleichsweise mickrige 30-Zeilen-Presseerklärung der Beschäftigten der Documenta-GmbH, die auf einer Pressekonferenz ihre Forderungen nach mehr Geld begreiflich machen wollten. Für acht Mark die Stunde hatten die „Tagelöhner" – meist ehemalige Arbeitslose – die Wände im Fridericianum gekalkt („Die Arbeiten wurden auf die letzten Tage zusammengeballt, um Kosten zu sparen. Was heißt das anderes, als auf unsere Kosten zu sparen?") und schließlich gestreikt – für eine Mark mehr. Die 800 bürgerlichen Feigenblatt-Feuilletonisten ordneten das Flugblatt unter „Kuriosa" in die vollgestopften Plastiktüten und nahmen es auch später nicht zur Kenntnis. Schließlich, was hat Kunst schon mit abhängiger Lohnarbeit zu tun?

So fahndet man auch bei den Künstlern meist vergeblich nach gesellschaftlicher Relevanz: die bleibt stecken in ohnmächtigen Versuchen von Splittergruppen, die im offiziellen Konzept nichts zu suchen haben. Etwa die Münchner „Fragmentisten", die erklären, es sei höchste Zeit, den dritten Weltkrieg als „größtes Vernichtungshappening aller Zeiten" zu inszenieren. Oder die Metaller der Kasseler Gesamthochschule, die mit einer Art Kulturgeschichte des Stacheldrahts demonstrieren wollen, „wie schnell die Präzision der Sicherung in die Perfektion der Vernichtung" umschlägt. Um die mediengerechte Aufarbeitung bemühte sich da schon eher die von Studenten herausgegebene Kasseler Stadtzeitung, die ihre Leser zumindest einmal darüber informierte, daß das Bohrloch von Walter de Maria von texanischen Ölfirmen finanziert wird.

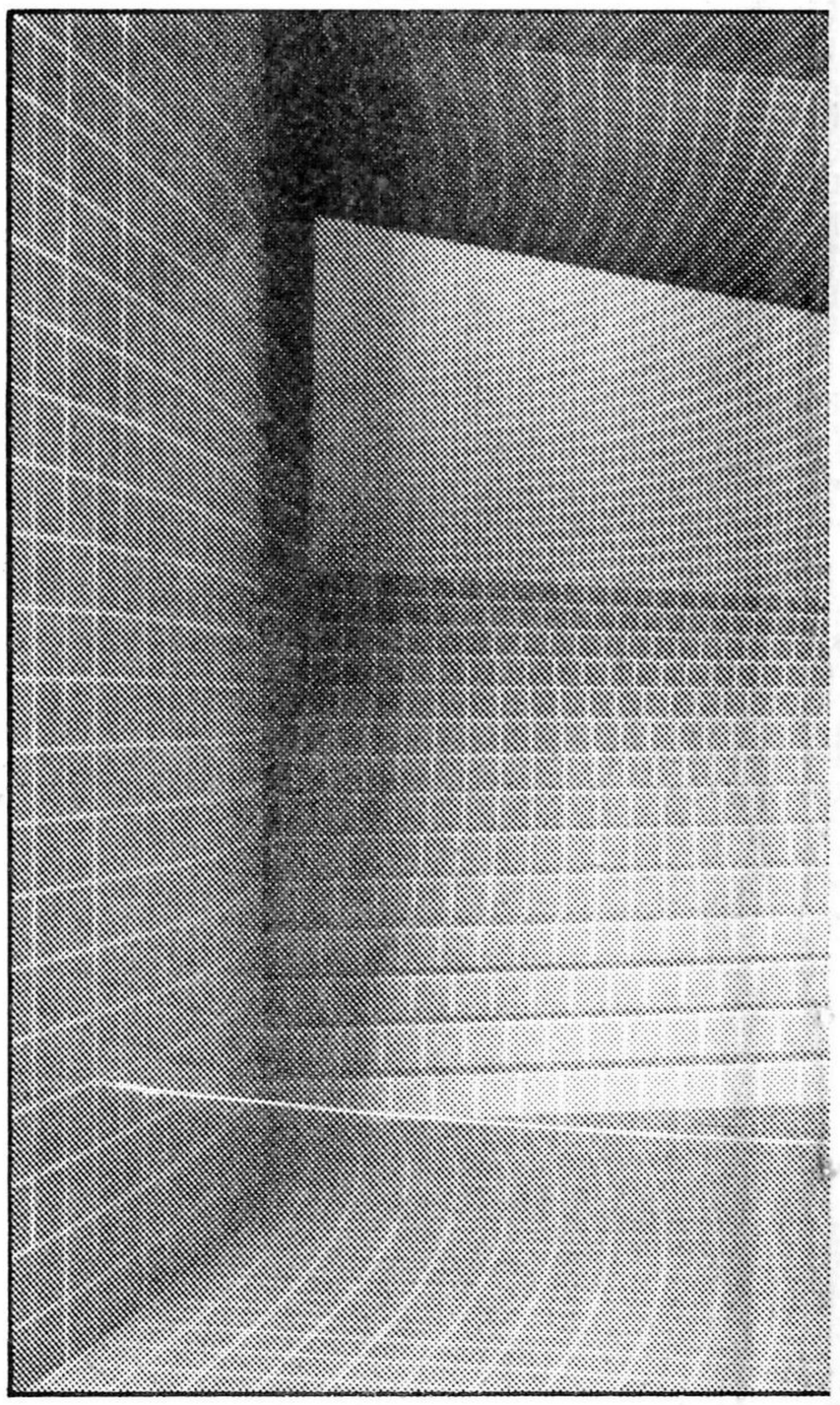
Trotzdem: Der „Spiegel" hat nicht ganz unrecht – „Die Dokumenta zu besichtigen lohnt". Zum Beispiel für rührige Heimwerker, denn woanders werden selten so viele schöne Möglichkeiten gezeigt, eine Mattscheibe innenarchitektonisch aufzuwerten und einzubauen. Im geschmackvollen Dekor unter dem Dach des Fridericianums fallen dann sogar so schlimme Entgleisungen wie Ulrike Rosenbachs feministischer Herkules mit dem unter den Arm geklemmten Bildschirm nicht weiter auf, wo ein weibliches Wesen ununterbrochen „frau, frau, frau ..." haucht. Da werden schließlich wie in Nam June Paiks Video-Dschungel die bunten Bildschirme zur geschmackvollen TV-Verkaufsausstellung, da verkommt Big Brother auf dem Video-Trip zum Lehrstück für Hobby-Filmer. Wer das sieht, wird künftig an den technisch perfekten Überwachungsanlagen in Kaufhäusern und Polizeistationen höchstens eine gewisse Ästhetik vermissen. Die Dokumenta als Polit-Prophylaxe.

Bewundernswert: Was Leuten noch so alles einfällt, die keine Einfälle mehr haben. Traurig: Auch die Großen wie Beuys, Richter, Close, Lakner und Lichtenstein zitieren (wenn auch in gewohnter Qualität) vorwiegend sich selbst. Bei den anderen bleibt vorwiegend der hartnäckige Eindruck, daß da Leute, die den nötigen Freiraum und (woher auch immer) das Geld dazu haben, dem Betrachter auf ziemlich monströse Art und Weise ihre eigenen Neurosen aufdrängen wollen.

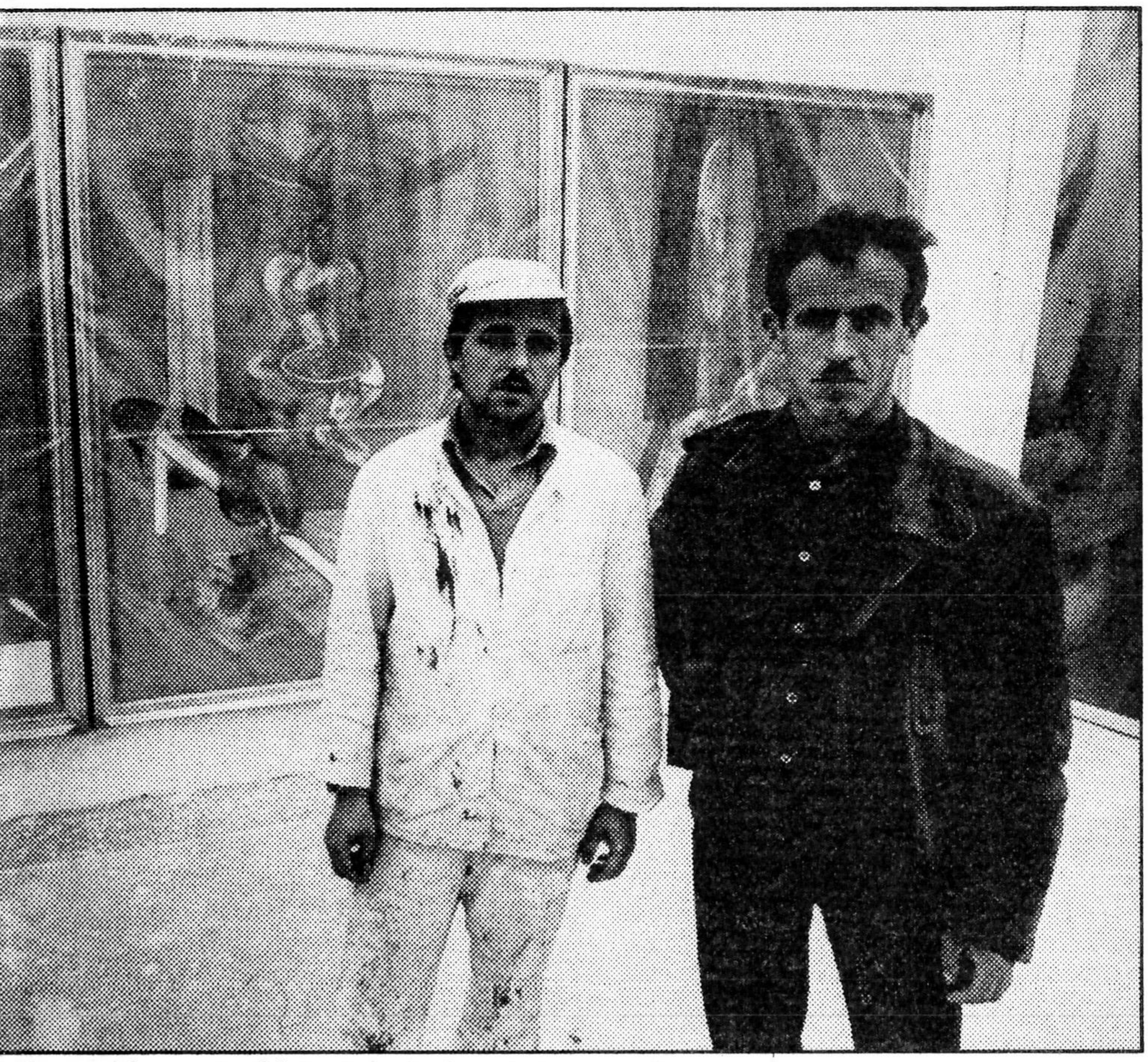
Was rettet, ist Ironie: Angesichts des Reuterschen Riesen-Badezimmers (Hier kachelte ein Künstler), fragen sich Besucher, ob denn der Typ möglicherweise in ärmlichen Verhältnissen ohne eigene Naßzelle aufgewachsen sei. So manövrieren sich Künstler, die nur noch das Medium vorführen, anstatt darüber zu reflektieren, selbst ins gesellschaftliche Abseits. Auf der Flucht vor den Inhalten irren ihre Objekte im luftleeren Raum.

Unhaltbar ist eine solche Position nicht zuletzt angesichts einer Realität, die diese Künstler längst überrundet hat: Was ist HA Schults „New-York-Crash" (bei dem

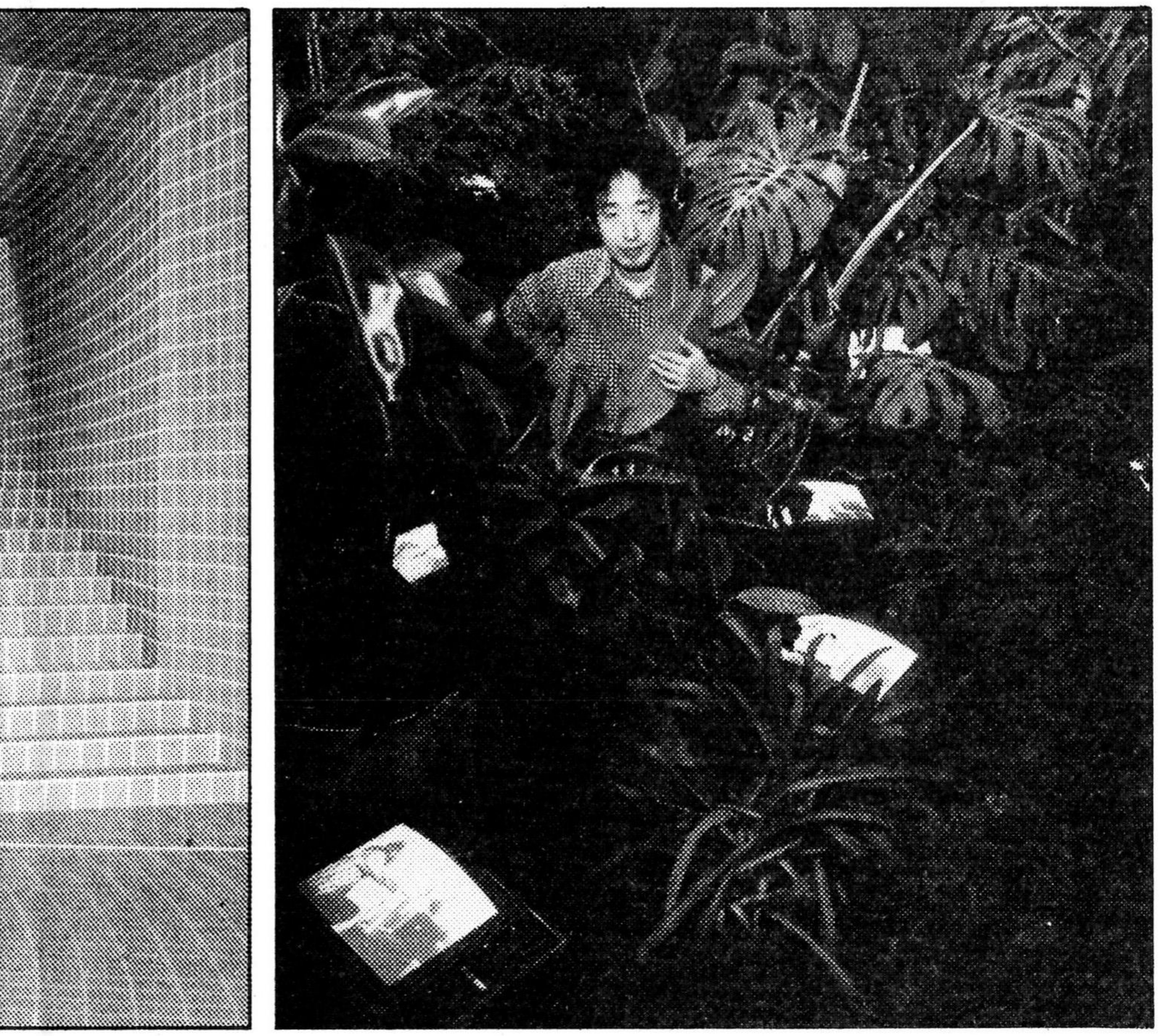
Documenta '77, eingepackter Bacon: Was h



Hier kachelte ein Künstler: Hans Peter Reute



Kunst schon mit abhängiger Lohnarbeit zu tun?



Paik im Video-Wald: Käsesahnetorte mit Schlagsahne drauf

nicht einmal die Übertragung klappte) gegen den Jumbo-Absturz auf Teneriffa (und dessen Präsentation in den Medien).

Trotzdem hat die Documenta 6 zweifellos einen gewissen Unterhaltungswert. Butter-Beuys, der sich als unermüdlicher Talkmaster im Kampf für seinen neuen „anthropologischen und humanistischen Wissenschaftsbegriff" bewährt, wittert man schon an der Eingangstür, auch akustisch teilt sich seine Genialität etagenweise mit. Was da jault, ist die Honigpumpe, Kostenpunkt 70 000 Mark, ohne Telefongespräche. (Immerhin, ein abgestürzter Starfighter ist teurer.) Hilfestellung eines Documenta-Arbeiters für einen sinnend vor dem Kunstwerk stehenden Besucher: „Was denn, was denn, noch nie 'ne Honigpumpe gesehen?"

Die Irritation findet, so scheint's, hauptsächlich in den Köpfen der Künstler statt, und was auf der Documenta 5 noch häufiger vorkam – nämlich die Vermittlung unmittelbarer emotionaler Spannung zwischen Bildwerk und Betrachter – ist auf der Documenta 6 kaum noch vorgesehen.

Wer mag, kann natürlich auch die zunehmende Aggressivität des Documenta-Umfeldes unterhaltsam finden. Aggressiv sind die Serviererinnen im benachbarten Cafe Paulus, die mit den beladenen Tabletts aus der Küche kommen und den Bärtigen auf dem Weg zur Toilette die Schwingtür in die Rippen knallen. Aggressiv sind die Kasseler Rentner, die nicht einsehen wollen, warum der Kunst erlaubt wird, was ihre Enkelkinder nicht dürfen: spielend den Rasen ruinieren. Und auch Kassels Taxifahrer, von der Stadt zu einem Arbeitsessen eingeladen, um Instruktionen zur Lage der Kunst und der Kunstwerke entgegenzunehmen, haben für das Spektakel bestenfalls ein müdes Achselzucken parat.

In der Innenwelt dagegen, unter der Dunstglocke der Kasseler Kunstszene, gibt man sich freundlich. Hier herrscht gespannter Burgfriede, und selten befindet jemand von den Insidern, die Veranstalter hätten einen Teil des Millionen-Etats aufwenden müssen, um der allgemeinen Verständnis- und Sprachlosigkeit entgegenzuwirken. Auf dieser kreativen Spielwiese ist kein Platz für böse Buben. Klaus Staeck, verbannt in die hinterste Ecke des Sandkastens, gastiert im kommerziellen Buchladen. Wer ins Fridericianum reingeht, stürzt sofort in die Ausstellung. Wer rauskommt, hat auf Staeck garantiert keinen Appetit mehr. Drei Stockwerke Fridericianum, das vermittelt Völlegefühle. Wie Käsesahnetorte mit Schlagsahne obendrauf. Man wird satt, aber nicht fit.

Staeck über seine Situation: „Es gibt Leute, die laden einen zu einer Party ein und entschuldigen sich dann bei den anderen dafür, daß man da ist". Und zum Medienkonzept: „Wenn ich in der Schule einen Besinnungsaufsatz schreiben soll, über die Liebe zu meinen Eltern, dann kann ich nicht über die Liebe zu den Pflanzen schreiben, selbst wenn meine Eltern sehr an ihrem Gummibaum hängen ..."

Bleibt als Fazit: Man hätte von einer Medien-Documenta (und mit diesem Anspruch sind die Macher angetreten) zumindest erwarten können, daß sie reflektiert, was mit den Medien untrennbar verbunden ist: die Manipulation. Daß sie vorführt, wie man, umzingelt von synthetischen Realitäten, die keine Bedeutungen haben, sondern eigengesetzlich ihre eigenen Bedeutungen produzieren, am Ende seinen Augen und Ohren nicht mehr trauen darf. Gegen die Routine professioneller Medientechniker nehmen sich die vorgeführten Video-Bänder im Fridericianum (und in den dritten Fernsehprogrammen) eher wie die Fleißarbeiten einer Arbeitsgemeinschaft von Gymnasiasten aus. Doch so begreift man zumindest, warum sich unsere Gesellschaft auch die verrücktesten Auswüchse avantgardistischer Kreativität klaglos leisten kann: die Jungs' sind harmlos. ■

Hans Christoph Buch

Wo Reich-Ranicki Linksaußen ist

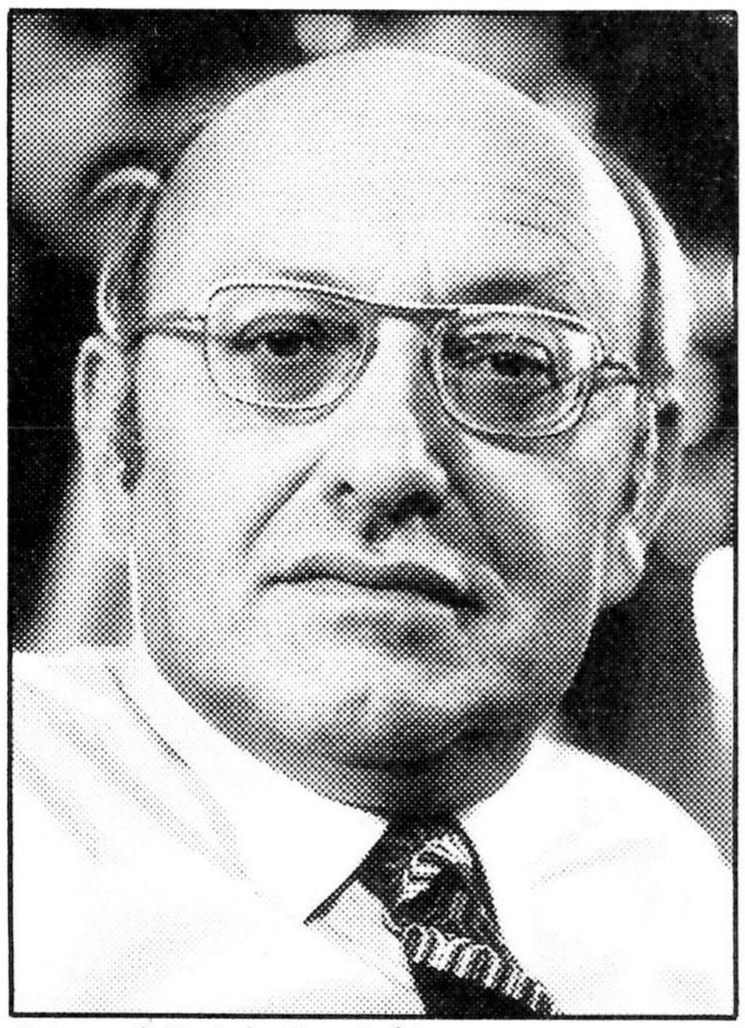
KONKRET-Autor Buch erhielt eine Einladung zu einem Literatur-Kongreß der Konrad-Adenauer-Stiftung. Und ging auch noch hin

Vor circa sechs Wochen erhielt ich einen Brief vom Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundesminister a.D. Dr. Bruno Heck, in dem er mich zu einer Tagung zum Thema „Die Literatur und unsere Wirklichkeit" einlud. Es passiert nicht oft, daß ich Post von Politikern erhalte, noch dazu von CDU-Politikern, also warf ich das Schreiben nicht gleich in den Papierkorb, sondern las es erst einmal zu Ende. Da war vom Engagement als neuem Elfenbeinturm die Rede, und das Ganze war nicht einmal dumm formuliert, jedenfalls nicht so, als ob Bruno Heck seinen Brief allein geschrieben hätte. Es war weiß Gott wahr, daß das Engagement mancher unserer Schriftsteller – um niemandem zu nahe zu treten, möchte ich hier keine Namen nennen – in Sackgassen und auf Holzwege geführt hatte, an deren Ende sich vielleicht sogar neue Elfenbeintürme erhoben. Dann fiel mir Bruno Hecks historischer Ausspruch ein (Chile, Herbst 1973): daß es im Fußball-Stadion von Santiago bei Sonnenschein ganz gut auszuhalten sei. Nein, über diese Art unpolitischer Ästhetik sollten sie ohne mich debattieren. Ein paar Freunde überredeten mich jedoch, trotzdem hinzufahren: dies sei eine einmalige Gelegenheit, die Machenschaften der Reaktion vor Ort zu studieren, außerdem sei der Unterschied zur SPD sowieso kaum noch auszumachen.

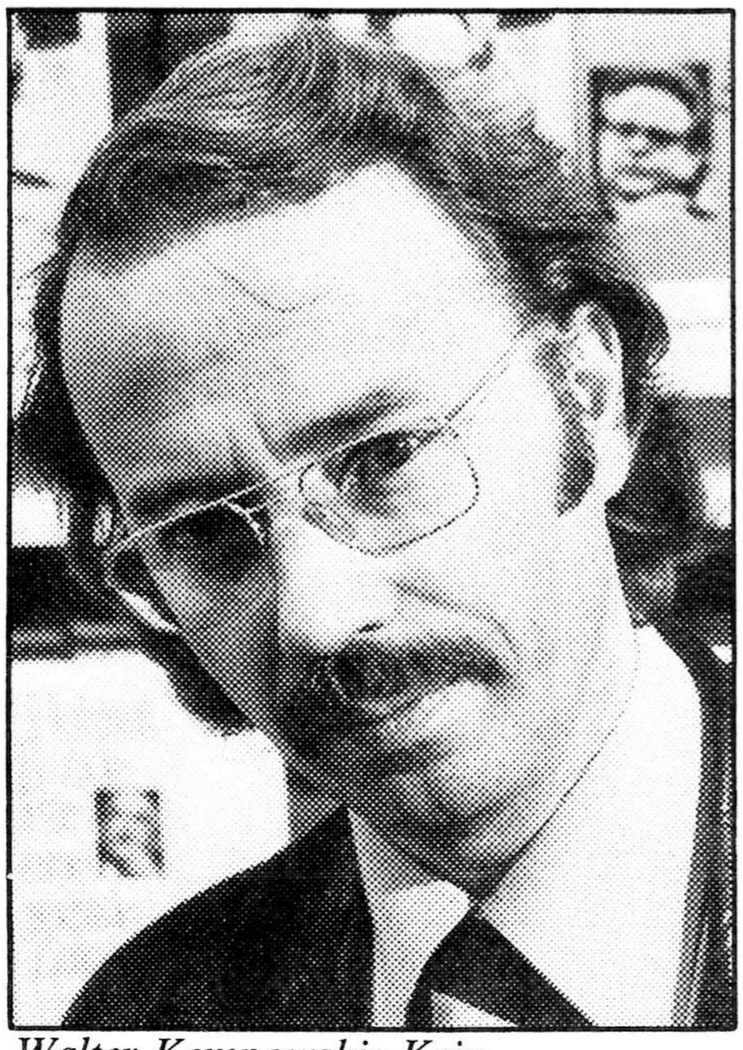
Ich hatte erwartet, in eine Re-Aktionärsversammlung zu geraten, deren Reden mir Übelkeit bereiten würden, statt dessen fand ich mich in einem Mumienkabinett wieder, in dem gähnende Langeweile herrschte. Die Herren trugen dunkelblaue Konfirmationsanzüge und Silberschlipse, die Damen hochgeschlossene Kostüme und züchtige Knotenfrisuren, aufstrebende Führungskräfte erkannte man an hellen Sommeranzügen und lebhaft gemusterten Krawatten. Auf dem Podium saßen Dr. h.c. Reich-Ranicki, Chefkritiker der FAZ, und Professor Hans Maier, Chef-Radikalenfresser aus Bayern, flankiert von Bruno Heck und einigen weniger bekannten Doktoren; am nächsten Morgen trat eine Ersatzmannschaft bestehend aus dem FAZ-Redakteur Günther Rühle und Ludolf Herrmann von „Christ und Welt", dem rheinlandpfälzischen Radikalenfresser Bernhard Vogel, den Schriftstellern Horst Krüger und Walter Kempowski und den Herren Heinz Friedrich (dtv) und Rüdiger Altmann (BdI) an ihre Stelle.

Allgemeiner Tenor: Die Schriftsteller stellten „unsere" Wirklichkeit noch zu einseitig verzerrt dar – anscheinend waren die Herren im Vollbesitz der Wirklichkeit –, betonten das Negative über Gebühr, während sie das Positive einfach wegließen, aber das sei ihr gutes Recht, denn schließlich lebten wir in einer freiheitlichen (sozialistischen) Demokratie. Der Staat wolle den Schriftstellern keine Vorschriften machen, aber andererseits sei die Staatsverdrossenheit mancher Literaten doch bedenklich (hier mußte ich an Honeckers Wort von den Schriftstellern denken, die der Gesellschaft ihre privaten Leiden aufzuoktroyieren versuchten).

Hans Maier, der Bayer, rügte streng das päpstliche Gebaren der Schriftsteller, obwohl er auf anderen Gebieten gegen Päpste nichts einzuwenden habe – im Gegenteil. Er monierte weiter, daß in der Literatur von Böll bis Grass immer nur der kleine

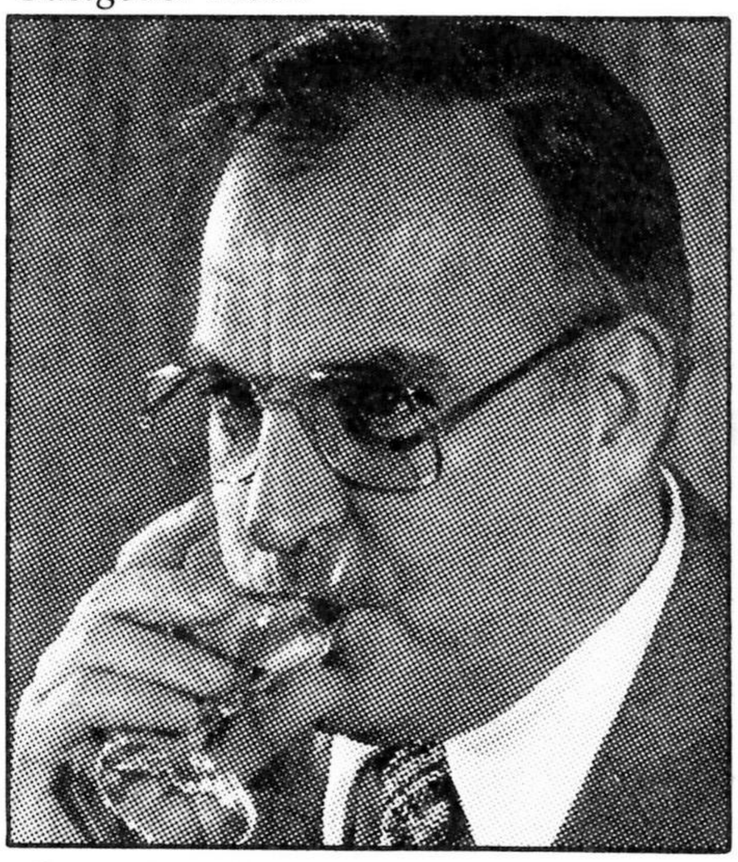


Marcel Reich-Ranicki: „Die Unionsparteien haben rein gar nichts zu erwarten"

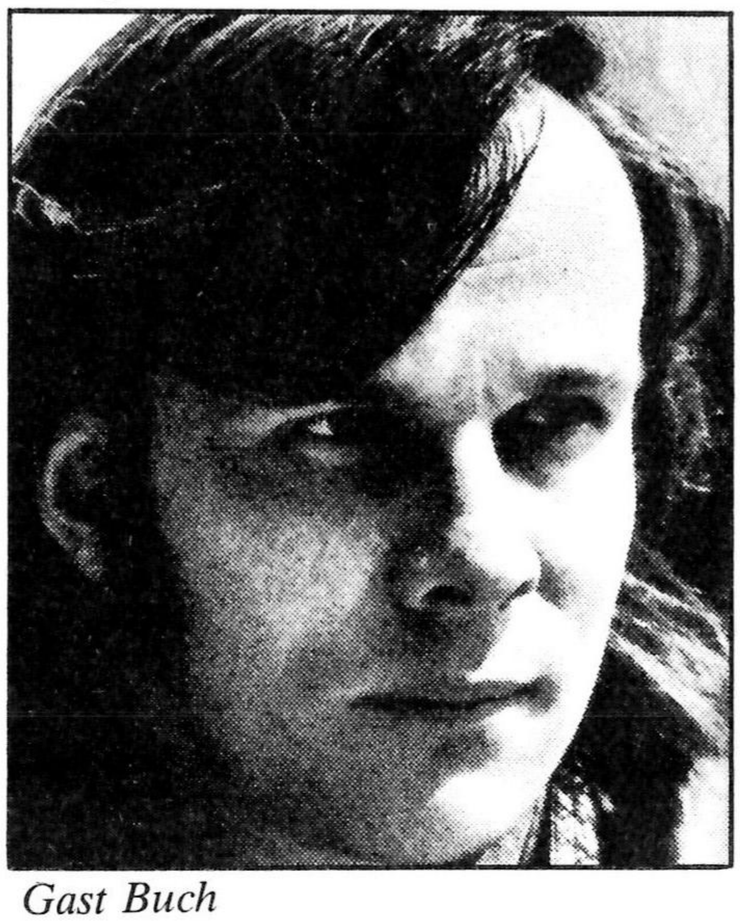


Walter Kempowski: Kein großer Roman über Adenauer

Gastgeber Heck



Gastgeber Kohl



Gast Buch

Mann zu Wort komme, während „die da oben" in all ihrer menschlichen und sonstigen Tragik zumeist ausgespart blieben. Wo bleibe z.B. die gültige literarische Gestaltung des Professors, der von linken Studenten terrorisiert werde? Sein Gesinnungsgenosse Vogel, der rheinland-pfälzische Landesvater gab zu, daß er zuwenig Zeit habe zum Lesen – er sei ständig auf Achse, um für sein Land Geld locker zu machen –: seine Zeit reichte gerade noch, um angesichts einer linken Horrorliteratur à la Erich Fried und P.P. Zahl nach dem Staatsanwalt zu rufen.

Marcel Reich-Ranicki, der im Kontext dieser Tagung als Linksaußen fungierte, las den anwesenden Herren gehörig die Leviten: er habe mehr Angst vor den Taten der Politiker als vor den Worten der Schriftsteller. „Was haben die Unionsparteien von der Literatur zu erwarten? – Nichts, rein gar nichts." (Einige Vorredner hatten sich zu der naiven Hoffnung verstiegen, da beide in der Opposition stünden, müßten Schriftsteller und Unionsparteien eigentlich zueinander finden.) Im übrigen habe die Literatur überhaupt keine politische Wirkung, weil Bücher bekanntlich gar nicht gelesen würden. Bölls „Katharina Blum" sei als private Liebesgeschichte interessant, als Roman jedoch mißglückt; Böll lasse sich auf seine alten Tage nicht mehr umerziehen, sein politisches Engagement sei eine „Eigentümlichkeit", die man hinnehmen müsse, genauso wie Thomas Bernhard bis an sein Lebensende über den Tod schreiben würde, daran sei nichts zu ändern. (Vielleicht wird er nach dem Tod endlich das Thema wechseln, Anmerkung von mir.)

Reich-Ranickis unbequeme Wahrheiten wurden mit langanhaltendem Beifall quittiert. Es folgte eine Realismus-Debatte, die im wesentlichen um die Frage kreiste, ob die Literatur größer als die Wirklichkeit oder die Wirklichkeit größer als die Literatur sei. Die einen neigten mehr der einen, die andern mehr der anderen Ansicht zu. Die Debatte wurde erst beendet durch das mutige Dazwischentreten des Alt-Konservativen Holthusen, der die Fragestellung „Literatur und Wirklichkeit" für trivialmarxistisch erklärte; dies wiederum sei bezeichnend für die innere Unterwanderung der CDU.

Von den übrigen Diskussionsrednern ist nichts Nennenswertes zu berichten. Walter Kempowski, der einzige professionelle Schriftsteller, der sich aufs Podium verirrt hatte, schwieg klug und gewährte sparsam Einblick in seinen Schaffensprozeß („Den großen Roman über Adenauer kann ich nicht liefern"). Rüdiger Altmann, Sprecher des BdI, wurde durch konservative Störer im Publikum am Weiterreden gehindert, als er nach zwanzig Minuten Redezeit immer noch nicht beim Thema angelangt war.

Einig waren sich alle nur darin, daß die Literatur seit Balzac und Fontane, spätestens aber seit dem frühen Böll jenes heitere Darüberstehen verloren habe, das sie einst so lesenswert machte; statt dessen machten sich „dilettierende Tendenzliteraten à la Engelmann" breit (Walter Killy). Natürlich würden Balzac und Fontane, sofern sie heute lebten, von der CDU sofort in ihrer vollen Größe erkannt und mit dem Balzac- bzw. Fontanepreis ausgezeichnet, aber es war trotzdem höchste Zeit, den Spieß einmal umzudrehen: nicht die Schriftsteller durften die Politiker, sondern die Politiker die Schriftsteller kritisieren. Was sie dann auch ausgiebig taten.

Als krönenden Abschluß lud der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung die anwesenden Gäste zum kalten Büfett ein (Unkostenbeitrag pro Kopf 50 Mark). Die Wurst- und Käseplatten wurden jedoch erst zum Sturm freigegeben, als Helmut Kohl, der Vorsitzende der Unionsparteien, sehnsüchtig erwartet von Bruno Heck, auf dem Schlachtfeld eingetroffen war und ein paar ermunternde Worte gesagt hatte. Armer Helmut Kohl: während der Kanzlerkandidat der CDU lustlos auf seinem Teller mit Kasseler stocherte, stand ihm im Gesicht geschrieben, daß er niemals Kanzler werden würde; Bruno Heck dagegen, der in Ehren ergraut neben ihm seine Suppe löffelte, sah aus, als sei er schon so oft Kanzler gewesen, daß ihn nichts mehr erschüttern könne. Fast wäre, angesichts der beiden hilflosen alten Männer, mein sorgsam genährtes Feindbild in sich zusammengebrochen, da fiel mir, als Rettungsanker in letzter Not, die Chile-Erklärung des Dr. Bruno Heck wieder ein. ■

Soeben erschienen!

Heinz Brandt
Ein Traum,
der nicht entführbar ist

Mein Weg zwischen Ost und West mit einem Vorwort von Erich Fromm und einer warnenden Vorrede des Autors anläßlich der unveränderten Neuauflage nach zehn Jahren schnellebiger Zeit.

Reprint der Erstausgabe von 1967 und Pressestimmen von Hermann Weber, Walter Osten, Martin Jänicke, Peter Jokostra, Ossip K. Flechtheim, Annemarie Doherr, Karl Krolow im Anhang.

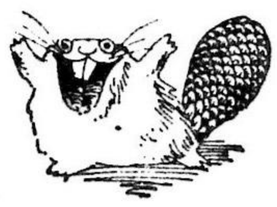
Ca. 450 Seiten, DM 20,–.

Brandts Buch »Ein Traum, der nicht entführbar ist«,ist eines der wichtigsten Werke zum Verständnis der deutschen Situation nach 1945; es enthält Informationen, wie sie mit solcher Authentizität und von dieser Seite bisher noch nicht geliefert worden sind. Allein das Kapitel über die Entwicklung der sowjetischen Politik nach demTode Stalins und über die Ereignisse, die zum sogenannten »Neuen Kurs« des Jahres 1953 führten und zum unmittelbar anschließenden 17. Juni, dem Aufstand der mitteldeutschen Bevölkerung gegen Ulbricht, muß jedem politisch Interessierten als Pflichtlektüre angeraten werden.

Martin Gregor-Dellin im Bayer. Rundfunk 1967

Verlag europäische ideen,
Postfach 246, 1000 Berlin 37

Vorauszahlung erbeten



Bernt Engelmann: „Trotz alledem. Deutsche Radikale 1777 bis 1977", C. Bertelsmann, 415 Seiten, 34 Mark

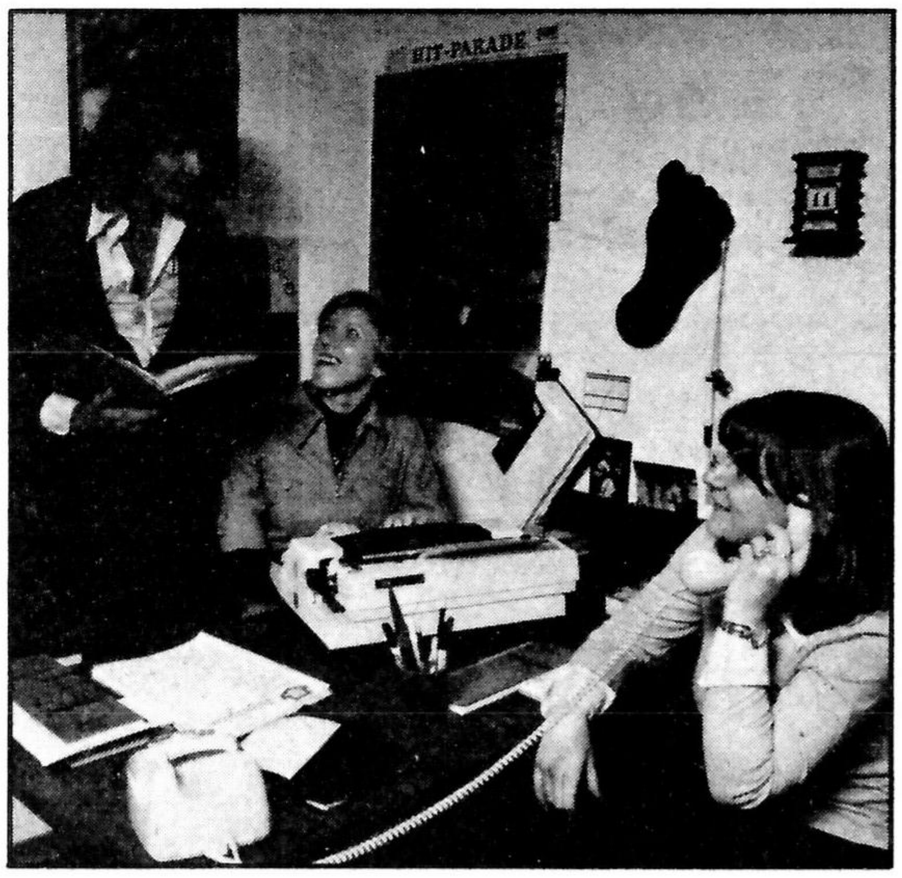
Geschichtsschreibung, Vermittlung von Geschichte findet – vereinfacht – bei uns in zwei Formen statt: Einmal als „Interdependenz

kultureller und sozioökonomischer Faktoren in der Zeit des preußischen Verfassungskonflikts", zum andern als Stalingrad-Landserroman von Konsalik. Was linke Geschichtsschreibung kann (besser: was sie könnte und bis auf die Ausnahme dieses einen, der nicht vom Fach ist, nicht tut), das zeigt exemplarisch Bernt Engelmann: Mit Intelligenz und in einer Sprache, die verstanden wird, die Tradition der Unterdrükkung bewußt machen. Wer diesen Engelmann gelesen hat und dann noch ein Argument für das Berufsverbot findet, ist entweder borniert oder reaktionär. Oder beides.

Am Sonntag, dem 7. August, um „Elf ein Viertel" (so heißt die Sendung) unbedingt fernsehen. Auch wenn der Sonn-Abend lang war und die Sonne scheint:

„Das Tor zum Garten der Träume", von Rolf Schübel, Erstes Programm, 11.15 Uhr

Burdas „Freizeitmagazin", mit seiner Halb-Millionen-Auflage größte Jugendzeitschrift nach „Bravo", macht immer eine Aktion: „Triff den Star Deiner Träume", und einmal hat Rolf Schübel („Rote Fahnen sieht man besser") seine Kamera



Clüver mit Fans: sattsam bekannt

draufgehalten. Die Verkäuferin Birgit (19), seit Juni 75 arbeitslos, mit 300 Mark „Stütze", darf zusammen mit ihrer Freundin zu ihrem Traumstar: „Mein Name ist Bernd Clüver. Ich bin sattsam bekannt." Clüver („Der Junge mit dem Mundgeruch ist da", 1,1 Millionen Singles – vom „Kleinen Prinz" 1,3 Millionen) hat einen sechsstelligen Jahresverdienst und sagt: „Ich bin für Unterschiede". Das schlimme ist nur: Petra offensichtlich auch. Schübel kann klarmachen, warum.

„Stephan Sulke", eine Langspielplatte von eben demselben, Intercord 110.042

Daß es sowas noch gibt: ein Liebeslied, bei dem man eine Gänsehaut kriegt, auch wenn man grade gar niemand liebt. Es heißt „Du, ich liebe Dich", wie sonst? Aber auf das „Du" kommt's wohl an. Das ist sehr intim, zärtlich und leidenschaftlich. Das ist ehrlich und echt wie die anderen Lieder von diesem Sulke auch. Aber wenn er politisch wird, dann ist seine Naivität eine wirksame List: Etwa in dem Kinderlied „Du lieber Gott, komm doch mal runter und schau Dir die Bescherung selber an" oder in der neuen Single, wenn er erzählt, wie er auf einer Party einen Russen getroffen hat, einen Roten, mit dem man reden konnte. Der völlig unbekannte Stephan Sulke, der nur mal so singt, und eigentlich Jurist ist, Fernsehanstalten mit technischen Geräten beliefert und dem auch noch eins der modernsten Tonstudios gehört, hat den Deutschen Schallplatten-Preis bekommen. Sehr zu recht.

José Afonso, „Mein schönes Portugal ...", pläne S 88 120

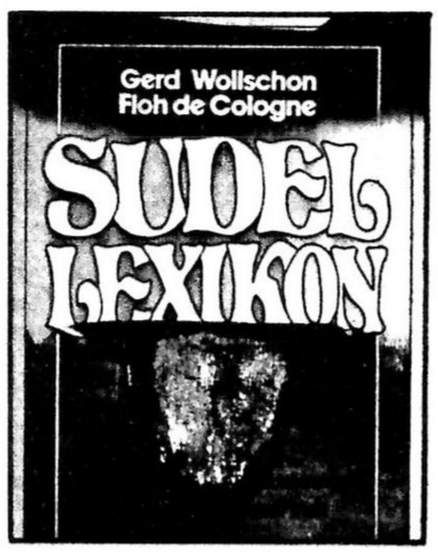
Am 25. April 1974 um 0 Uhr 30 wurde sein „Grandola, vila morena" (pläne S 88 115) als Signal des Aufstands gegen die Caetano-Diktatur über die „Renascenca"-Station gesendet. Drei Jahre danach ist mehr Resignation als revolutionäre Wut in Afonsos Liedern: „Ein Sozialdemokrat – Läuft dem großen Steuermann nicht davon ... Sagen wir, um genau zu sein / So wird man eine Kanaille". Aber immer noch viel Hoffnung: „Kameraden dort vom Norden / Kommt euch den Süden anschaun / Hier in unseren Kooperativen / ist immer ein Platz frei". Afonsos Lieder helfen mit, daß dieser Platz frei bleibt, und daß es mehr werden.

Wolf Biermann (Ost) zu Gast bei Wolfgang Neuss (West), Philips 5843 742

Grade eben noch mitplätschern auf abebbender Biermann-Welle will die Philips mit der Neu-Auflage dieser zwölf Jahre alten Spitzen-Platte. Eben: „Keine Party ohne Biermann". Dementsprechend protzig steht Biermanns Name jetzt auf dem Cover, und entsprechend der Leichenfledderei des „stern" an der alten Indianersquaw Neuss wird dessen Name fast verschämt versteckt. Biermann selbst hat von Herausgabe und Gestaltung der Platte erst durch die Belegexemplare erfahren, die ihm Produzent Sternberg geschickt hat. Er reagiert auf sowas nicht mehr, er hat's ja schon vor zwölf Jahren bei der Aufnahme dieses Konzerts gesungen: „Sie könn' mich mal – gern haben". Biermann ist nicht mehr „ost" und Neuss nicht mehr „west", bestenfalls Nirwana. Aber ansonsten stimmt alles an dieser Platte noch erschreckend genau. Wer sie noch nicht hat, sollte sie sich jetzt besorgen. *Nur* wegen der schofeligen Editions-Praxis kriegt sie keinen Jubel-Biber.

Gerd Wollschon/Floh de Cologne: „Sudel-Lexikon", Satire Verlag, 190 Seiten, 16 Mark

Ein neuer Verlag, ein Mann, 170 Seiten, von A bis Z gefüllt mit Satire-Schlagworten – das kann eigentlich nicht gutgehn. Richtig gut ist es auch nicht gegangen, vieles ist eindimensional, platt (nach der Witz-Art: Unternehmer stolpert über Lehrlingsbesen, haha... Aber das ist nur in der Realität herzerfrischend). Trotz alledem, das Lexikon hat Höhepunkte, etwa unter K: „Sozialpartner der Kuh ist der Metzger." Da stoßen zwei Welten so zusammen, daß es Funken schlägt = erhellt. Oder: „Immer wenn die Krise am schönsten ist, müssen die Arbeiter gehen." Und schließlich (wenn es einem auch, wie manches in diesem Buch, nicht ganz unbekannt vorkommt): „Arbeit adelt. Ein umgekehrter Fall ist nicht bekannt." Dazu einige preiswürdige Karikaturen von Kurowski. Und leider auch einige von Zingerl, eben: Unternehmer stolpert



über Lehrlingsbesen. Nur daß der Leser, statt über den Unternehmer zu lachen, wie er aua sagt.

„Deutschland, deine Beamten – Ein Lesebuch". Verlag Olle & Wolter, 179 Seiten, 9 Mark 80

Das gab's nur einmal, das kommt auch nicht wieder: In einigen Jahren wird kaum mehr einer verstehen, was das war: *Der* deutsche Beamte. Noch gibt es Restbestände von dem, was hier literarischer Beschäftigung die Vorlage geboten hat. Hanno Buddenbrooks preußisches Gymnasium ist tot. Übrig geblieben ist ein Rest guter Tradition (Präzision, Unbestechlichkeit) und ein Gutteil der schlechten (Gottesgleichheit, Radfahrerei, Intoleranz). Das meiste ist in die Normalität der kapitalistischen Warenwelt versunken – die Beamtenschaft ist von Korruption durchlöchert wie ein Schweizerkäs. Schön – und als Prinzip empfehlenswert – an diesem Buch: Literarische Zeugnisse verraten über Geschichte mehr als Historiker-Prosa.

Georg Danzer: „Unter die Haut". Polydor 2371 775

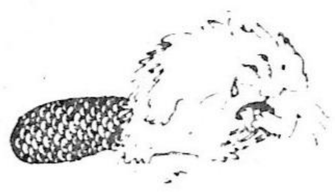
Nicht mehr ganz so knackig wie auf seiner ersten LP (KONKRET 4/77), aber intelligenter als die bundes-

deutsche Schlager-Produktion ist der Österreicher Danzer („Was macht a Nacketer im Hawelka?") auch diesmal wieder. Leider auch einen Tick zu harmlos – bis auf das Lied, das er im Dialekt singt, und das hat ihm ein anderer geschrieben: „Du mi a, Du mi a", was in der Tat heißt „Du mich auch" und dennoch ein Liebeslied ist. Vielleicht noch eins, für Bundeswehr-Kantinen, „Militärisches Geheimnis": „Ich hab so Angst vor den Chinesen..."

„Portugal – Ein politischer Reiseführer", Verlag Jugend und Politik, Frankfurt, 176 Seiten, 8 Mark

Wer zum ersten Mal nach Portugal fährt und dort nicht nur baden will, findet in diesem preiswerten Bändchen viele brauchbare Reisetips und Adressen. Zwar ist deren Auswahl zufällig und das Konzept bedenklich (Kooperativen, Stadtteilgruppen etc. haben meist Wichtigeres zu tun, als ausländischen Revolutions-Touristen ihre Basis-Romantik zurechtzu-

rücken). Aber immerhin werden jenen, deren Spontaneität einer Anleitung bedarf, erste Kontaktmöglichkeiten eröffnet. Weitere Reiseführer aus dem Frankfurter Verlag sollen folgen.



„Ganz Allein Krieg Ich's Nicht Hin", eine Platte von Marius Müller-Westernhagen, WB 56381 (wea)

Schreibt die „wea": „Dieser Tage legt ein Mann seine dritte Langspielplatte vor, der es eigentlich gar nicht nötig hätte zu singen." Ja, warum macht er's dann? „Beherrschung seiner Stimme über mehr als drei Oktaven" heißt eben noch nicht, daß einer singen kann, auch wenn er's nicht nötig hat. Aber das erwartet man ja schon gar nicht mehr bei deutschen Sängern, und will's vielleicht spätestens seit Lindenberg gar nicht mehr. Aber dann sollen die, die nicht singen können, wenigstens was zu sagen haben und 'ne interessante Musik machen. Texter Marius aber schafft es, sogar noch Reinhard May in moderner Sozialkritik zu unterbieten: „es gibt menschen, die machen es jedem recht, die sind sehr beliebt, denn die wahrheit schmeckt schlecht." (Sogar die Orthographie ist modern.) Nochmal der „wea"-Pressetext: „Deshalb spricht diese LP ganz für sich, braucht keine Kritik." War wohl nix.

„Fragen zur Zeit", ZDF, jeden Sonntag, den der Herr werden läßt, 12.50 Uhr

Dem Feiletong-Redakteur vom Buxtehuder Generalanzeiger wäre es vielleicht schon zu dumm geworden, aber beim ZDF geht alles: Sonntags, nach dem Sonntagskonzert oder Otto Höpfners Frühschoppen, hält ein Herr Koertgen wissenschaftliche Strickstunde. Der Reihe nach fragt er alle, die nichts zu sagen haben, nach den vor- bzw. hinterletzten Sachen, z.B.: Hat, Herr Professor, das Leben seinen Sinn verloren? Da treten dann auf: Klaus Mehnert (Ost-Experte), Otto B. Roegele (Freiheits-Experte), Erwin K. Scheuch (Gutachtenhonorar-Experte), Kurt Sontheimer (Politik-Experte) und dieselben immer noch einmal von vorne. Für Marxisten ist es fast noch lustiger als Klimbim. Aber dieses eine Mal wollen wir auf den Minderheiten-Service verzichten: Zu vielen tut so viel Dummheit viel zu weh. Versetzt Koertgen in die Registratur, laßt die Fragen zur Zeit von Stan Laurel stellen und von Oliver Hardy beantworten. Die sind, im Ernst, ernster zu nehmen.

„Der Amerikanische Freund", ein Film von Wim Wenders (mit Bruno Ganz, Dennis Hopper u.a.), 123 lange Minuten lang

Bei den letzten Frankfurter Römerberggesprächen unter dem Motto „Sie schlagen uns das Kino tot" faßten die dort versammelten Filmemacher eine Resolution, in der es heißt: „Kino ist ein Lebens-Mittel. Der Zuschauer liefert an der Kinokasse nicht nur 8 Mark ab, sondern er gibt seinen Abend ab, das heißt ein Stück seines Lebens." Das sollte sich jeder sehr genau überlegen, bevor er in einen Film von Holzbein-Wenders (siehe Seite 38) geht. Aber Raucher wissen ja auch, daß jede Zigarette ihr Leben verkürzt.

INHALT:

- W. Brönner/H. Lederer, Der **Menschenrechtskreuzzug** und die "Dritte Welt"-Politik der Bundesrepublik
  Aktuelle UN-Dokumente zu Südafrika und Chile
- J. Ostrowsky, Bonns Kollaboration mit **Südafrika**
  P. Wahl, Bonner Südafrika-Dementis
  Memorandum der Bundesregierung an die OAU
- W. Huismann, Die Beziehungen der BRD zum **Chile** Pinochets (1973-77)
- R. Falk, BRD-Konzernexpansion und Atomkomplott mit **Brasilien**
- W. Ritter, Die SAVAK-Affäre und das BRD-Engagement im **Iran**

Umfang: 36 Seiten; Preis: 1,50 DM zuzüglich Porto. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

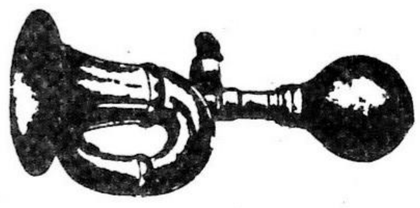
Bestellungen an: AIB, Liebigstr. 46 3550 Marburg 1, Tel. 06421-24672

MUSIKKISTE Musik für Selbermacher

Machst Du Musik?

Wir haben preiswerte **Songbücher, Noten + Schulen** für **Gitarre, Klavier, Banjo, Dulcimer, Fiddle + Blues Harp.**

Unser **Gratiskatalog** enthält **über 500 Titel.**



Schreib' an die **MUSIKKISTE**
Westfalenweg 54/K – 4830 Gütersloh 1

Hermann L. Gremliza's

konkret ex-press

Einer jener vielen, welche stets und immer noch, ist der „FAZ"-Herausgeber **Jürgen Eick,** ein Mann von echtem deutschen Schrott und Korn:

In der Stunde der Not halten die Deutschen zusammen, entfalten ihre wahre Charakterstärke – so ungefähr hat man uns charakterisiert. Aber was tun die Deutschen, wenn sie über viele Jahre in Frieden, Freuden und nicht unbeträchtlichem Wohlstand leben? Ihre Tugenden schwinden dahin.

In der Stunde der Not kannten die Deutschen keine Parteien mehr, sondern nur noch: ein Volk, ein Reich, ein Führer. Sie hielten zusammen wie Kruppstahl. Friede und Freuden haben die Volksgenossen verweichlicht, sie kennen Parteien, haben zwei Reiche und gar keinen Führer, ihre wahre Charakterstärke bleibt gänzlich unentfaltet. Das ist die Stunde der journalistischen Not-Groschenjungen.

Der **„Süddeutschen Zeitung"** ist die Sozialpartnerschaft abhanden gekommen:

Mit der Ruhe ist es hin. Statt dessen

nicht: deren?

hagelt es eine Flut von verbalen Kaspereien: Hans Friderichs ist ein „Unternehmerminister" ...

Aber wieso ist das eine Kasperei, ein Flutteil derselben wenigstens, die es statt der Ruhe jetzt hagelt, mit der es hin ist? Weil:

Herbert Ehrenberg ist ein „Gewerkschaftsminister".

Alles zurückgenommen – das ist eine verbale Kasperei, die Ruh ist hin, das Herz wird schwer, die Flut hagelt und die Schäden werden sozialisiert.

Die „Welt" hat herumgefragt, wer was davon halte,

unmittelbar an der Mauer eine Ausstellung „Die Preußen" zu veranstalten.

Es antwortet **Louis Preußen,** bürgerlich: Seine Königliche Hoheit Prinz Louis Ferdinand von Preußen:

Ich begrüße grundsätzlich jedes Bemühen auf dem Gebiet der Geschichte, wenn es sich seriös und sachlich verhält,

also ganz in der Art seines Großvaters Wilhelm, der in seinem Bemühen auf dem Gebiet der Geschichte so seriös war, zur Erklärung des totalen U-Boot-Kriegs in Admirals-Uniform zu erscheinen. Entsprechend skeptisch werden Hoheit die Antwort des gefürchteten Arbeiterführers **Erhard Eppler** aufgenommen haben:

Ich habe, was vielleicht wenige wissen, vor 15 Jahren auf der Burg Hohenzollern in Anwesenheit von Prinz Louis Ferdinand einen Vortrag über meine Sicht des Preußenkönigs gehalten. Die preußische Tradition liegt uns noch ein gutes Stück näher als die der Stauffer. Ich sehe keinen Grund, warum man sie uns nicht näherbringen soll.

Auch wenn sie uns da schon liegt und die Mauer nicht gerade der Platz ist, wo schwäbische Sozialisten ihr Abendpfeifchen abzuschlagen pflegen. Aber verspricht das denn Erfolg, gegen Filbinger die allerhöchste Anwesenheit des preußischen Prinzen vor fünfzehn Jahren hervorzukehren? Wird im nächsten Wahlkampf plakatiert: Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben? Mausgrau und Löwenzahnteegelb?

Zwölf Westberliner Professoren haben einen Brief vom sozialdemokratischen Senator für Kunst und Wissenschaft, **Peter Glotz,** erhalten:

Bekämpfen Sie diesen Staat, wenn Sie dies für nötig halten; aber bekämpfen Sie ihn nicht mit Pensionsberechtigung.

Semesterlang hat mich einst die Frage beschäftigt, wessen Staat der Staat eigentlich ist, von dem es heißt, er sei unser aller Staat. Jetzt endlich weiß ich's: Der Staat gehört dem Glotz. Glückwunsch!

Wer nichts wird, dachte sich der **Fritz Wirth,** wird Londoner Korrespondent der „Welt":

Der ums Überleben ringende Krisen-Laokoon James Callaghan befindet sich seit Monaten mit immer verzweifelteren Kompromissen auf der Suche nach der verlorenen Zeit.

Ups, sagte das Gymnasium, da bin ich wieder. Callaokoon ringt mit der Krisenschlange (Boa bancarotta), das Land der Griechen (die verlorene Zeit) mit der Seele (verzweifeltem Kompromiß) suchend, wiewohl eigentlich nicht der Kompromiß, sondern der Sucher verzweifeln müßte. Wer hält dem Wirth die Stirn, damit die ganze Bildung hochkommt und keine Zeit verloren sei? Proust, Mahlzeit.

Wer seine Oma die Treppe runterschubst, soll nicht fragen, warum sie's so eilig hat. **Herbert Kremp** denkt darüber anders:

Der Kommunismus existiert (in der Bundesrepublik) ohne Kulturangebot, ohne geistige Faszination, ohne nennenswerte Publizistik, ohne Großverlage.

Obwohl er mit Faszi-Nation schon nahe dran war und man doch gerne mal dabei wäre, wie ein Kommunismus mit Kulturangebot sich gerade anschickt, den Kremp geistig zu faszinieren – woher einen Großverlag nehmen und nicht stehlen? Den Axel rumkriegen?

Das **„Sozialdemokrat Magazin"** hat Schwierigkeiten, dem jüngsten Kurs der Partei zu folgen. Noch immer ist weder ein Horoskop („Für Widder steht der Aszendent auf Ausschluß") noch eine Schachecke („Rot zieht und setzt sich in drei Minuten matt") eingerichtet. Nur eine „Knobelecke" gibt es schon:

Was fehlt hier:
7) Die SPD ist angetreten, unser Land im ... zu verändern
1. bis 3. Preis: Je ein Jahresabonnement des „Vorwärts"

Genossen, knobelt für Godesberg! So vielleicht: Die SPD ist angetreten, unser Land im Prinzip ... Na, na! Also gut: im Sinne des Sozialismus ... Achtung, Egon hört mit! Nun denn: im Wesentl ... Intellele raus! Nochmal: im Wonnemonat Mai ... schon besser! Oder: im Dreivierteltakt ... ja, fast! Reicht aber nur zum 4. Preis (Je ein Zweijahresabonnement des „Vorwärts"). Letzter Versuch: Die SPD ist angetreten, unser Land im Knobeln zu verändern. Na, also!

Kurt Körber, Fabrikant von Zigarettenfiltermaschinen aus Hamburg-Bergedorf, hat zwischen zwei Zügen Zeit gefunden, einen „Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft" zu gründen, damit Walter Scheel, Ralf Dahrendorf, Theo Sommer, Elisabeth Noelle-Neumann und Helmut Schmidt in ihrer Freizeit nicht draußen herumlungern müssen, sondern sich vernünftig beschäftigen können, zum Beispiel damit:

These: Wir leben in einer Zeitwende, einem Umbruch, einer Zäsur; Notwendigkeit einer grundlegenden Neuorientierung in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik.

Ein drängendes Problem – wer lebt schon gerne in einer Zäsur?

Helmut Kohl, neben Walter Scheel der beste Beweis gegen die intellektuelle Auslese-Qualität des Systems, wurde gefragt, ob er beim Brotzeit-Appell am Tegernsee auf Straußens Kurs gegangen sei:

Ich wandle auf meinen eigenen, unverwechselbaren Spuren.

Er hat vielleicht nicht bedacht, daß die eigenen hinter ihm liegen, es sei denn, er wandle im Kreis, bis er sich selbst begegnet. Errötend folgt er seinen Spuren und ist von seinem Gruß beglückt. Mut hat er, uns Helmut, aber hell ist er halt nicht besonders.

„Zeit"-Verleger **Gerd Bucerius** erzählt, wie **Diether Stolze** Wirtschaftsexperte des „Weltblatts" wurde:

Volkswirtschaft hatte er nie studiert. Eines Tages hatte er auf Rat des Bankbeamten, der seine kleinen Ersparnisse verwaltete, eine Aktie gekauft – und daran verloren. Der neugierige Journalist wollte wissen, wie das wohl zugegangen sei und studierte fortan die Börse. So lernte er „Wirtschaft" von ihrer schmerzlichen Seite.

Und wie wird man bei der „Zeit" Architekturexperte? Architektur hatte er nie studiert. Eines Tages fiel ihm ein Ziegel auf den Kopf. So lernte er Architektur von ihrer schmerzlichen Seite. Das sind sie, unsere Wirtschaftsexperten: Prämiensparer wie du und ich.

konkret Heft 9 erscheint am 25. Aug. 77

Zweitausendeins No 12.
„Die Fackel von Karl Kraus?
Als Gesamtausgabe? Mit 24.500 Seiten?
Was das kostet!“
„Exakt 148 Mark.“

Vor Jahren startete ein »kühnes und richtiges Unternehmen« (Schwäbische Donauzeitung). Alle 922 Nummern der von 1899 bis 1936 erschienenen Zeitschrift »Die Fackel« von Karl Kraus wurde als Reprint herausgebracht.

Die Tiroler Tageszeitung nannte das »die literarische Sensation des Jahres«. Die Zeit äußerte »laute Freude«. Die Tat sprach von einem »nahezu monumentalen Vorhaben«. Monumental war auch der Preis: 3.400 DM. Später gab es »Die Fackel« in einer »preisgünstigen Paperbackausgabe« (Salzburger Nachrichten). Für 1.480 DM. Jetzt gibt es »Die Fackel« als Gesamtausgabe exklusiv bei Zweitausendeins, in zwölf schweren Leinenbänden. Für ganze 148 Mark.

Sie werden uns gewiß fragen, wie wir auf diesen wahrlich niedrigen Preis gekommen sind. Zwei Dinge: Erstens haben wir durch die Reprints von »20 Jahre Akzente« und »20 Bände Kursbuch« einige Erfahrungen machen können. Und zweitens wissen wir selbst nicht, wie lange wir diesen Preis werden halten können.

»Der größte satirische Schriftsteller unserer Literatur.« Die Frankfurter Rundschau.

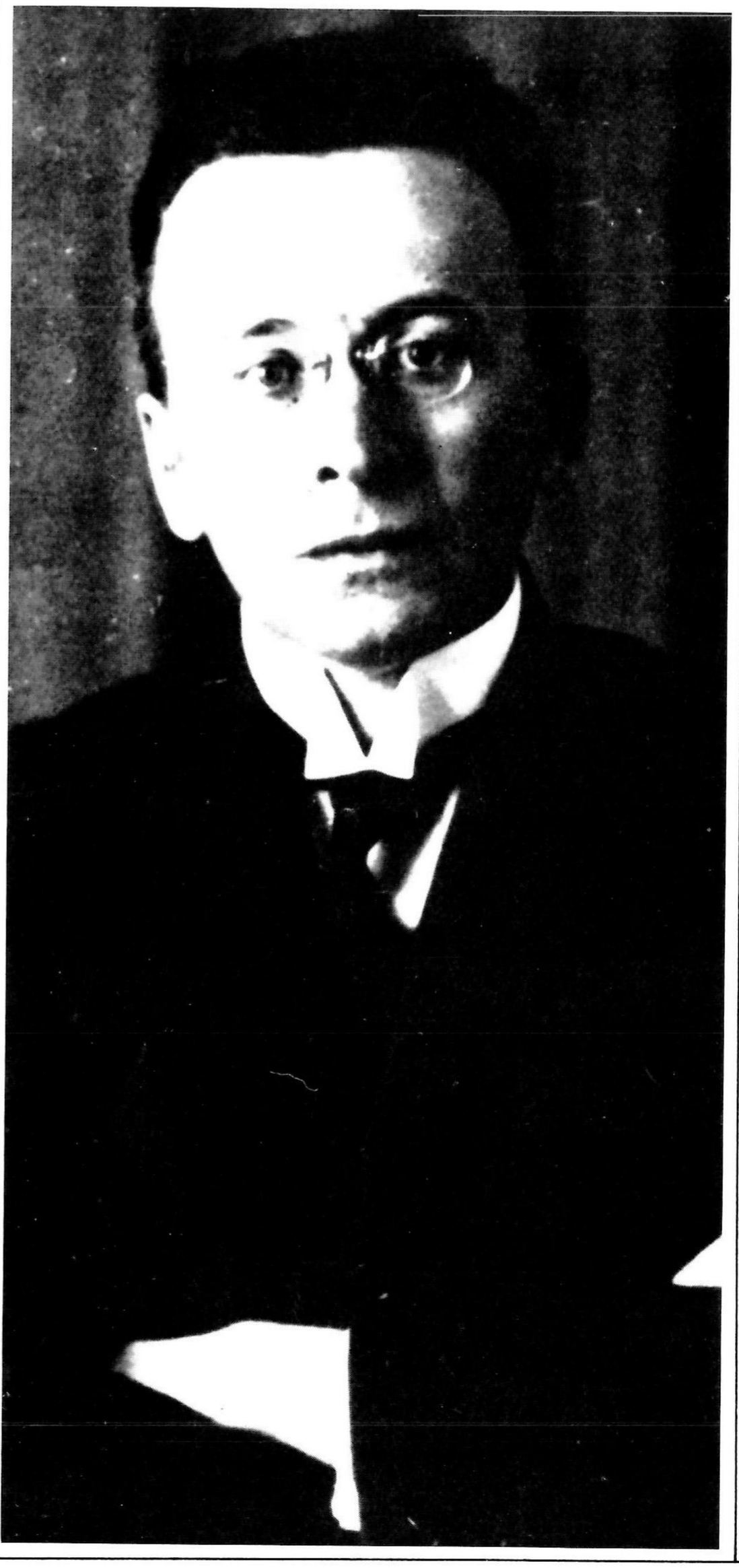
Die erste Nummer der »Fackel« erschien im April 1899. Robert Scheu beschrieb die Wirkung: »Eines Tages, soweit das Auge reicht, alles – rot. Einen solchen Tag hat Wien nie wieder erlebt. Auf den Straßen, auf der Tramway, im Stadtpark, alle Menschen lesen aus einem roten Heft.«

»Im Februar 1936 erschien in Wien das letzte Heft der Fackel, jener giftigroten kleinen Zeitschrift, die 37 Jahre lang immer begeisterte, immer empörte, aber nie laue Leser gefunden hat.« Die Zeit.

Alles, was in diesen Jahren von Karl Kraus in der »Fackel« veröffentlicht wurde, steckt in unserer wahrlich gewaltigen Ausgabe. Alle 922 Nummern der »Fackel«. Dazu ein Reprint der Erstausgabe »Die letzten Tage der Menschheit«.

Und zum ersten Mal ein Gesamtpersonenregister, für das Sie einzeln 98 Mark zahlen müßten.

Es wurde von Franz Ögg, Wien, zusammengestellt. Es enthält »sämtliche in der ›Fackel‹ vorkommenden Namen mit Geburts- und Sterbedaten und einer Berufsbezeichnung« (Vertragstext), wird allein einen Umfang von rund 500 Seiten haben (und einzeln 98 Mark kosten). Bei uns ist das im niedrigen Preis mit drin.



Wie die 24.500seitige Gesamtausgabe für nur 148 Mark aussieht.

Sie ist in zwölf fackelrote Cottona-Ganzleinenbände mit jeweils ca. 2.000 Seiten aufgeteilt. Rücken und Deckel sind geprägt. Taubengrauer Kopffarbschnitt. Lesebändchen und Kapitalband. Wiedergabe in Original-Schriftgröße. Mit allen Zeichnungen, Bildern und Dokumenten. Dazu eine Mappe mit neun faksimilierten Beilagen, von Anton Bruckners handschriftlichem Gesuch an die Philharmoniker (auf Notenpapier) bis zum Reiseprospekt »Schlachtfelder-Rundfahrten im Auto!«.

Wann und wo es die 24.500seitige Gesamtausgabe der »Fackel« für nur 148 Mark gibt.

Die Ausgabe erscheint am 15. Oktober 1977. In einer begrenzten Auflage. Die es ratsam erscheinen läßt, schon jetzt zu bestellen und sich ein 12bändiges Exemplar der Gesamtausgabe »Die Fackel« für nur 148 Mark zu sichern. Ausgeliefert wird in der Reihenfolge des Bestelleingangs. Sollte der Vorrat reichen, bekommen Sie die Gesamtausgabe nach dem 15. Oktober auch in unseren Läden *Berlin* Kantstraße 131, *Frankfurt* Im Parkhaus Hauptwache, *Freiburg* Schiffstraße 10, *Hamburg* Grindelallee 71, *Mainz* Große Langgasse 8 und *München* Amalienstraße 45.

Hiermit wird bestellt:
Bitte ausschneiden und einsenden an Zweitausendeins Versand, Hahnstraße 54-56, Postfach 710 507. 6000 Frankfurt am Main 71.

Ich bestelle _____ Exemplar(e) der Gesamtausgabe »Die Fackel« von Karl Kraus, mit »Die letzten Tage der Menschheit«, mit Personenregister. Zusammen rund 24.500 Seiten. 12 Leinenbände. Für 148 DM incl. Mehrwertsteuer. Erscheinungstag 15. 10. 1977. Lieferung solange der Vorrat reicht.

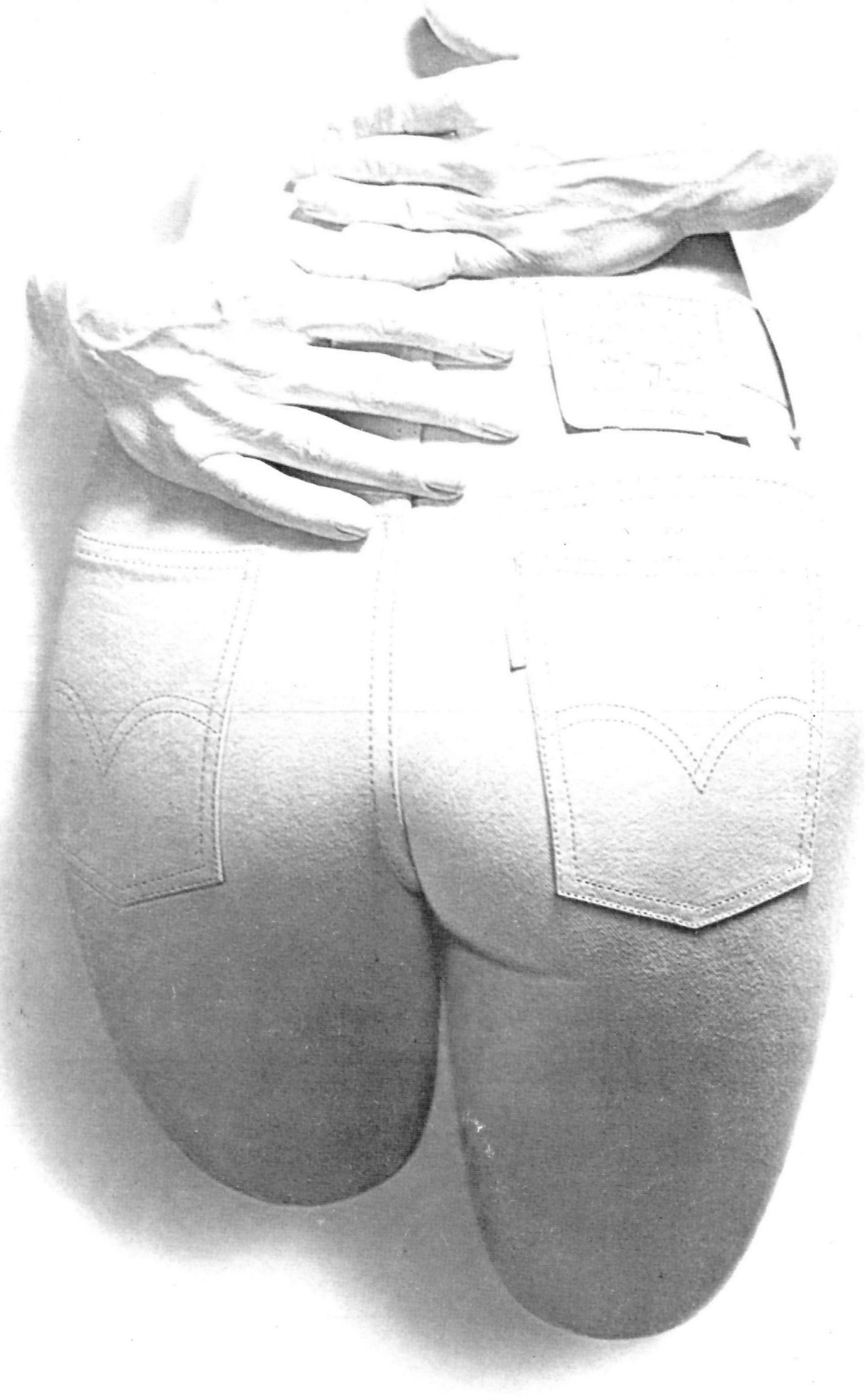
Zahlungsweise:
☐ Ich füge 1 Post/Bankscheck bei über _____ DM plus 5,80 Versand.
☐ Schicken Sie die Ausgabe bitte per Nachnahme. Die Nachnahme- und Versandkosten will ich tragen.
Keine Lieferung ins Ausland.
Ihr gratis Merkheft bekomme ich bereits regelmäßig: ☐ ja ☐ nein

Name, Vorname

Straße, Nummer

Postleitzahl, Ort

Meine Unterschrift, Datum K 8 (Fackel)



Levi's zeigt Ihre beste Seite am besten

LEVI'S